



22. Sitzung

Mittwoch, 18. September 2002

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt, Erster Vizepräsident Berndt Röder,
Vizepräsident Peter Paul Müller, Vizepräsident Farid Müller und Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly

Inhalt

Mitteilungen der Präsidentin

Abwicklung, Ergänzung und Änderung
der **Tagesordnung**

1155 A

Reiner Wohlers

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

1163 D

Barbara Duden SPD

1164 B, 1168 C

Bernd Reinert CDU

1165 B

Krista Sager GAL

1165 D, 1169 B

Mario Mettbach, Senator

1166 C, 1169 A

Alexander Porschke GAL

1166 D

Ekkehard Rumpf FDP

1167 D

Aktuelle Stunde

1155 B

Fraktion der CDU:

**U-Bahn-Überbauung Legienstraße:
Verletzung des Haushaltsrechts durch
den rotgrünen Senat**

1155 C

Hans-Detlef Roock CDU

1155 C

Holger Kahlbohm SPD

1156 B, 1162 C

Christian Brandes

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

1157 A

Antje Möller GAL

1158 A

Burkhardt Müller-Sönksen FDP

1158 D

Henning Tants CDU

1159 C, 1161 A, 1163 A

Eugen Wagner SPD

1160 C

Werner Dobritz SPD

1161 C

Dr. Monika Schaal SPD

1162 A

Bernd Reinert CDU

1162 B

Ekkehard Rumpf FDP

1162 D

Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:

ÖPNV für die HafenCity

1163 C

mit

Fraktion der GAL:

U-Bahn-Pläne des Senats:

Mini-Strecke zu Maxi-Preisen

1163 C

Fraktion der FDP:

Der Staat als Beute:

SPD missbraucht Bundeswehr

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Fraktion der SPD:

**Kein Wahlkampf auf dem Rücken von
Ausländerinnen und Ausländern**

(Nicht behandelt wegen Redezeitablaufs)

Erklärung des Senats gemäß § 12 Absatz 1 GO:

**Europapolitische Schwerpunkte des
Senats 2002/2003 mit Beratung gemäß
§ 12 Absatz 2 GO**

1170 A

Ole von Beust,

Erster Bürgermeister

1170 A

Uwe Grund SPD

1173 B

Rolf Harlinghausen CDU

1174 C

Gerd Hardenberg

Partei Rechtsstaatlicher Offensive

1176 C

Krista Sager GAL

1177 C

Ekkehard Rumpf FDP	1179 A	Gunnar Uldall, Senator	1201 C
Günter Frank SPD	1180 C	Marcus Weinberg CDU	1203 C
Zur Geschäftsordnung		Anja Hajduk GAL	1204 B
Uwe Grund SPD	1180 A	Beschluss	1204 B
Karl-Heinz Winkler		Besprechung erfolgt	1204 C
Partei Rechtsstaatlicher Offensive	1180 A	Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP:	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Kultur in der HafenCity	
Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung		– Drs 17/1376 –	1204 C
– Drs 17/1098 –	1181 D	Beschlüsse	1204 C
Ergebnis	1195 B	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:		Ohne Kinderbetreuung läuft nichts: Berufs(wieder)einstieg und Sicherstellung der Kinderbetreuung	
Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde		– Drs 17/1039 –	1204 C
– Drs 17/1412 –	1181 D	mit	
Ergebnis	1195 B	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Große Anfrage der Fraktionen der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:		Familie ist da, wo Kinder sind – Politik für ein familien- und kinderfreundliches Hamburg	
Studie PISA E		– Drs 17/1129 –	1204 C
– Drs 17/919 –	1182 A	Thomas Böwer SPD	1204 D, 1214 B
mit		Karen Koop CDU	1206 B
Senatsmitteilung:		Rolf Gerhard Rutter	
Berichterstattung zum Umgang mit den Ergebnissen der PISA-Untersuchung		Partei Rechtsstaatlicher Offensive	1207 C
– Drs 17/1369 –	1182 A	Christa Goetsch GAL	1208 B
Martin Woestmeyer FDP	1182 A	Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1209 A, 1212 B
Wilfried Buss SPD	1184 A	Rudolf Lange, Senator	1210 B
Wolfgang Drews CDU	1186 A	Dr. Ingrid Stöckl SPD	1211 A
Katrin Freund		Birgit Schnieber-Jastram, Senatorin	1213 A
Partei Rechtsstaatlicher Offensive	1189 A	Beschlüsse	1214 D
Christa Goetsch GAL	1190 C	Große Anfrage der Fraktion der SPD:	
Rudolf Lange, Senator	1192 A	Suchtprävention bei legalen Drogen	
Dr. Wieland Schinnenburg FDP	1194 A	– Drs 17/865 –	1215 A
Britta Ernst SPD	1194 C	Beschluss	1215 A
Beschluss	1195 A	Antrag der Fraktion der GAL:	
Große Anfrage der Fraktion der SPD:		Prioritäten für die Bildungspolitik und Prioritäten in der Bildungspolitik	
Aktive Arbeitsmarktpolitik für Hamburg		– Drs 17/1381 –	1215 A
– Drs 17/1040 –	1195 B	Christa Goetsch GAL	1215 A
Gesine Dräger SPD	1195 B	Dr. Andrea Hilgers SPD	1216 A
Barbara Ahrons CDU	1197 A	Wolfgang Drews CDU	1216 C
Rolf-Gerhard Rutter		Christian Brandes	
Partei Rechtsstaatlicher Offensive	1198 C	Partei Rechtsstaatlicher Offensive	1216 C
Alexander Porschke GAL	1199 B, 1202 A	Martin Woestmeyer FDP	1216 D
Rose-Felicitas Pauly FDP	1199 D	Beschluss	1216 D

A Beginn: 15.02 Uhr

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist eröffnet. Ich begrüße Sie sehr herzlich.

Abweichend von der Empfehlung des Ältestenrats haben sich die Fraktionen darauf verständigt, dass die Tagesordnung um die Drucksachen 17/1417, 17/1430, 17/1431, 17/1438 und 17/1439 ergänzt werden soll. Bei der Drucksache 17/1417 handelt es sich um einen Antrag der Fraktion der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der GAL und der FDP zur Sicherung und Qualitätssteigerung des Schienenverkehrs. Die Drucksache wurde als Tagesordnungspunkt 57 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Drucksache 17/1430, ein Dringlicher Senatsantrag zum Neubau der Justizvollzugsanstalt XII, insbesondere zu Mehrkosten vor Baubeginn von bis zu 3 Millionen Euro, wurde als Tagesordnungspunkt 34b nachträglich in die Tagesordnung eingestellt.

Bei der Drucksache 17/1439 handelt es sich um einen Bericht des Haushaltsausschusses zu der Drucksache 17/1430. Der Bericht wurde als Tagesordnungspunkt 44b nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Der Ausschuss hat sich gemäß Paragraph 53 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung in Selbstbefassung mit der Angelegenheit befasst. Die FDP-Fraktion hat beide Drucksachen für Donnerstag zur Debatte angemeldet. Diese wird dann morgen im Anschluss an den Tagesordnungspunkt 55 erfolgen.

B Bei der Drucksache 17/1431 handelt es sich um den Bericht des Haushaltsausschusses über die Drucksache 17/1088, Verwendung der Einnahmen des Jahres 2001 aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten. Diese Drucksache wurde als Tagesordnungspunkt 44a nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Die Drucksache 17/1438 beinhaltet einen Antrag der Fraktionen der SPD und der GAL auf Aktenvorlage gemäß Artikel 30 der Hamburgischen Verfassung im Zusammenhang mit dem Disziplinarverfahren gegen Dr. Uwe Hornauer und der Bestellung des Leiters des Bezirksamtes Altona. Diese Drucksache wurde als Tagesordnungspunkt 58 nachträglich in die Tagesordnung aufgenommen.

Darüber hinaus haben sich die Fraktionen in Abweichung von der Empfehlung des Ältestenrats darauf verständigt, dass der Tagesordnungspunkt 4 vertagt werden soll.

Meine Damen und Herren! Bevor ich die Aktuelle Stunde aufrufe, Folgendes: Sie haben im Plenarsaal verschiedene Neuerungen bemerkt, die damit zu tun haben, dass wir – hoffentlich – eine bessere Akustik haben werden. Sie finden am Rednerpult neue Mikrofone und dort neue Lautsprecher. Ich bitte die Rednerinnen und Redner, die jetzt nach vorne gehen und am Rednerpult sprechen werden, zu bedenken, dass es andere Mikrofone sind und dass sie in einem ausreichenden Abstand in die Mikrofone sprechen sollten.

Wir kommen zur

Aktuellen Stunde

Dazu sind fünf Themen angemeldet worden, und zwar von der CDU-Fraktion

U-Bahn-Überbauung Legienstraße: Verletzung des Haushaltsrechts durch den rotgrünen Senat **C**

von der Fraktion der Partei Rechtsstaatlicher Offensive

ÖPNV für die HafenCity

von der GAL-Fraktion

U-Bahn-Pläne des Senats: Mini-Strecke zu Maxi-Preisen

von der FDP-Fraktion

Der Staat als Beute: SPD missbraucht Bundeswehr

und von der SPD-Fraktion

Kein Wahlkampf auf dem Rücken von Ausländerinnen und Ausländern

Im Ältestenrat bestand Einvernehmen, dass das zweite und das dritte Thema gemeinsam aufgerufen werden sollen.

Doch zunächst zu dem von der CDU-Fraktion angemeldeten Thema: Die U-Bahn-Überbauung Legienstraße. Wer wünscht das Wort? – Herr Roock, Sie haben es.

Hans-Detlef Roock CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Der Rechnungshof und die Presse haben in der Vergangenheit immer wieder auf die unrühmlichen und skandalösen Verschwendungen von Steuergeldern durch den alten Senat hingewiesen. Ich erinnere zum Beispiel in diesem Zusammenhang an die Grundinstandsetzung der Brücke des 17. Juni. Dort ist gleichfalls – wie im Fall der Legienstraße – unter Verantwortung des damaligen Bau-senators Wagner das Budgetrecht der Bürgerschaft verletzt worden. Die Verschwendung von Steuergeldern im Falle der Legienstraße hebt sich jedoch von allen anderen Fällen in besonderem Maße ab. Die Dimension des Skandals liegt nicht unbedingt in der Höhe der verschwendeten Summe, die immerhin – vermutlich – über 1,5 Millionen DM liegt, **D**

(Zurufe von der CDU: Hört, hört!)

sondern insbesondere in der versuchten Vertuschung und Geheimniskrämerei des damaligen Bausenators. Mehrere Anfragen von mir wurden insgesamt ohne klare Aussagen vom alten Senat hinhaltend beantwortet.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Selbst eine unter Ausschluss der Öffentlichkeit stattfindende Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses zu diesem Thema, in der Vertraulichkeit vereinbart worden war, brachte keine Aufklärung. Dieses Gebaren brachte mich und meine Fraktion dazu, nach Artikel 71 der Hamburger Verfassung, ein Minderheitenrecht, ein Prüfungs- und Berichtersuchen an den Rechnungshof zu richten.

Wie allein schon aufgrund der Vertuschungsversuche des damaligen Bausenators zu vermuten war, fiel das Prüfungsergebnis für den Senat verheerend aus. Der Rechnungshof stellte schwerwiegende Verfehlungen fest, für die Sie, Herr Kollege Wagner, verantwortlich sind. Er erklärt in seinem Bericht, dass Sie die Grundsätze der Zweckmäßigkeit und der Wirtschaftlichkeit missachtet haben. Er stellt ferner fest, dass Sie gegen die Landeshaushaltsordnung verstoßen haben.

(Zuruf von der CDU: Aha!)

(Hans-Detlef Roock CDU)

- A Der schwerwiegendste Vorwurf jedoch ist nach meiner Auffassung, dass Sie wiederum gegen das Budgetrecht der Bürgerschaft verstoßen haben. Der Rechnungshof führt dazu im Einzelnen aus. Ich zitiere:

„Die Übernahme einer Gewährleistung zur Abdeckung künftiger Haushaltsrisiken bedarf gemäß Artikel 72 Absatz 2 HV in Verbindung mit § 39 Absatz 1 LHO einer der Höhe nach bestimmten parlamentarischen Ermächtigung durch den jährlichen Haushaltsbeschluss und unterliegt damit einer besonderen parlamentarischen Kontrolle.“

Sie, Herr Wagner, sind dafür verantwortlich, dass ohne eine parlamentarische Ermächtigung am Parlament vorbei gehandelt wurde; ein unglaublicher Vorgang, gepaart mit dem Versuch, Parlament und Öffentlichkeit dumm dreist und arrogant zu verschaukeln.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Rund ein halbes Jahr vor Abschluss des Vergleichs habe ich den alten Senat gezielt gefragt, in welcher Form und wann er gedenkt, die Bürgerschaft damit zu befassen. Es gehört schon eine ganze Menge Arroganz dazu, diesen Wink mit dem Zaunpfahl nicht zu verstehen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! In 44 Jahren SPD-Regierungsbeteiligung – davon waren Sie, Herr Wagner, rund 18 Jahre Senator – ist Ihnen jegliches Fingerspitzengefühl abhanden gekommen. Sie haben schlicht und ergreifend die Einschlüsse nicht mehr gemerkt und haben der Stadt schweren Schaden zugefügt.

- B (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Hamburger Bürger haben das Gott sei Dank erkannt und Sie in die Opposition verbannt. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Kahlbohm.

Holger Kahlbohm SPD: Frau Vorsitzende, meine Damen und Herren! Herr Roock, an Sie nur eines: Mit Beschimpfungen klärt man keine Sachverhalte. Das ist schon frech, was Sie hier liefern.

(Beifall bei der SPD)

Auch in der politischen Auseinandersetzung sollte man ein Mindestmaß an Anstand bewahren. Das waren Beschimpfungen und keine sachlichen Auseinandersetzungen.

Eine Vorbemerkung, die an die Adresse von Herrn Tants geht: Herr Tants, Sie werden hier gleich noch reden. Sie hatten es für notwendig befunden,

(Dr. Michael Freytag CDU: Der hat doch noch gar nichts gesagt!)

in der Presse schon ein bisschen anzuheizen, und haben einen Vorwurf – so muss man das jedenfalls lesen – an die Präsidentin gerichtet. In der Presse heißt es, sie wisse, was damals gezahlt wurde, und bewahre Stillschweigen.

C Herr Tants, Sie sollten wissen – ich nehme an, Sie haben die Vorlage des Rechnungshofs gelesen –, dass die Präsidentin und der Präsident des Senats in gleicher Weise informiert worden sind. Beide haben mit gutem Recht und richtig entschieden, dass sie nicht befugt sind, hier eine Entscheidung zu treffen und diese vertraulichen Tatsachen in die Öffentlichkeit zu tragen, weil Dritte im Spiele sind, die Firma Hochtief. Das ist ja das Problem.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Das ist bestritten!)

Die Präsidentin hat inzwischen den Vorschlag gemacht, den wir aufgreifen sollten, sich im Haushaltsausschuss und im Unterausschuss in vertraulicher Sitzung die noch nicht offenen Tatsachen anzuschauen. Dann kann man zumindest zu einer internen Bewertung kommen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Aber nicht nach der Wahl!)

Herr Tants, das ist umso verwerflicher, weil Sie Mitglied des Ausschusses sind und an der Sitzung am 6. Februar teilgenommen haben. Dort haben Sie versucht, Aufklärung zu bekommen. Die haben Sie Ihrer Meinung nach nicht bekommen. Das kann ich nicht beurteilen, das mag so sein. Aber Sie haben zumindest mitbekommen, wie diffizil diese vertraulichen Gegenstände sind. Deshalb konnte die Präsidentin gar nicht anders handeln.

(Beifall bei der SPD)

D Zur Sache selbst. Im Zuge der groß angelegten Wohnungsbauprogramme Anfang der Neunzigerjahre wurde auch eine Überbauung der U-Bahn im Bereich der Legienstraße mit der Schaffung von 876 Wohnungen geplant. Infolge einer dann deutlich geringeren Bedarfslage Ende 1997 wurde dieses Projekt bei der Regierungsbildung durch Rotgrün gestrichen. Zu prüfen ist nun erstens, ob der von der Baubehörde mit der Firma Hochtief geschlossene Vergleich zum Ausgleich über verlorene Planungskosten zweckmäßig und wirtschaftlich war, und zweitens, ob die Baubehörde das Budgetrecht der Bürgerschaft verletzt und gegen den Grundsatz der sachlichen Bindung verstoßen hat. Das sind die beiden wesentlichen Punkte.

Zum jetzigen Zeitpunkt muss ich dazu feststellen: Da ein Teil der Unterlagen zu diesem Punkt vertraulich und deshalb den Abgeordneten nicht zugänglich ist, kennen wir nur einen Teil der Fakten. Eine abschließende Beurteilung, ob der Vergleich wirtschaftlich und zweckmäßig war, ist deshalb zurzeit nicht möglich. Alles andere ist Wahlkampfgeklüngel und Vermutung.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Aha!)

Fest steht, dem Projektentwickler Hochtief wurde von der Baubehörde zugesagt, eventuell verlorene Planungskosten bis zu 1,5 Millionen DM zu erstatten. Nachdem dieser Fall eingetreten war, bestand meiner Meinung nach zumindest in dieser Höhe eine Zahlungsverpflichtung der Stadt. Die Frage, ob die Baubehörde ihre Rechtsposition zur Vermeidung von Zahlung voll ausgeschöpft hat, können meines Erachtens nur die Gerichte entscheiden. Es dürfte uns schwer fallen, hier ein endgültiges Urteil zu fällen.

Der Zweck des Vergleichs war es letztlich, die Kosten und Risiken, die aus politischem Handeln entstanden sind, einzugrenzen und eventuelle weitere Kosten, wie zum Beispiel Gerichtskosten, auszuschließen. Das muss man bei der Durchführung dieses Vergleichs berücksichtigen.

Der Vorwurf des Rechnungshofs, eine mangelnde Abwägung der Risiken, wird allerdings dadurch gestützt,

(Holger Kahlbohm SPD)

- A dass die Baubehörde selbst einräumt, die Ergebnisse der Rechtsprüfung nicht umfassend dokumentiert zu haben. Zumindest das ist ein Versäumnis, weil es die Aufklärung, Entlastung oder den Schuld tatbestand schwerer fassen lässt.

Die zweite Feststellung des Rechnungshofs, Verstöße gegen die Haushaltsordnung, lässt sich etwas leichter beurteilen. Seine Feststellung, dass zum Zeitpunkt der Übernahme der Kostengarantie keine haushaltsrechtliche Ermächtigung vorlag, ist meines Erachtens richtig. Bau- und Finanzbehörde haben diesen Sachverhalt im Verlaufe des Prüfungsverfahrens bestätigt. Hierüber braucht man also nicht mehr zu streiten. Die Behörde hat das Budgetrecht der Bürgerschaft verletzt.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Kahlbohm, Ihre Redezeit ist jetzt um.

Holger Kahlbohm (fortfahrend): Ich komme zum Schluss. – Anzumerken bleibt noch, dass die Finanzbehörde hier eine andere Auffassung vertritt und eine Klärung erwägt. Ich empfehle dem Haushaltsausschuss dringend, dieses Thema aufzugreifen. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Brandes.

- B **Christian Brandes** Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Liebe Abgeordneten! Das von der CDU eingebrachte aktuelle Thema, die Überdeckung der Gleisanlage an der Legienstraße, ist aufgrund von Verschwendung nicht nur für uns als Parlamentarier richtig und wichtig, sondern auch für die Hamburger, die natürlich großes Interesse daran haben zu wissen, wofür ihre Steuergelder in den letzten Jahren ausgegeben wurden und jährlich ausgegeben werden. Fangen wir bei uns, dem Parlament, an.

Im Bericht des Rechnungshofs, welcher in dieser Form für jeden frei zugänglich ist, beginnt die Geschichte dieser Überdeckung bereits im Jahre 1972, also vor 30 Jahren. 30 Jahre später, also jetzt, ist sie hier im Parlament. Warum ist es jetzt erst hier im Parlament? – Weil die damalige Regierung in diesem Falle mehrfach – mehrfach – gegen das Haushaltsrecht verstoßen hat.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Nun muss man sich fragen – zumindest zur heutigen Zeit –, wie es zu solch eklatanten Verstößen gegen das Haushaltsrecht kommen kann. Im Haushaltsausschuss, durch die Führung auch von Herrn Zuckerer, ist so etwas theoretisch gar nicht möglich. Da will die jetzige Opposition jede Ausgabe bis auf jeden Cent erklärt und überarbeitet haben.

(Barbara Duden SPD: Das ist unser Job! – Vereinzelter Beifall bei der SPD)

– Ich habe damit gerechnet, dass Sie applaudieren.

Ich frage mich, warum Sie nicht schon vor ein paar Jahren geguckt haben, woher das Geld gekommen ist. Das muss nicht die Opposition, das müssen auch Sie als Abgeordnete machen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP) C

Warum kamen die Schriftlichen Kleinen Anfragen zum finanziell teuren Traum einer Überdeckung immer von den Christdemokraten? Und warum wurde nicht im Haushaltsausschuss oder auch hier im Parlament – auch nicht von Ihrer Seite – gegen einen Verstoß Einspruch erhoben? – Nicht einmal von Ihrer Seite, wenn es ein Verstoß war. –

(Wolf-Dieter Scheurell SPD: Auch nicht von der FDP!)

– Sie können immer mitreden, deswegen werden auch Fotos von Ihnen gemacht.

Noch einmal kurz zu den Tatsachen:

Erstens: Die Behörde hat 1995 mit der Kostenübernahmeerklärung ohne eine entsprechende parlamentarische Ermächtigung gehandelt. Das ist ein Verstoß.

(Michael Neumann SPD: Pusten Sie sich nicht so auf! – Zurufe von der GAL: Nicht so laut!)

– Ich bin aber noch im gelben Bereich.

Zweitens: Sie hat Gelder aus einem zweckentfremdeten Titel entnommen und somit gegen den Grundsatz der sachlichen Bindung verstoßen. Also auch ein Verstoß.

Drittens: Obwohl der damalige Senat der Bürgerschaft Änderungen im Projekt mitteilen wollte, wurde dieses nicht durchgeführt. Ferner haben wir, das Parlament, noch heute keine völlige Einsicht in den damaligen Vergleich, was mich, wenn ich ähnlich wie Sie, Herr Mahr, gestrickt wäre, schon lange dazu erwogen hätte, darüber interessante Spekulationen abzugeben.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP) D

Kommen wir zum vierten und letzten Punkt. Es geht um 1,5 Millionen DM, die verschwunden sind. 1,5 Millionen DM sind heute 767 000 Euro, die für irgendein Projekt ausgegeben wurden, das nicht existiert. Dafür hätte man selbst damals eine Grundsanierung von Straßen bezahlen können. Dann hätten wir heute nicht das Problem mit den Straßen.

Hätten wir die 767 000 Euro, hätten wir heute eine Anschubfinanzierung für die neue Uniform der Hamburger Polizei machen können. Das Geld ist weg. Sagen Sie das den Hamburgern, wo das Geld ist. – Es ist weg.

(Lachen bei der SPD – Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Ingo Egloff SPD: Sagen Sie Herrn Schill, dass es weg ist!)

Unsere Koalition geht davon aus, dass uns keine derart vernichtenden Fehler unterlaufen werden,

(Lachen bei der GAL und vereinzelt bei der SPD – Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

denn wir werden den Hamburgern auch in diesem Feld offen legen, was mit ihren Geldern geschieht.

Durch unsere Fraktion und die gesamte Koalition werden wir die Hamburger Mitbürger ebenso darüber informieren, was die alte Regierung politisch nicht öffentlich aussprechen wollte. Auch wird unsere Koalition politisch sachlich und hanseatisch gegen die alte Regierung – jetzt also Opposition – agieren, denn die Mitbürger haben erkannt,

(Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A dass von Ihnen mehr schlecht als recht unter der politischen Gürtellinie gearbeitet wird – und das werden wir nicht tun.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Zurufe von der SPD)

In unserer Regierung wird es keine angetrunkenen Senatoren geben, die Fahrerflucht begehen.

(Lachen bei der SPD und der GAL – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Brandes, Ihre Redezeit ist um, Sie müssen jetzt unmittelbar zum Schluss kommen.

Christian Brandes (fortfahrend): Sie können sich jetzt schon darauf gefasst machen, dass dieses nach dem Alarmanlagenkandal in Anstalt IX in Vierlande die zweite öffentliche Darlegung von haushaltspolitischen Fehlern war, aber garantiert nicht die letzte.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Ich möchte bei dieser Gelegenheit für die neuen Abgeordneten noch einmal Folgendes erklären: Wenn die beiden Signale am Rednerpult aufleuchten, heißt es, Sie haben noch zehn Sekunden Redezeit. Erst wenn fünf Minuten um sind, klinge ich. Das ist auch das, was die Geschäftsordnung vorsieht.

Frau Möller hat das Wort.

- B **Antje Möller GAL:** Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Brandes, Sie sind durch diese neue Anlage zwar besser zu verstehen, aber inhaltlich wird das, was Sie sagen, nicht besser.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Michael Neumann SPD:* Hören kann man ihn, aber nicht verstehen!)

Ich darf an die geänderte Tagesordnung bezüglich der Fehlkalkulation von 3 Millionen Euro beim Neubau der Justizvollzugsanstalt erinnern.

(*Michael Neumann SPD:* Davon könnte man Straßen bauen!)

– Darüber reden wir später, aber das hat auch etwas mit Haushalt zu tun.

(Beifall bei der GAL)

In der Debatte hier scheint mir zu viel politische Interpretation des Rechnungshofsprüfungsberichts zu sein und keine fachliche und sachliche Auseinandersetzung. Drei Punkte will ich benennen.

Erstens: Auch wir teilen die Einschätzung des Rechnungshofs, dass die Baubehörde diesen Vergleich so nicht hätte schließen dürfen. Die notwendige Entscheidungsbasis dafür war nicht hergestellt.

(Zuruf von der CDU)

Es hat mit Rotgrün nichts zu tun, um das noch einmal deutlich zu sagen. Hier geht es um Rot-Grau, falls Sie sich daran noch erinnern. Einige von Ihnen sind lange genug hier, um das zu wissen.

Zweitens: Die Baubehörde hat das Budgetrecht verletzt. Interessant ist dazu allerdings die Stellungnahme der

Finanzbehörde, und zwar durchaus der jetzigen. Sie hat eine andere Interpretation und widerspricht dem Rechnungshof. Das muss im Ausschuss diskutiert und nicht hier in fünf Minuten mit Schlagwörtern und kurzer Argumentation in den Raum geworfen werden. Setzen wir uns damit auseinander, warum Herr Peiner der Meinung ist, das Budgetrecht sei nicht verletzt worden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Drittens: Die Baubehörde hat für Leistungen gezahlt, die keine Planungsleistungen waren. Das ist wahrscheinlich richtig. Das war wohl ein Fehler der Baubehörde. Auch das sollte man sich im Ausschuss angucken. Wir wollen die Details sehen, wir wollen Einblick in die Verträge, in die vertraulichen Unterlagen. Wir wollen Vertrauen in das Parlament setzen. Wir bewahren die Vertraulichkeit, aber man muss die Vorgänge nachvollziehen können.

(Beifall bei der GAL und bei *Dr. Andrea Hilgers SPD*)

Ich glaube, es geht um etwas anderes. Es geht darum, Politik als Sündenbock darzustellen. Für eine sachliche Auseinandersetzung sind Ihnen die Themen ausgegangen. Jetzt muss man wieder etwas hochpushen; ein billiger Trick kurz vor der Wahl.

(Lachen bei *Wolfgang Drews CDU*)

– Sie lachen, aber setzen Sie sich doch einmal damit auseinander.

Die Stellungnahme der Behörde für Bau und Verkehr ist interessant. Die offizielle Begründung, die die jetzige Baubehörde dem Rechnungshof gibt, ist kontrovers zur Einschätzung des Rechnungshofs. Wir haben noch nicht über die unterschiedliche Bewertung der WK-Entscheidung gesprochen. Der Rechnungshof widerspricht der jetzigen Behörde für Bau und Verkehr. Das ist politisch eine hoch spannende Konstellation, gehört aber nicht in eine Aktuelle Stunde, sondern in einen Ausschuss, damit man inhaltlich darüber reden kann.

(Beifall bei der GAL und der SPD – *Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Das Geld ist doch weg!)

Die jetzige Behörde für Bau und Verkehr sagt, die damalige Baubehörde habe lediglich die Ergebnisse der Rechtsprüfung nicht umfassend dokumentiert. Der Rechnungshof sagt, es gab überhaupt keine Rechtsprüfung. Das ist eine spannende Auslegung von Behördenhandeln, gehört aber ebenfalls nicht in die Aktuelle Stunde. Es muss inhaltlich, sachlich, fachlich im Ausschuss diskutiert werden. Dann kann man auch über politische Einschätzungen reden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Müller-Sönksen.

Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Möller, was Sie eben gesagt haben, ist auch richtig. Selbstverständlich müssen wir das später auch im Ausschuss sachlich und fachlich behandeln.

(*Michael Neumann SPD:* Aber jetzt auf den Pudding hauen!)

Insofern kann ich mich Ihren Ausführungen anschließen.

(Beifall bei der FDP)

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP)

- A Lieber Herr Kahlbohm, als ob ich es gewusst hätte, habe ich in fast prosaischer Form eine Idylle gezeichnet. Sie versuchen, eine Aktuelle Stunde damit einzuleiten, dass Sie sagen, es sei alles gar nicht so schlimm und wir wollen das, was passiert ist, nach der Wahl besprechen. Das ist ein kleines Märchen. Dazu passt auch das, was ich Ihnen dazu sagen möchte.

Die U-Bahn-Haltestelle Legienstraße zählt wirklich zu den schönen Hamburger U-Bahn-Haltestellen. In der Mitte wachsen Bäume, es gibt Grün und man kann zwischen den Bäumen kleine Hasen beobachten.

(Gesine Dräger SPD: Das sind Kaninchen!)

Insoweit ist das eine niedliche Szene, die zu dem Bild passt, das Sie eben gezeichnet haben. Diese kleinen Hasen wissen nur nicht, dass ihr Zuhause, in dem sie friedlich herummümmeln, ein Millionen-Euro-Grab ist. In diesem Punkt gibt es leider zwischen uns und den kleinen Hasen auf der Wiese überhaupt keinen Unterschied. Wie viel Geld dort vom Hamburger Steuerzahler versenkt wurde, wissen weder die Parlamentarier hier noch die Hasen dort.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Diese Unterlagen sind dem Bürgermeister und der Präsidentin der Bürgerschaft insgesamt übergeben worden. Dass die Hasen – von mir aus auch Kaninchen, wenn Sie es lieber haben – in der Legienstraße unwissend sind, kann ich verkraften, denn sie haben auch nicht die Aufgabe, das Handeln der Exekutive verantwortlich zu kontrollieren. Wir als Bürgerschaft haben das Budgetrecht und die -pflicht und wir sollten uns nicht wie die Hoppelhasen behandeln lassen.

- B (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Ingo Egloff SPD: Das vergessen Sie man nicht bei der Kontrolle Ihres Senats!)

Der hier in Rede stehende Rechnungshofsbericht stuft die wirklich interessanten Anlagen 1 und 3 als „vertraulich“ ein. Das kann der Rechnungshof und das soll er auch tun. Aber, warum bekommen wir als Parlamentarier von unserer Präsidentin keine Einsicht in diese vertraulichen Dokumente? Schriftlich habe ich vor 13 Tagen Akteneinsicht gefordert. Ich habe danach sogar vorsorglich eine Verschwiegenheitserklärung abgegeben – ohne Erfolg. Der juristische Streit um unser gutes parlamentarisches Recht, zu wissen, wie viel Euro oder D-Mark dort vom rotgrünen Senat bezahlt wurden – verzeihen Sie, rotgrauer Senat –, ließe sich hier mit guten Argumenten führen. Es verstößt gegen den Gleichheitsgrundsatz, wenn eine Abgeordnete im Hause es weiß und die anderen nicht.

(Dr. Willfried Maier GAL: Wir wollen es auch wissen!)

Verschwiegenheit ist kein Argument, weil alle Abgeordneten nach Artikel 7 Absatz 2 Ziffer 3 der Hamburger Verfassung bei einem Verstoß gegen die Verschwiegenheit ihr Mandat verlieren können. Das heißt, es liegt in unserer eigenen Verantwortung, ob wir eine angenommene Verschwiegenheit für uns wahrnehmen oder nicht.

Aber die juristische Dimension ist nur die eine, die politische ist viel eklatanter.

Lassen Sie mich vorwegschicken, dass wir als Liberale nicht in dem Ruf stehen, wirtschaftsfeindlich zu sein. Ein Investorenschutz – das ist ja die Zielgruppe der Vertrau-

lichkeit – wird von uns ausdrücklich anerkannt. Aber, wird dort wirklich ein schutzwürdiges Interesse eines Investors gewahrt, der beispielsweise nicht zum Zuge kam? Oder wird in Wirklichkeit ein gigantisches Fehlverhalten des alten Bausenators Wagner und des rotgrauen Senats kaschiert?

Wir arbeiten hart daran, Haushaltsklarheit und -wahrheit, Transparenz und Nachvollziehbarkeit stattfinden zu lassen. Es ist ein Erfolg dieser Koalition, erstmals zu wissen, wie viele Lehrer eigentlich tatsächlich finanziert und bezahlt werden, und erstmals einen Zuwendungsbericht zu haben. Und weil wir mit diesem Anspruch an Transparenz auch die Haushaltspolitik betreiben und unsere Verantwortung für das Geld unserer Hamburger Bürger sehr ernst nehmen, lassen wir uns garantiert nicht behandeln wie die Hoppelhasen von der U-Bahn Legienstraße. Sagen Sie uns, wie viel Geld da herausgeschmissen worden ist, und sagen Sie es uns vor der Bundestagswahl und nicht erst, nachdem wir vielleicht irgendwann nach der Wahl

(Dr. Willfried Maier GAL: Bei der Wahl mussten Sie es nicht verwenden!)

mit Ihnen im Ausschuss darüber diskutieren. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Tants.

Henning Tants CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Im Laufe dieser Debatte hat die U-Bahn Legienstraße für mich eine erschreckende Dimension bekommen.

(Heiterkeit bei der SPD und der GAL)

– Lachen Sie man, darauf kommen wir gleich noch. – Fangen wir einmal mit dem Sachlichen an. Frau Möller, Sie haben völlig Recht, der Ursprung war rotgrau. Ich weiß noch, als ich in der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte saß.

(Wolfgang Franz SPD: Oh Gott!)

Ich war natürlich nicht glücklich über eine rotgrüne Landesregierung, aber durch Sie beide, Frau Möller und Herr Maier, ist dieses wohnungspolitische Wahnsinnsprojekt nicht zustande gekommen. Das fand ich eine gute Leistung von Ihrer Seite. Das sind die erfreulichen Dinge.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Nun gehe ich einmal zum Prozedere über, Frau Präsidentin, das kann ich Ihnen nicht ersparen. Herr Kahlbohm, ich bin erschüttert, dass Sie Ihre Rede damit anfangen, von Anstand zu sprechen. Zeigen Sie mir einmal, wo das steht, was ich in der Presse gesagt oder angeheizt haben soll. Wesentliche Teile Ihrer Rede, Herr Kahlbohm, sind Inhalt von Gesprächen gewesen, die ich mit der Bürgerschaftskanzlei geführt habe. Wieso sagen Sie, ich hätte das in der Presse genannt?

Etwas ist allerdings bemerkenswert: Ich habe in der Bürgerschaftskanzlei – dafür habe ich Zeugen – darum gebeten, Einsicht in die Akten nehmen zu dürfen. Ich habe genau das getan, was heute hier angeboten wird, nämlich in die Bürgerschaftskanzlei zu gehen und, wie das im Untersuchungsausschuss, wie das in der Kommission für Bodenordnung gemacht wird, im Beisein eines Beamten

C

D

(Henning Tants CDU)

- A oder eines Angestellten der Bürgerschaftskanzlei in die Akten einzusehen, keine Kopien zu machen und zu unterschreiben, dass ich mich zur Verschwiegenheit verpflichte.

Frau Präsidentin, wenn Sie uns dann heute in der Sitzung, wo Sie wissen, dass dieses auf der Tagesordnung steht ...

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Abgeordneter, ich darf Sie daran erinnern, dass Sie hier keine Debatte mit mir führen.

Henning Tants (fortfahrend): Gut, dann werde ich die Debatte etwas überhöhen und sie wird trotzdem den gleichen Inhalt haben.

(Barbara Duden SPD: Was heißt denn das?)

Heute wird uns dann mitgeteilt, von wem auch immer:

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

„Im Übrigen kann jedes Mitglied der Bürgerschaft nach vorheriger Unterzeichnung einer Erklärung zur Verschwiegenheit in den Räumen der Bürgerschaftskanzlei den vertraulichen Teil des Berichts lediglich einsehen. Die Anfertigung von Abschriften, Kopien oder sonstigen Vervielfältigungen ist nicht zulässig.“

Nun muss sich, wer auch immer, fragen lassen, warum er oder eine Institution, wenn er oder sie denn weiß, dass hier ein Abgeordneter etwas verlangt hat, etwas angeboten hat und ihm dieses genau am Tage der Sitzung konzidiert wird, nicht zum Beispiel eine Stunde vor der Sitzung – da gab es diesen Beschluss schon, wetten? –

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Was für einen Beschluss?)

angerufen und gesagt hat, es ist beschlossen worden, dass Sie in die Kanzlei gehen und in den Bericht einsehen können, das verhilft Ihnen vielleicht zu einer sachlichen Debatte heute im Parlament.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Da beschleicht mich, das muss ich Ihnen ganz ehrlich sagen, ein ganz ungutes Gefühl.

(Wolfgang Franz SPD: Keine Inszenierung! Da werden Sie noch viel von zurücknehmen müssen!)

– Wieso Inszenierung? Ich finde das heute auf meinem Platz vor, Sie auch; lesen Sie es doch einmal.

Ich möchte Sie sehen, wenn Sie genau dieses Ansinnen, welches hier konzidiert wird, vor einer Woche gestellt hätten, dieses abgelehnt worden wäre und Sie nicht darüber informiert worden wären, dass es gemacht werden kann. Darüber werden wir noch zu reden haben.

Meine Damen und Herren! Gleich wird die Lampe aufleuchten, dann muss ich mich ein zweites Mal in dieser Sache zu Wort melden.

(Ingo Egloff SPD: Dann sprechen Sie doch zur Sache!)

Ich habe mit Vergnügen die Mahnungen aus den Reihen der jetzigen Opposition in den letzten Debatten gehört. – Die Redezeit ist zu Ende, ich komme nachher in einem zweiten Durchgang auf die Angelegenheit zurück.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Michael Neumann SPD*: Da freuen wir uns jetzt schon drauf!)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Wagner.

Eugen Wagner SPD:* Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich hatte eigentlich nicht die Absicht, mich heute zu melden.

(Ekkehard Rumpf FDP: Besser so! und Beifall)

Aber nachdem ich so oft von Ihnen genannt worden bin, sollte ich doch ein paar Worte sagen. Erst einmal grundsätzlich: Es ist kein Schaden bei dieser Angelegenheit Legienstraße entstanden, sondern es ist Schaden durch diesen Vergleich von der Freien und Hansestadt Hamburg abgewendet worden. Und Sie, Herr Roock, waren ja dabei, als wir die vertrauliche Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 6. Februar hatten, Sie hätten das eigentlich wissen müssen.

Wenn Sie jetzt an einer sachlichen Debatte oder einer sachlichen Aufklärung interessiert wären, dann hätten Sie das wahrgenommen, was zum Beispiel der Rechnungshof in seinem Bericht schreibt, dass nämlich die Vertraulichkeit nicht für vertrauliche Sitzungen der Ausschüsse beziehungsweise der Bürgerschaft gilt. Normalerweise informiere ich mich erst einmal und nehme dann den Mund voll oder halte ihn lieber, wenn ich an einer Sache interessiert bin. Hier ist es genau umgekehrt; das muss ich mal mit aller Offenheit sagen.

Nun will ich diesem Parlament aber eine interessante Information nicht vorenthalten. Es ist so viel vom Rechnungshofsbericht gesprochen worden. Das Verfahren zur Erstellung des Rechnungshofsberichtes ist so, dass die Behörden gefragt werden, und nachdem sie ihre Stellungnahmen abgegeben haben, wird er erstellt. Nun ist das Interessante daran, dass der Rechnungshof die Stellungnahmen zu diesem Rechnungshofsbericht, wenn ich einmal von der Vorbereitungsbesprechung im August 2001 absehe, alle nach dem Amtswechsel erhalten hat.

Ich nehme nur einen Punkt heraus und das ist die Stellungnahme der Behörde für Bau und Verkehr. Die GAL-Abgeordnete hat schon darauf hingewiesen, dass dort eindeutig festgestellt wird, dass die damalige Baubehörde richtig gehandelt hat. Es wird nämlich im Ergebnis gestützt und das ist wirklich eine Ausschusssitzung wert. Damit habe ich übrigens gar kein Problem, damit das einmal klar ist, denn wir haben in der damaligen vertraulichen Ausschusssitzung ausgiebig informiert. Es war Vorwahlkampfzeit, als Sie das hochspielten, und es war Ihnen nicht genug. Deswegen haben Sie im April Ihren Antrag nachgeschoben, der durch Minderheitenvotum dann entsprechend wirksam wurde.

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen noch einmal,

(Henning Tants CDU: Sie haben gar nichts gesagt!
– Bernd Reinert CDU: Kommen Sie mal zum Budgetrecht der Bürgerschaft! – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Sie sind nicht mehr an der Regierung! Sie können nicht mal sagen, wann wir aufhalten sollten! Das ist ja ein unglaubliches Verhalten!)

Sie als FDP-Fraktionsvorsitzender sollten sich erst einmal informieren, bevor Sie überhaupt den Mund aufmachen,

(Eugen Wagner SPD)

- A denn Sie tragen die Sachlichkeit ja vor sich her und in Wahrheit machen Sie genau das Gegenteil.

(Beifall bei der SPD)

Das war es erst einmal. Wir sehen uns im Ausschuss und werden dann erleben, wer Recht hat. Ich glaube, dass das Recht mehr auf meiner Seite steht.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Tants.

Henning Tants CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Nur eine kurze Anmerkung. Der Kollege Müller-Sönksen ist genauso überrascht wie ich.

(Uwe Grund SPD: Wir sind überrascht und erschreckt!)

– Durfte ich das sagen, Herr Kollege, wenn Sie das so erschreckt? Ich will den parlamentarischen Sprachgebrauch hier einhalten. Aber für mich, der ich schon einige Jahre dabei bin, ist dies ein einmaliger Vorgang. Wenn uns das umgekehrt passiert wäre, dann würden Sie völlig hemmungslos erst von Anstand und dann von Skandal sprechen.

(Ingo Egloff SPD: Kommen Sie mal zu den Inhalten!)

Nun zum Rechnungshofsbericht. Wer das Problem Legienstraße kennt – ich kenne es noch aus der Bezirksversammlung Hamburg-Mitte –,

- B (Ingo Egloff SPD: Das haben Sie schon mal gesagt!)

wer diesen Bericht liest, für den kann kein Krimi spannender sein als dieser Rechnungshofsbericht. Wer dann noch ein bisschen Haushaltsrecht kennt und weiß, wie in den Ausschüssen damit umgegangen wird, für den wird das noch spannender. Hier ist schon gesagt worden, dass es sehr deutliche Worte des Rechnungshofs gibt. Herr Wagner hat sich geäußert; ich weiß noch, Herr Wagner, wie Sie sich geziert und gesagt haben, es sei doch unnötig, dass der Rechnungshof überhaupt prüfe, das sei doch nur wieder so eine Trickserie der Opposition – gemeint haben Sie die CDU. Was der Rechnungshof hier abgeliefert hat, beschreibt keine Trickserie. Dieses beschreibt nicht nur schwere Haushaltsverstöße, sondern auch eine starke Verletzung des Budgetrechts und dies nicht nur in dem einen Fall. Deswegen werden wir sehr sorgfältig arbeiten müssen.

Ich darf den Rechnungshofsbericht zitieren. Unter Textziffer 60 steht:

„Bereits bei früheren Prüfungen thematisch ähnlicher Fälle hat der Rechnungshof Verstöße der Baubehörde gegen das Haushaltsrecht festgestellt. Er verweist in diesem Zusammenhang auf seine Jahresberichte 1991 und 1995, in denen er über die Erstattung von Planungskosten an Wohnungsunternehmen für nicht realisierte Wohnprojekte berichtet hat. In diesen Fällen hatte die Baubehörde durch nicht zweckentsprechende Verwendung von Haushaltsmitteln gegen das parlamentarische Budgetrecht (Artikel 66 und 68 HV) und den Haushaltsgrundsatz der sachlichen Bindung (§ 45 Absatz 1 LHO) verstoßen.“

C Hier wird nicht nur im Falle Legienstraße etwas gesagt, sondern hier wird vom Rechnungshof dokumentiert, dass unter der Amtszeit eines Senators, der immer gerne sagt, er war derjenige, der am längsten Bausenator in Hamburg war,

(Barbara Duden SPD: Das ist die Wahrheit!)

systematisch Verstöße gegen die Hamburgische Verfassung und das Budgetrecht der Bürgerschaft begangen worden sind.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das steht im Rechnungshofsbericht, ich habe nur zitiert.

Herr Kahlbohm, vor diesem Hintergrund haben Sie dann versucht, mir Presseäußerungen zu unterstellen. Lesen Sie mir die vor, zeigen Sie mir, was ich wo angeheizt habe.

(Dr. Holger Christier SPD: Nun machen Sie mal halblang!)

Das ist eine ganz billige Ausfalltaktik. Im militärischen Bereich hätten Sie die Attacke verloren und lägen alle fürchterlich lang und breit im Graben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Dobritz.

Werner Dobritz SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich deshalb zu Wort gemeldet, weil in der Unterrichtung der Präsidentin an das Parlament ein Verfahren vorgeschlagen worden ist und Bezug genommen wird auf die Geschichte. Dazu kann ich einiges sagen, denn den Unterausschuss zu den Hamburger Stahlwerken habe ich damals selbst geleitet. Der hier unterbreitete Vorschlag entspricht nicht nur der Geschäftsordnung, er dient auch dazu, allen Parlamentariern die Möglichkeit zu geben, unter bestimmten Rahmenbedingungen Einblick in vertrauliche Unterlagen zu nehmen, und zwar vertraulich in Bezug auf Vertragsunterlagen gegenüber Dritten.

Dieser Weg wird hier beschrieben und er wurde damals bei den Hamburger Stahlwerken auf eigene Initiative der SPD-Fraktion betrieben und alle Fraktionen haben auch mitgemacht. Dieser Unterausschuss konstituiert sich, er beschließt nach der Geschäftsordnung eine Vertraulichkeit, die dann in der Tat lautet, dass jeder, der aus dieser Ausschusssitzung berichtet, Dritten gegenüber eine Straftat begeht. Er muss sozusagen das Risiko mit in Kauf nehmen.

Nun kommt das Entscheidende. Aber an dieser Sitzung, auch wenn der Haushaltsausschuss nur soundso viele Mitglieder hat, können als beratende Mitglieder alle 121 Abgeordnete teilnehmen. Sie haben dann den gleichen Vertraulichkeitsbeschluss zu akzeptieren und für sie gilt die gleiche Konsequenz. Das heißt, Herr Müller-Sönksen – er ist nicht da –, die Behauptung, hier würde ein Verfahren vorgeschlagen, das die Abgeordneten nicht in die Lage versetze, auch an den Teil der Vertraulichkeit heranzukommen, den in der Tat der Rechnungshof nicht preisgeben kann, ist falsch. Ich empfehle dem Haushaltsausschuss aus meinen vormaligen Erfahrungen mit dem Bericht des Rechnungshofs über die Hamburger Stahlwerke, exakt so zu verfahren. Es ist parlamentarisch völlig korrekt.

(Beifall bei der SPD)

A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt:** Das Wort hat Frau Dr. Schaal.

Dr. Monika Schaal SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Tants, Sie haben hier so vehement angeklagt,

(*Henning Tants CDU:* Nee, das steht im Rechnungshofsbericht!)

dass systematisch gegen die Verfassung und das Budgetrecht des Parlaments verstoßen worden sei und das schon jahrzehntelang. Dann frage ich mich allerdings, Herr Roock, warum Ihnen dann erst im Frühjahr 2001, zwei Jahre nachdem der Vergleich zwischen der Hansestadt und Hochtief geschlossen wurde, eingefallen ist, dieses beim Rechnungshof durch einen Antrag anzuprangern. Wenn Ihnen das so am Herzen gelegen hätte, dann hätten Sie schon früher die Initiative ergreifen und zum Rechnungshof laufen können. Ich habe die Unterlagen gelesen. Sie haben dem Sachverhalt 1998 mit Kleinen Anfragen nachgespürt. Dann ist er Ihnen zwei Jahre lang offensichtlich aus dem Sinn gekommen und ein halbes Jahr vor der Bürgerschaftswahl 2001 kommen Sie damit heraus. Ein Tor, der Böses dabei denkt, Herr Roock.

(Beifall bei der SPD)

Im parlamentarischen Prozess gibt es immer wieder Situationen, in denen Geheimhaltung vereinbart wird; sicher sind das nicht die Sternstunden des Parlaments. Ich möchte daran erinnern, dass wir das gerade vor kurzem im Haushaltsausschuss hatten, als es um eine Vereinbarung zwischen der Hansestadt und der Kaffeelagerei ging. Dort wurde auch das Recht des Parlaments ausgesetzt und eine einvernehmliche Lösung gefunden, wie man damit umgeht.

B Letztlich sehe ich mich hier einem Streit – darauf hat Frau Möller auch hingewiesen – zwischen Verwaltungsjuristen ausgesetzt. Das kann man schon daran sehen, welche Geschütze jeweils aufgefahren werden. Der Rechnungshof kommt mit Kommentaren zum Haushaltsrecht des Bundes und zum Grundgesetz und die Finanzbehörde winkt mit der Klärung der Unstimmigkeiten vor dem Arbeitsausschuss Haushaltsrecht und Haushaltssystematik auf Bund/Länder-Ebene und dann wollen wir in der Aktuellen Stunde diese Sache verhackstückten und letztlich klären. Das einzig Richtige ist, entweder in den Rechnungsprüfungsausschuss zu gehen oder die Angelegenheit vor den Haushaltsausschuss zu holen; da gehört sie hin. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Reinert.

Bernd Reinert CDU: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die formalen Aspekte dieser Debatte sind durchaus interessant. Ich habe aber festgestellt, dass manch ein SPD-Redner überhaupt nicht auf den Text dieses Berichts an seinen entscheidenden Stellen eingegangen ist, obwohl Herr Tants Ihnen das bereits vorgetragen hat.

(*Barbara Duden SPD:* Nee!)

Schon bei früheren Prüfungen – Frau Duden, auch für Sie ist das von Interesse – thematisch ähnlicher Fälle hat der Rechnungshof Verstöße der Baubehörde gegen das Haushaltsrecht festgestellt. Und dann heißt es weiter, dass die

Baubehörde gegen das parlamentarische Budgetrecht und den Haushaltsgrundsatz der sachlichen Bindung verstoßen habe. Das sind die Fakten und lenken auch Sie, Herr Dobritz, nicht mit Formalien davon ab, wie wir damit umzugehen haben. Das ist das Ergebnis einer unabhängigen Prüfung.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Kahlbohm.

(*Henning Tants CDU:* Ärgere mich nicht, sonst gehe ich noch mal nach vorn!)

Holger Kahlbohm SPD: Herr Tants, ich komme noch einmal auf die Frage zurück, woher ich denn mein Wissen hätte und wieso ich Sie so zitieren könne. Das ist ganz einfach, das ist kein Krimi und wir sind auch nicht bei Harry Potter. Das können Sie der „Welt“ entnehmen und da heißt der wesentliche Punkt:

„Einem Mitglied der Bürgerschaft, nämlich der Bürgerchaftspräsidentin Dorothee Stapelfeldt (SPD), ist aber der vollständige Rechnungshofsbericht zugesandt worden. Sie weiß also, was damals gezahlt wurde, und bewahrt Stillschweigen. ‚Frau Stapelfeldt ist nicht gleicher als andere Abgeordnete‘, merkt der haushaltspolitische Sprecher der Unions-Fraktion, Henning Tants, an.“

Genau darauf habe ich mich bezogen und ich habe kommentiert, dass Sie vergessen haben, dass der Bürgermeister dies genauso weiß, dass Sie auch aus dieser vertraulichen Ausschusssitzung, an der Sie mitgewirkt haben, wissen müssten, wie brisant das ist. Und Sie versuchen, in der Öffentlichkeit den Eindruck zu erwecken, als würde die Präsidentin Geheimniskrämerei betreiben. In Wirklichkeit fordern Sie sie sogar indirekt auf, hier gegen Recht zu verstoßen

(Zurufe von der CDU: Ach!)

und vertrauliche Tatsachen auszuplaudern. Und das ist unerhört, Herr Tants.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Herr Rumpf, Sie haben das Wort.

Ekkehard Rumpf FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte das ein bisschen auf die juristische Ebene zurückführen, und zwar nicht auf die formalparlamentarische, mit der Sie hier versuchen abzulenken. Ich bin, wie die meisten von Ihnen wissen, in meinem Hauptberuf Rechtsanwalt. Die im Rechnungshofsbericht erwähnten möglichen Anspruchsgrundlagen von Hochtief gegenüber der Freien und Hansestadt Hamburg, nämlich pVV – positive Vertragsverletzung –, Amtshaftung und cic – culpa in contrahendo, manchmal muss man den Lateiner heraushängen lassen –

(*Dr. Andrea Hilgers SPD:* Tolle Wurst!)

können, da es sich nicht um einen bereits geschlossenen Vertrag handelt, lediglich auf das negative Interesse ausgerichtet sein. Das heißt, der andere muss so gestellt werden, als wenn von dem Vertrag nie die Rede gewesen wäre. pVV wird abgelehnt, weil es keinen Vertrag gab. Eine solche Anspruchsgrundlage plus ein unbezifferter Scha-

(Ekkehard Rumpf FDP)

- A densersatzanspruch, der nicht weiter substantiiert wird, ist schon sehr fraglich. Wenn mir ein Anwalt der Gegenseite einen solchen Schriftsatz schicken würde, würde ich ihm zurückschreiben und ihm sagen, sehr geehrter Herr Kollege, bitte überlegen Sie a) Ihre Anspruchsgrundlage und beziffern Sie b) Ihren Schaden genau, denn ansonsten gibt es vorher überhaupt keine Zahlung. Wenn ich das nicht täte, würde sich meine Haftpflichtversicherung freuen, denn das ist schon fast vorsätzlich.

Das werden wir dann hoffentlich im Haushaltsausschuss klären können, aber die Baubehörde muss sich auf jeden Fall den Vorwurf gefallen lassen,

(Rolf-Dieter Klooß SPD: Aber nicht von Ihnen!)

nicht ordentlich geprüft zu haben beziehungsweise wenn, das nicht beweisen zu können. Das müsste sie aber, denn ansonsten würde sie in der Tat ein gewaltiges Recht dieses Parlaments brechen. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Tants.

Henning Tants CDU: Herr Kahlbohm, ich hatte eben so scherzhaft gesagt, ärgern Sie mich nicht, denn sonst komme ich noch einmal nach vorne. Aber Sie haben mich nicht nur geärgert, sondern ich erwarte von Ihnen eine Entschuldigung.

(Unmutsäußerungen von der SPD)

- B Sie haben mich eben – das wird im Protokoll auch nachzulesen sein – bezichtigt, ich würde die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft zum Rechtsbruch auffordern. Und dieses, Herr Kahlbohm, nehmen Sie bitte zurück, denn ich habe nirgendwo und werde auch nie die Präsidentin der Hamburgischen Bürgerschaft des Rechtsbruchs in dieser Angelegenheit bezichtigen.

(Ingo Egloff SPD: Sehr gut zu wissen!)

Es ist jetzt an Ihnen, Herr Kahlbohm, dieses wieder zurückzunehmen, denn sonst müssen Sie es beweisen und Sie werfen einem Abgeordneten damit etwas vor, das recht bemerkenswert ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Ingo Egloff SPD: Haben Sie es gesagt oder nicht gesagt?)

Zweitens, Herr Kahlbohm, scheinen Sie noch nicht die Gelegenheit gehabt zu haben, diese Mitteilung der Präsidentin zu lesen.

(Holger Kahlbohm SPD: Da bin ich drauf eingegangen!)

Was ich nochmals ausdrücklich bemängeln möchte, ist die Tatsache, dass mir das, was ich der Bürgerschaftskanzlei angeboten habe – ich hatte auch versucht, bei der Präsidentin anzurufen – mit Hinweis auf andere Verfahren, wo das so gemacht wird, nämlich die vertrauliche Kenntnisnahme dieser Unterlagen im Beisein anderer und die Unterschrift, dass ich es vertraulich zu behandeln habe und mich strafbar mache, wenn ich etwas anderes tue, abgelehnt worden ist und mir erst in dieser Sitzung, in der dieses zur Debatte steht, mitgeteilt wird, dass dies möglich ist, und nicht zum Beispiel eine Stunde vorher. Wenn dieses nur Gedankenlosigkeit ist, dann muss man sich

überlegen, warum man gedankenlos ist. Aber allen nur Gedankenlosigkeit zu unterstellen, wenn man so dahinterher gewesen ist, ist nicht ganz einfach.

(Dr. Mathias Petersen SPD: Was unterstellen Sie denn jetzt schon wieder?)

Frau Präsidentin, nehmen Sie bitte meine Versicherung an – Entschuldigung, wenn ich Sie jetzt doch direkt anspreche, ich hoffe, ich bekomme nicht wieder einen Ordnungsruf von Ihnen –;

(Anja Hajduk GAL: Das hat Sie doch noch nie gestört!)

es lag mir fern, Ihnen in diesem Zusammenhang einen Rechtsbruch vorzuwerfen, und ich würde dieses auch nie tun.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Das erste Thema der Aktuellen Stunde ist behandelt.

Ich unterbreche die Sitzung und berufe den Ältestenrat ein. Sie werden zu gegebener Zeit hören, wann die Sitzung wieder eröffnet wird. Die Sitzung des Ältestenrats wird in Raum B stattfinden.

Unterbrechung: 16.00 Uhr

Wiederbeginn: 16.22 Uhr

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Meine Damen und Herren! Die Sitzung ist wieder eröffnet. Ich rufe das zweite und das dritte Thema der Aktuellen Stunde auf:

ÖPNV für die HafenCity

**U-Bahn-Pläne des Senats:
Mini-Strecke zu Maxi-Preisen**

Wird das Wort gewünscht? – Der Abgeordnete Wohlers hat es.

Reiner Wohlers Partei Rechtsstaatlicher Offensive: * Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren! Bei dieser ganzen Aufregung ist das ein Thema, das uns sicherlich vereinen wird. Im Rahmen dieser Aktuellen Stunde möchte ich Ihnen deshalb das derzeit wohl wichtigste Thema im Bereich des öffentlichen Personennahverkehrs näher bringen, die Anbindung von HafenCity und Steilshoop/Bramfeld. Der Präses der Behörde für Bau und Verkehr hat in der letzten Woche das Ergebnis der internen Prüfung über die bestmögliche Anbindung der HafenCity und Steilshoop/Bramfeld vorgelegt. In nur acht Monaten wurden verschiedene Systeme geprüft und begutachtet. Für Hamburg ist hierbei eine hervorragende Lösung herausgearbeitet worden. Wir unterstützen die von ihm vorgeschlagene Lösung mit der Linie U4 von Bramfeld über Steilshoop, Barmbek, Berliner Tor und Rathaus. Hier erfolgt die Ausfädelung bis in die HafenCity. Als zukunftsweisendes Verkehrskonzept löst diese Streckenführung viele längst bekannte Probleme:

Erstens die lang diskutierte und immer wieder verschobene Frage der Anbindung von Bramfeld und Steilshoop.

Zweitens: Sie ermöglicht eine leistungsfähige, attraktive und verkehrspolitisch intelligente Anbindung der HafenCity. Dort wird es keine laut ratternden Züge vor Wohnun-

(Reiner Wohlers Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A gen und Büros geben wie zurzeit im Bereich Hammerbrook.

Drittens: Mit der Umgestaltung der Linienführung von U2 und U3 verbessern wir endlich die Ausgestaltung des öffentlichen Personennahverkehrs in Hamburgs so lange vergessenen Osten. Es werden die neuen, sicheren und leistungsfähigen Züge auch nach Billstedt und Mümmelmannsberg fahren. Ein schöneres Geschenk kann ich mir zum 75. Geburtstag Billstedts kaum vorstellen.

Einen für die Verflüssigung des Verkehrs besonderen Vorteil möchte ich ausdrücklich hervorheben. Die U-Bahn beansprucht keinen Platz auf der Ebene Null. Angesichts des Hamburger Flächenproblems ist dies ein Umstand, auf den man gar nicht genug hinweisen kann. Wie sonst lässt sich Verkehr entzerren, wenn wir nicht ständig verstopfte Straßen, miteinander auf gleicher Ebene konkurrierende Transportarten und lärmende Bahnen auf Wohnungsebene haben wollen und außerdem noch hunderttausenden Olympia-Gästen Mobilität garantieren möchten.

Mit der vormals geplanten Stadtbahn geht es genau nicht. Darum wird es sie auch nicht geben. Die Kosten für die U-4-Lösung sind mit circa 550 Millionen Euro relativ hoch, aber machbar und unbedingt notwendig. Aus diesem Kostenblock werden nicht nur Steilshoop, Bramfeld und die HafenCity an ein komplexes Verkehrssystem angeschlossen, sondern zusätzlich werden auch die Linien U2 und U3 zukunftsfähig ausgestaltet. Die Aussage, Mini-Strecke zum Maxi-Preis, stößt vor diesem Hintergrund ins Leere, weil man Äpfel mit Birnen vergleicht.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

- B Das vorgeschlagene Konzept entspricht den Anforderungen des Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetzes

(Barbara Duden SPD: Glauben Sie!)

und wir erwarten die Beteiligung des Bundes an den Kosten. Dennoch wollen wir vorsichtig agieren und den vorgenannten Kostenblock voll in den Haushalt einstellen. – Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Duden.

Barbara Duden SPD: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Wohlers, zum 75. Geburtstag Billstedts kann man sich natürlich eine Menge wünschen und auch für den vergessenen Osten. Sie sollten vielleicht einmal mit der U3 fahren, die fährt nämlich schon über Billstedt nach Mümmelmannsberg. Vielleicht sollten Sie die Tour einmal wagen

(Bernd Reinert CDU: Die ist immer so voll, dass er da nicht reinkommt!)

und auch alle anderen, die eben zur Legienstraße gesprochen haben.

550 Millionen Euro für acht neue U-Bahn-Kilometer, davon 2,5 Kilometer in die HafenCity mit 250 Millionen Euro und 5,3 Kilometer für 260 Millionen Euro nach Steilshoop. Deshalb bleibt unsere Aussage weiterhin: Der Bausenator Mettbach versenkt hier Investitionen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hier hat man sich ohne Not für eine der teuersten Lösungen bei der Anbindung der HafenCity entschieden. Für die Stadtbahn liegen Pläne in der Schublade und die Verwirklichung wäre für ein Drittel der Kosten zu haben gewesen. Aber für die Rechtskoalition ist der Begriff Stadtbahn so ideologisch befrachtet, dass man sich ohne Rücksicht auf entstehende Kosten für eine U-Bahn-Lösung entscheidet. Der Senator hat uns in der Bürgerschaft versprochen, das Wort Stadtbahn nie wieder in den Mund nehmen zu wollen. Darauf sind wir weiterhin gespannt.

550 Millionen Euro an Investitionskosten bedeuten eine Festlegung auf eine viel zu teure Idee, bedeuten aber nicht nur eine Festlegung für diesen Senat, sondern auch für kommende Senate. Das Geld wird Hamburg bei der Finanzierung anderer wichtiger Verkehrsprojekte fehlen. Das hat man bereits in der gestrigen Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses erfahren. Die Pläne für den Ausbau der S4 sind von jetzt an unter „ferner liefen“ zu sehen.

(Ingo Egloff SPD: Das ist auch Hamburger Osten!)

Ohne eine Zusage des Finanzsenators oder geschweige denn anderer Kollegen, von denen man auch hört, dass sie die eine oder andere finanzschwängere Idee an Investitionen geradezu vor sich hertragen, nährt sich das Prestige-projekt des Senators im Augenblick vom Prinzip Hoffnung.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Es bleibt zurzeit festzustellen, dass es weder eine Zusage des Finanzsenators noch eine Zusage des Bundes gibt. Die Bundesfinanzierung wird vermutlich ohnehin, Herr Wohlers, allein durch den Umbau des Verkehrsknotenpunktes Berliner Tor überhaupt finanzierbar sein. Hamburgs Investitionsvorhaben werden auf viele Jahre im Bereich der Verkehrsprojekte gebunden sein. Der Senator hat eine Reihe von Themen zur Chefsache erklärt. Dadurch hat er den armen Staatsrat ganz aus dem Rennen geworfen, aber das nur nebenbei.

(Michael Neumann SPD: Er wird schon wissen, warum!)

Wir fragen uns, welche der Chefsachen von heute an auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben werden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Ortsumgehung Finkenwerder etwa? Die S4 – haben wir gehört – hat es schon getroffen. Die U-Bahn-Anbindung produziert nicht nur hohe Investitionskosten, auch der Zeitfaktor bei der Planung einer neuen U-Bahn-Linie spricht eindeutig dagegen. Ganz außer Acht lässt diese Lösung auch die städtebauliche oder auch die touristische Komponente. Für Besucher dieser Stadt – auch zu Olympia – ist eine oberirdische Verbindung durch die städtebaulich interessante HafenCity von unschätzbarem Vorteil. Stattdessen gibt es eine Bahnhofslösung unter der HafenCity, die ungefähr mit der Qualität der Station Messehallen zu vergleichen ist. Die kennt ja der eine oder andere von uns, da gibt es immer Verfolgungsszenen auf diesem riesigen U-Bahnhof.

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Wer hat denn Messehallen gebaut?)

So tief müsste dort die U-Bahn-Verbindung verlaufen.

Ein paar Bemerkungen zur Stadtbahn. Stadtbahnen sind viel rentabler, auch in ihren Betriebskosten. Wie in diesem Zusammenhang die Einlassung des Senators von gestern zu verstehen ist, der im Bauausschuss gesagt hat, man

C

D

(Barbara Duden SPD)

- A darf keine Entscheidung über ein Zukunftssystem fällen, wenn man sich nicht darüber im Klaren ist, wie die anfallenden Betriebskosten zu finanzieren sind.

(Krista Sager GAL: Sehr richtig!)

Über die Finanzierung würde ich in dem Zusammenhang gerne noch einmal etwas hören.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Aus Fußballersicht müsste man spätestens hier sagen, jetzt steht es eindeutig 3:0 zugunsten der Stadtbahn.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Leistungsfähige Stadtbahnen können überall in Deutschland, wenn man weiter reisen will, auch in Europa, vielleicht auch in Australien, angeguckt werden. Was insbesondere das Argument der FDP betrifft, hier handele es sich um eine Wiedereinführung einer Stadtbahn, der kann nach Paris fahren. Dort gibt es die Wiedereinführung der Stadtbahn und es ist ein gelungenes System,

(Ekkehard Rumpf FDP: Aber doch nur außen!)

das sicher kein Pariser wieder missen will. Aber man kann sich auch, wenn man nicht so weit reisen will, gerne in Straßburg oder auch in Köln umgucken. Für uns bleibt: Bausenator Mettbach versenkt aus ideologischen Gründen das Geld der Steuerzahler in die Elbe. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält der Abgeordnete Reinert.

(Anja Hajduk GAL: Da kann man doch gar nichts zu sagen! Das ist doch rund!)

B

Bernd Reinert CDU: Ach, irgendwas fällt mir immer noch ein.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Frau Sager, es sei alles schon mal geprüft worden, haben Sie gesagt, und wir hätten doch schon ein Ergebnis bekommen, schon unter dem rotgrünen Senat. Sie haben dabei eines unterschlagen: Sie haben noch ein zweites Ergebnis bekommen.

(Krista Sager GAL: Ich habe doch gar nichts gesagt! Das war Frau Duden!)

– Dann war das die Pressemitteilung von Frau Sager, in der es stand. Da sind Sie sich ja einig. Das will ich gar nicht bestreiten. Sehen Sie, Frau Sager, das ist das zweite Ergebnis, das Sie hier aber unterschlagen haben. Wir sind nämlich mit unseren heutigen Koalitionspartnern schon im Wahlkampf einig gewesen, dass diese Stadtbahn, die von Ihnen gewollt wird, nicht von uns gewollt wird.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir haben ein Wahlergebnis bekommen, das es uns ermöglicht, unsere Zielvorstellungen durchzusetzen. Und da sind wir jetzt an der Arbeit.

Wir sind uns natürlich der Tatsache bewusst, dass die U-Bahn teurer ist als die Straßenbahn. Sie ist aber auch schneller und leistungsfähiger.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

C Mit der U-Bahn werden Sie nicht erleben, dass Sie auf irgendeiner zugestauten Kreuzung nicht mehr vorwärts kommen. Das würde aber mit der Stadtbahn in Hamburg sicherlich häufiger passieren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir vermeiden die Flächenkonkurrenz und wir schaffen es, worüber unter SPD-Senaten 30, 35 Jahre oder noch länger

(Michael Neumann SPD: Im Zweifelsfalle immer 44 Jahre!)

diskutiert wurde, die Großsiedlung Steilshoop an den öffentlichen, schienengebundenen Nahverkehr anzubinden. Sie haben nur gesabbelt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Dr. Andrea Hilgers SPD: Abwarten!)

Liebe Frau Duden! Wenn Sie den Charme der U-Bahn-Station Messehallen ansprechen, dann muss ich Ihnen sagen, der korrespondiert genau mit dem Charme der Messehallen selbst.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Die Tiefel!)

Wir werden für die HafenCity etwas hinsetzen, das dem Reiz der HafenCity entspricht und damit Hamburgs würdig ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Letzter Themenbereich. Ein Teil dieses Konzepts ist es auch, durch Umbau am Berliner Tor eine neue U4 zu schaffen. Damit lösen wir ein sehr wichtiges Problem auf der U3. Da haben wir seit Jahrzehnten das Thema, dass die Zuglängen nicht zu den Bahnsteiglängen passen. Der Ost-Ast der U3, Richtung Billstedt, Mümmelmannsberg,

(Michael Neumann SPD: Und Horn!)

den Sie gerade so lobend erwähnten, Frau Duden, hat nun einmal das Problem, dass die Bahnsteige nicht auf voller Länge nutzbar sind, weil auf dem anderen Ast die Bahnsteige deutlich kürzer sind. Durch die geänderte Linienführung, die der neue Senat vorschlägt, lösen wir auch dieses Problem und verbessern damit die Nahverkehrsverhältnisse in der ganzen Stadt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt für maximal vier Minuten die Abgeordnete Sager.

Krista Sager GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nun wissen wir es: Der Berg kreiße und gebär eine Maus. Sie bemühen sich jetzt, die Maus zum Elefanten aufzublasen, damit man nicht merkt, dass diese Maus für eine Maus viel zu teuer ist.

Es bleibt also nur noch die vage Hoffnung, dass der Finanzsenator vielleicht ein klein bisschen Vernunft an den Tag legt und dieses unsinnige Vorhaben stoppt.

Tatsache ist, dass 1 Kilometer U-Bahn vier- bis fünfmal so teuer ist wie 1 Kilometer Stadtbahn. Das heißt, bei einer Anbindung der HafenCity durch eine U-Bahn entstehen Kosten in Höhe von 240 Millionen Euro. Damit steht jetzt

C

D

(Krista Sager GAL)

- A schon fest, dass hier Steuergelder verschwendet werden. Es geht um dreistellige Millionenbeträge.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPDL)

Ich sage das denjenigen sehr deutlich, die vorhin in der Debatte so laut über die Verschwendung von Steuergeldern diskutiert haben. Das ist eine nicht zu verantwortende Verschwendung von Steuergeldern, weil das Geld ist, das Hamburg nicht hat und schon gar nicht über hat und was Hamburg sich wirklich ganz mühselig aus dem Fleisch wird schneiden müssen. Die Folge für den öffentlichen Personennahverkehr wird verheerend sein, weil Sie dann Mittel für ein sehr kleines Einzelprojekt blockiert haben. Das bedeutet, dass Sie wichtige andere Vorhaben innerhalb Hamburgs für den öffentlichen Personennahverkehr nicht werden voranbringen können. Frau Duden hat das richtig festgestellt. Sie hat ebenso richtig festgestellt, Herr Reinert, dass die Betriebskostensituation für den HVV durch diese Entscheidung natürlich noch schlechter wird. Mit der Stadtbahn könnte man sie verbessern. Sie haben unnötig ein Jahr herumgedaddelt, Sie haben Exotensysteme geprüft. Wenn Sie die Stadtbahnpläne weiterverfolgt hätten, hätten Sie jetzt den Baubeginn für die erste Strecke eines 42 Kilometer Kernnetzes haben können. Stattdessen fangen Sie jetzt überhaupt erst an zu planen mit einem Mininetz in die HafenCity. Um diese Fehlentscheidung zu kaschieren, versprechen Sie jetzt den Leuten, sie bekommen eine U-Bahn nach Steilshoop. Herr Reinert, Sie wissen genauso gut wie wir, dass es bereits ein Gutachten gibt, das eine U-Bahn nach Steilshoop geprüft hat. Eine solche Planung erreicht nicht die notwendige Quote für eine Mitfinanzierung des Bundes über das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz.

- B (Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Frau Abgeordnete, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Kruse?

Krista Sager (fortfahrend): Nein, angesichts meiner kurzen Redezeit tue ich das nicht.

Ihr Vorwurf des „Sabbeln“ wird voll auf Sie zurückfallen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie machen hier Versprechungen, die Sie nicht werden einhalten können. Allein die Vorstellung des Bausenators, Hamburg könnte dann diese Strecke alleine finanzieren,

(Michael Neumann SPD: Siehe Transrapid nach Berlin!)

ist an Absurdität nicht mehr zu übertreffen. Ich kann Ihnen jetzt schon sagen, das wird der Finanzsenator nicht mitmachen. Dazu ist er zu intelligent, als sich auf einen solchen Unsinn einzulassen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Diese bornierte Entscheidung wird die Hamburgerinnen und Hamburger teuer zu stehen kommen.

(Uwe Grund SPD: Das befürchte ich auch!)

Sie zeigt aber auch, dass Sie an den Hauptproblemen einer Großstadt, was die Verkehrspolitik angeht, nicht ernsthaft interessiert sind. Sie sind nicht daran interessiert, Überlegungen anzustellen, wie man die Autofahrer durch ein wirtschaftliches und ein attraktives Angebot zum Umsteigen bekommen kann. Das ist nicht Ihr Thema und

deswegen treffen Sie solche bornierten Fehlentscheidungen. Sie verschwenden das Geld der Steuerzahler. Das zeigt auch, dass Sie nicht die Mobilitätsprobleme einer Großstadt bewältigen, sondern sie nur verschlechtern wollen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Mettbach.

Senator Mario Mettbach: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es hat sich wieder einmal gezeigt, es lohnt sich nicht, für die Aktuelle Stunde eine Rede vorzubereiten, denn das, was man hier gehört hat, kann nicht unwidersprochen bleiben.

Lassen Sie mich mit dem anfangen, Frau Sager, was Sie gesagt haben. Sie haben Ihrer Hoffnung Ausdruck verliehen, dass der Finanzsenator dieses Projekt noch stoppen wird. Ich kann Sie beruhigen, der Finanzsenator steht, wie alle anderen Mitglieder des Senats, hundertprozentig hinter diesem Projekt. Darum wird dieses nicht passieren.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Sie sprechen in dem Zusammenhang das Thema Steuerverschwendung an. Lassen Sie mich folgende Frage in den Raum stellen: Was ist eine größere Steuerverschwendung: Wenn der Senat 1,5 Millionen Euro ausgibt, um Leistungen zu bezahlen, die zwar erbracht wurden, aber wo das Ergebnis, die Überdeckung der U-Bahn-Haltestelle Legienstraße, gar nicht kommt? Oder ob wir für eine U-Bahn mehr Geld in die Hand nehmen als Sie für Ihr Spielzeug, das Sie auf die Straße bringen wollten?

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Der Planfeststellungsbeschluss hätte schon längst fertig sein können, wenn sich der rotgrüne Vorgängerschatz getraut hätte ...

(Glocke)

Erster Vizepräsident Berndt Röder (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Senator Mario Mettbach (fortfahrend): Ja, natürlich immer.

Zwischenfrage von Alexander Porschke GAL:* Herr Senator Mettbach, ich würde gerne wissen, wie viel die Planung für die Stadtbahn gekostet hat, die Sie jetzt verworfen und etwas völlig Neues machen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL und der SPD)

Senator Mario Mettbach (fortfahrend): Wir werfen nichts, Herr Porschke, sondern wir begraben nur ein Projekt, das Sie aus reiner Ideologie durchführen wollten und das überhaupt keinen Sinn hat, wenn man sich die Verkehrssituation in Hamburg betrachtet.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Lachen bei der GAL und der SPD – Wolfgang Franz SPD: Schade!)

Frau Duden, vielen Dank, dass Sie mir ein Stichwort gegeben haben. Sie haben gesagt, es liegen so viele Pläne in der Schublade. Das war ja das Schlimme am rotgrünen

(Senator Mario Mettbach)

- A Senat, es lag alles in der Schublade und es wurde nie etwas gemacht.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Bravorufe bei der CDU)

Das Prinzip Hoffnung, von dem Sie freundlicherweise gesprochen haben, war genau das, was die Politik des alten Senats immer wieder gekennzeichnet hat. Sie haben von Hoffnung gesprochen, Sie haben nur nichts dafür getan, dass diese Hoffnungen auch irgendwann erfüllt wurden.

Ich kann Sie in einem weiteren Punkt beruhigen, Frau Duden. Wenn Sie meinen, dass ich zu viele Dinge zur Chefsache mache und mein „armer“ Staatsrat nichts mehr zu tun hat, dann glauben Sie mir, er ist 16 Stunden am Tag damit beschäftigt, um die Fehler, die er aus der alten Regierungszeit aufdeckt, abzuarbeiten.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Zu den Fakten:

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Na, der Rest war Klaukau!)

Es gibt zwei Verkehrssysteme, die man gegebenenfalls einsetzen könnte und die kostengünstiger wären als die U-Bahn. Das ist richtigerweise die von Ihnen angesprochene Straßenbahn. Aber diese hat so große Nachteile, dass man lieber mehr Geld in die Hand nehmen sollte, um etwas Vernünftiges zu schaffen.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- B Es ist weiterhin ein System von H-Bahnen, das man hätte einführen können.

Ich komme auf einen weiteren Punkt zu sprechen. Frau Duden hat gefragt, warum wir diese U-Bahn unterirdisch und nicht oberirdisch durch die HafenCity bauen, um den Touristen etwas zu zeigen. Dann haben Sie die gleiche Situation wie in Chicago, dass die U-Bahn bei Ihnen am Schlafzimmerfenster vorbeifährt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Barbara Duden SPD: Ich wohne doch nicht in Chicago!)

– Nein, Sie nicht, aber die Situation wird dadurch geschaffen.

Ich frage mich, wie wir Investoren dazu bringen wollen, die HafenCity schnell und gut zu entwickeln, ihnen aber anschließend eine U-Bahn oder ein anderes System vor die Tür packen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Es hat nur knapp acht Monate gedauert, bis dieser Senat die Entscheidung in der Form vorbereitet hat, wie sie jetzt ist, und damit drei Komponenten verbindet.

Erstens: Die HafenCity wird angebunden mit einem System, das die Hamburger Bürger kennen, lieben und an das sie gewohnt sind.

(Anja Hajduk GAL: Oh, Mann. Das ist ein dicker Punkt! Wir kennen auch Busse!)

– Sie kennen auch Busse. Sagen Sie den Investoren in der HafenCity, dass wir dieses Gebiet an das Bussystem anschließen. Lächerlich, sorry.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP) C

Zweitens: Wir nehmen die Option gleich mit in Angriff, die Sie in Ihren Planungen scheinbar vergessen haben. Wir verhelfen nämlich Wilhelmsburg und Harburg zur Möglichkeit, endlich einmal an die Stadt heranzukommen, indem wir die Option offen halten, mit der U-Bahn bis nach Harburg durchzustechen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Drittens: Der alte Senat hatte schon vor langer Zeit die Anmeldung für eine Anbindung von Bramfeld und Steilshoop an das ÖPNV-System gemacht. Das Geld lag beim Bund, es wurde von Ihnen nicht abgerufen, es wurde von Ihnen nicht gebaut. Wir kombinieren es und schaffen den Hamburgern endlich auch dieses Problem vom Hals, indem ein Gebiet, das von vielen Menschen bewohnt ist, an das ÖPNV-System angebunden wird.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – Barbara Duden SPD: 2015!)

Viertens erreichen wir damit zusätzlich, dass sich gerade die Menschen vom Mümmelmannsberg nicht mehr als Personen dritter Klasse fühlen, weil sie nur den Silberling fahren können, da das System nichts anderes zulässt.

(Michael Neumann SPD: Ich fahre jeden Tag mit dem Silberling!)

Das heißt, wir machen hier einen Tausch der Linien und sorgen durch einen Umbau am Berliner Tor dafür, dass die stark frequentierten Tangenten im Westen und im Osten miteinander verbunden werden und wir vernünftige Abwicklungen hinbekommen. D

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Ich gebe zu, die U-Bahn wird sicherlich etwas teurer sein als das, was der alte Senat geplant hat.

(Michael Neumann SPD: Wir haben es ja! – Krista Sager GAL: Etwas?)

Aber ich sage Ihnen auch deutlich, dass es uns wert ist, die Hamburger in dieser Form mit einem vernünftigen System in den ÖPNV einzubinden. Wir werden die Visionen für den Süderelberaum im Auge behalten. Das ist das Entscheidende, was Sie dabei auch vergessen haben.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt der Abgeordnete Rumpf, der es sonst nicht bekommen hätte, weil die Redezeit abgelaufen war.

(Krista Sager GAL: Dann wollen wir alle noch einmal!)

Ekkehard Rumpf FDP: Herr Präsident! Ich danke Ihnen von Herzen. Es ist ja auch nicht mehr viel übrig geblieben. Nur vielleicht ein paar Bemerkungen zunächst zu Herrn Porschke.

Ich habe Ihre Frage so verstanden, dass Sie diesem Senat vorwerfen, er würde dadurch Geld verschwenden, dass er Planungen des alten Senats nicht weiter fortführt.

(Ekkehard Rumpf FDP)

A *(Anja Hajduk GAL: Das war doch nur die Frage! Wo bleibt die Antwort?)*

Warum wählen wir dann eigentlich noch, wenn man durch Planungen so binden kann. Das würde dann doch überhaupt keinen Sinn machen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ihr Problem ist schlicht und ergreifend, dass Sie versuchen wollen, die Verkehrsprobleme der Zukunft mit einem Verkehrsmittel der Vergangenheit zu lösen.

(Dr. Willfried Maier GAL: Die U-Bahn ist auch schon 90 Jahre alt!)

Frau Duden hat vorgerechnet, es stünde 3:0 für die Stadtbahn. Dann zählen wir am Spielende doch noch einmal nach.

Erstens: Wir haben als Argumentation für die U-Bahn, dass durch den Umbau am Berliner Tor leistungsfähigere Züge auf den stark frequentierten Strecken aus Richtung Milmannsborg fahren können. 3:1.

Zweitens: Die Anbindung Steilshoop–Bramfeld wird verwirklicht. 3:2.

Drittens: Wir haben eine leistungsfähige Anbindung der HafenCity. 3:3 – Ausgleich.

Viertens: Es ist eine weitere Streckenführung nach Süden in Richtung Harburg und Wilhelmsburg möglich. Auch das wurde schon gesagt. Es steht also schon 3:4.

(Dr. Willfried Maier GAL: Und Sie haben kein Geld!)

B Fünftens: Einige schlaue Leute haben vorgerechnet, dass die Städte und Gemeinden in Zukunft eher an ihren Betriebskosten als an ihren Investitionskosten Pleite gehen würden.

(Anja Hajduk GAL: Da haben Sie erst recht kein Geld! – Krista Sager GAL: Genau so ist es! Deshalb braucht man eine Stadtbahn!)

– Genau so ist es, Frau Sager.

Sie können mir unter gar keinen Umständen erzählen, dass die Einführung eines komplett neuen Systems mit allem, was dazu gehört, auf Dauer billiger würde als die Fortführung des alten Systems um die von Ihnen vorgerechneten 7,8 Kilometer. Es kann überhaupt nicht wahr sein, was Sie versuchen, uns zu erzählen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – *Anja Hajduk GAL: Das ist doch ausgerechnet worden! – Krista Sager GAL: Doch! Doch!*)

Ein weiterer Punkt. Frau Duden hat die S4 angesprochen, die sie jetzt hier beweint hat. Der HafenCity-Anschluss über die U-Bahn, Frau Duden, Sie waren ja gestern dabei, kostet 250 Millionen Euro. Das haben wir alle gehört. Der HafenCity-Anschluss durch die S-Bahn würde 302 Millionen Euro kosten. Das sind 52 Millionen Euro mehr. Wovon reden Sie hier überhaupt?

Und ihre Vergleiche aus dem benachbarten französischen Ausland. Meine Damen und Herren! Paris baut in den Außenbezirken, die dann vielleicht so groß sind wie bei uns Wandsbek oder etwas größer, eine Straßenbahn. Dort, wo sich die Metropolitain nicht hinbewegt, werden interne Straßenbahnlösungen verwirklicht. Die bauen nicht rund um den Place Pigalle eine Straßenbahn. Das würden sie

C sich niemals erlauben. Die überlegen sogar, ob sie mit dem Straßenverkehr in die dritte Ebene nach unten gehen, um ihn von der Straße zu bekommen. Sie werden ganz bestimmt kein schienengestütztes System auf der Nulllinie bauen.

Straßburg hingegen – auch als Beispiel angeführt – hat 200 000 Einwohner und überhaupt noch kein anderes schienengebundenes Verkehrssystem. Das können Sie doch nicht mit Hamburg vergleichen. Ihre Art und Weise der Argumentation wird mit zunehmender Dauer der Opposition immer emotionaler und immer weniger sachlich. – Danke schön.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort erhält die Abgeordnete Duden.

Barbara Duden SPD: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bausenator, mich würde schon der Unterschied zwischen Verwerfen und Begraben interessieren. Es wäre wichtig, wenn Sie uns das noch einmal erläutern würden.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich fand teilweise – da nehme ich auch Abgeordnete nicht von aus – einige Sätze ein bisschen klamaukig.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Was ist eine Sentenz?)

D Ich wäre positiv beeindruckt gewesen, wenn Sie uns die Planungskosten der Stadtbahn hätten nennen können und nicht drum herum geredet hätten. Aber Sie können ja noch einmal nachfragen.

Wer hier 1,5 Millionen Euro in Relation zu 550 Millionen Euro setzt, der hat den Ernst der Lage überhaupt nicht erkannt.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Jeder Euro war zu viel!*)

Wer davon spricht, dass es positiv wäre, eine Option zu haben – vermutlich im Jahre 2050 oder wann auch immer – für die Weiterführung einer U-Bahn im Bereich Wilhelmsburg und Harburg, der muss sich deutlich machen, dass wir eine funktionierende S-Bahn-Verbindung in dem Bereich der Stadt haben. So viel Geld haben wir weiß Gott nicht, dass wir zwei nebeneinander miteinander konkurrierende Systeme schaffen können.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ich möchte noch etwas zur S4 sagen. Natürlich habe ich die Entscheidung beweint, weil wir in dieser Frage in Rücklage geraten. Aber ich will noch etwas zu den Kollegen sagen: Wer hier die S3 und die S4 miteinander vergleicht, der sollte sich vor Augen führen, dass die S4 immer noch in den östlichen Randbereich, nämlich nach Ahrensburg, fährt und man von da keine Konkurrenz aufbauen würde, sondern einfach deutlich machen muss, hier gibt es in Zukunft ein Angebot weniger.

(Beifall bei der SPD)

Zu Ihrem Vergleich, Herr Rumpf, es würde 3:3 stehen.

(Ekkehard Rumpf FDP: 3:5!)

– 3:5, was auch immer.

(Barbara Duden SPD)

- A Herr Rumpf, das Spiel wird für Sie beendet, weil Sie mit der roten Karte vom Platz gehen müssen, weil Sie kein Geld dafür haben. – Danke.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt Senator Mettbach.

(Anja Hajduk GAL: Jetzt hat er die Zahlen gefunden!)

Senator Mario Mettbach: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Keine Angst, die Zahlen bekommen Sie nicht. Ich glaube, es wäre unredlich, das Parlament mit solchen Zahlen zusätzlich zu schocken. Die sind heute schon geschockt genug.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte zwei Anmerkungen machen, um die Debatte nicht zu sehr in die Länge zu ziehen.

Erstens: Zu den 550 Millionen Euro sei gesagt, dieses sind die Gesamtkosten, die entstehen. Hier ist noch nicht der Bundesanteil in Abzug gebracht, weil wir hier anders als in der Vergangenheit planen müssen. Wenn wir das Projekt nicht von vornherein begraben wollen, veranschlagen wir erst einmal die Gesamtkosten. Wenn wir dann Geld vom Bund

(Barbara Duden SPD: Den gibt es dafür doch gar nicht!)

wiederbekommen – und die Hälfte erwarten wir –, dann können Sie selber ausrechnen, wie viel es die Stadt kostet.

- B Zweitens: Frau Duden, ich möchte Ihnen ausdrücklich zu einem Satz zustimmen, den Sie gerade gesagt haben. Sie haben gesagt, wir brauchen keine zwei konkurrierenden Systeme im ÖPNV.

(Barbara Duden SPD: Auf dem Weg nach Harburg!)

Vielen Dank für diese Feststellung.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Das Wort bekommt die Abgeordnete Sager.

Krista Sager GAL:* Herr Mettbach! Wenn Sie sagen, die Zahlen bekommen Sie nicht, dann irren Sie. Wir werden die Zahlen bekommen.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL – Anja Hajduk GAL: Ja, Sie müssen sie rausrücken!)

Entweder wir bekommen sie durch eine kleine Anfrage oder wir bekommen sie allerspätestens durch eine Frage im Haushaltsausschuss. Aber dass Sie sich als Senator hinstellen und sagen, wir bekommen die Zahlen nicht, das gibt es überhaupt nicht.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Rumpf, Sie haben es sich mit der Antwort auf Herrn Porschkes Nachfrage wirklich zu einfach gemacht. Hier ist viel über die Planungskosten diskutiert worden, die verloren gegangen sind, weil man die Pläne bei der Legienstraße verändert hat. Wenn ich mich nicht irre, waren Sie damals Mitglied der mitverantwortlichen STATT-Partei, was

nicht gerade ein Zeichen dafür ist, dass Sie in besonderer Weise vor Fehlplanungen gefeit sind.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Es ist natürlich richtig, man kann Pläne ändern – das ist auch damals gemacht worden –, wenn man demokratisch dazu legitimiert ist. Aber man muss sich trotzdem fragen lassen, ob sich das hinterher noch rechnet. Man muss sich auch fragen lassen, was eigentlich die bisherigen Planungen gekostet haben. Dass Sie diese Frage und auch die Antwort darauf gar nicht präsent hatten, ist ein dürftiges Zeichen. Das zeigt, dass Sie an diesen Kostenfragen überhaupt nicht interessiert sind.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Rumpf, ich muss Sie bitter enttäuschen.

(Rolf Kruse CDU: Das können Sie gar nicht!)

Das, was Sie hier mit so viel Inbrunst infrage gestellt haben, ist längst erwiesen. Die Betriebskosten und die Personalkosten bei einer Stadtbahn sind wesentlich günstiger als bei anderen Verkehrssystemen. Sie sind deutlich niedriger als bei Bussen, die deutlich leistungsfähiger sind, aber auch die Betriebskosten der Stadtbahn sind weitaus günstiger gegenüber der U- und S-Bahn. Denken Sie nur an die Wartungsarbeiten in den Tunnels, bei den Rolltreppen. Das alles entfällt bei der modernen Stadtbahn. Das ist auch der Grund dafür, warum in so vielen Städten in Deutschland, in Europa, aber auch in den USA Stadtbahnen ausgebaut werden, Stadtbahnen neu eingeführt werden, Stadtbahnen wieder eingeführt werden.

(Ekkehard Rumpf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Die Wiedereinführung nennen Sie mal!)

Der Grund ist ganz einfach: Das Problem des öffentlichen Personenverkehrs sind die Kosten. Die Verkehrsbetriebe drohen an den Kosten zu erstickern. Die Stadtbahn ist das System, das den öffentlichen Personennahverkehr wieder finanzierbar und es somit den Verkehrsbetrieben möglich macht, wieder aus den roten Zahlen herauszukommen. Das ist der einfache Grund. Wenn Sie das noch nicht begriffen haben, ist es wirklich an der Zeit, sich mit den Tatsachen vertraut zu machen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr Mettbach, was Sie hier gemacht haben, mit Blick auf Wilhelmsburg und Harburg, ist zutiefst unseriös.

(Rolf Kruse CDU: Herr Schröder lässt grüßen!)

Ihre U-Bahn in Steilshoop ist nicht finanziert und ich bezweifle, dass Sie sie finanziert bekommen. Sie sagen, die Hälfte bekommen Sie vom Bund. Sie müssten aber eigentlich wissen, dass das so einfach nicht ist. Diese U-Bahn nach Steilshoop hat bei der durchgeführten Untersuchung gerade einen Nutzen-Kosten-Quotienten von 0,55 Prozent erreicht. 1 Prozent ist aber notwendig, um sie durch das Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz finanziert zu bekommen. So einfach ist es auch nicht, an Bundesgeld heranzukommen, auch wenn Sie sagen, das wird der Bund schon zahlen, wenn Hamburg es will.

Frau Duden hat Recht, Sie haben gestern im Bau- und Verkehrsausschuss kein gutes Bild abgegeben. Sie haben gesagt, mit den Plänen der S4 nach Ahrensburg brauche ich mich gar nicht zu befassen, dafür habe ich sowieso kein Geld. Ich mache keine Ausschreibung für Projekte zur Kostenermittlung, von denen ich weiß, dass ich sie in absehbarer Zeit nicht finanzieren kann. Dann wollen Sie

(Krista Sager GAL)

- A den Leuten versprechen, sie bekommen eine U-Bahn nach Harburg und Wilhelmsburg? Das ist Augenwischerei und das ist unehrlich. Das finde ich nicht in Ordnung.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Erster Vizepräsident Berndt Röder: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe auf die Erklärung des Senats. Meine Damen und Herren! Der Präsident des Senats hat gebeten, ihm im Anschluss an die Aktuelle Stunde die Gelegenheit zu geben, eine Erklärung zum Thema „Europapolitische Schwerpunkte des Senats 2002/2003“ abzugeben.

[Erklärung des Senats gemäß § 12 Absatz 1 GO: „Europapolitische Schwerpunkte des Senats 2002/2003“ mit Beratung gemäß § 12 Absatz 2 GO]

Die Fraktionen haben einvernehmlich vereinbart, dass hierzu eine Beratung stattfinden soll. Es wurde festgelegt, dass den Fraktionen jeweils zehn Minuten zusätzliche Redezeit zur Verfügung stehen. Im Übrigen kann die Gesamtredezeit in Anspruch genommen werden.

Herr Bürgermeister, ich erteile Ihnen das Wort gemäß Paragraph 12 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung.

Erster Bürgermeister Ole von Beust: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dieses ist die letzte Bürgerschaftssitzung, bevor Hamburg im Oktober für ein Jahr den Vorsitz in der Ministerpräsidentenkonferenz der deutschen Länder übernimmt. In diesem Jahr wird es um wichtige Beiträge der Länder zur Reform der bundesstaatlichen Ordnung in Deutschland gehen. Aber es ist auch ein Jahr, in dem wichtige Weichen für die Zukunft Europas gestellt werden.

Ich bin davon überzeugt, dass es nicht nur die Aufgabe des Bundes, sondern auch der Länder ist, diesen Prozess unterstützend zu begleiten und die eigenen Interessen der Länder zu artikulieren. Das gilt gerade für die internationalste Stadt Deutschlands, für Hamburg.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Auf zwei Feldern stehen wichtige Entscheidungen innerhalb der Europäischen Union an. Diese Entscheidungen bedeuten 50 Jahre nach Gründung der Europäischen Union einen Neuanfang. Am Vorabend der Erweiterung gehe ich davon aus, dass die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten trotz mancher Haken und Ösen zügig vorangehen und in Kürze die Europäische Union in Richtung Mitteleuropa und Mittelmeer wachsen wird.

Zum anderen berät der Europäische Konvent über Europas Verfassung der Zukunft und ringt um die neue Architektur Europas, um Kompetenzen, Grundrechte und Aufgaben der Institutionen innerhalb der Europäischen Union.

Das generelle Ziel ist klar: mehr Transparenz, mehr Effizienz und mehr Akzeptanz Europas bei den Menschen. Europa befindet sich im Umbruch, ja im Aufbruch zu neuen Zielen. Wir müssen uns fragen, was das konkret für Hamburg bedeutet. Wer sind wir in dem Prozess? Was können wir tun? Und was wollen wir?

Meine Damen und Herren! Schauen wir zunächst auf Wirtschaft und Verkehr. Wir sind Hafen- und Logistikmetropole, Medien- und Dienstleistungshauptstadt des Nordens,

internationales Zentrum für Luftfahrt und Handel. Wir müssen alles dafür tun, dass wir es bleiben. Wenn wir die Pläne zur Fahrrinnenanpassung der Elbe forcieren, um die Erreichbarkeit des Hamburger Hafens auch in Zukunft sicherzustellen, und wenn wir unsere Position als drittgrößter Luftfahrtstandort der Welt festigen wollen, brauchen wir diese wichtigen, teilweise kostenwirksamen Infrastrukturmaßnahmen und Investitionen in der Gemeinsamkeit der norddeutschen Länder. Daran sollte niemand rütteln.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir wollen Olympia 2012 und mit dem Bau der HafenCity arbeiten wir an einem der größten Stadtentwicklungsprojekte Europas. Für diese Maßnahmen brauchen wir ein noch gezielteres Standortmarketing der hamburgischen Interessen in Brüssel. Wir müssen mehr Einfluss nehmen auf Regelungen, Programme und Maßnahmen, die Hamburgs Belange betreffen. Auch aus diesem Grunde werden wir die Arbeit der Vertretung Hamburgs in Brüssel reformieren und ein besseres organisatorisches Konzept vorlegen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Lassen Sie mich ein konkretes Beispiel nennen: die Einführung des Emissionshandels. Hamburgische Unternehmen haben beim Klimaschutz zum Teil schon erhebliche, vernünftige und kluge Vorleistungen gebracht. Unsere Aufgabe ist es, beim Emissionshandel durch Intervention bei der Europäischen Union dafür zu sorgen, dass Hamburger Unternehmen, die bereits Erhebliches geleistet haben, nicht durch eine europäische Neuregelung bestraft werden. Wir müssen mit allen Mitteln gegensteuern.

Durch die Erweiterung der Europäischen Union ist Hamburg mehr denn je Drehscheibe zwischen Nord und Süd, zwischen Ost und West. Diese allgemeine Formulierung bedeutet natürlich auch, dass wir, um erfolgreicher Hafen- und Logistikstandort zu sein, die Qualität der Verkehrsinfrastruktur verbessern müssen. Und wir brauchen entsprechende europäische Verkehrsprojekte. Hier wird Hamburg seine Interessen mit aller Kraft vertreten, denn wir müssen erreichen, dass die Projekte, die Hamburg und die Region betreffen – zum Beispiel die Y-Trasse im Schienenverkehr, die Hafenquerspange, die Fehmarn-Belt-Querung, aber auch der Eurorapid in Zusammenhang mit den Niederlanden, Bremen und Niedersachsen –, von der Europäischen Union unterstützt werden.

Die ersten Schritte in diese Richtung sind dadurch getan worden, dass wichtige Projekte in die TEN-Revision im Jahre 2004 aufgenommen oder bestätigt worden sind.

So hat unsere Stadt sich zum Beispiel seit Jahren für die Fehmarn-Belt-Querung eingesetzt. Die Europäische Kommission hat sich dieses Anliegen zu eigen gemacht und die Aufnahme dieses Projekts im Sinne Hamburgs in die nächste TEN-Revision vorgeschlagen. Das Europäische Parlament hat dem glücklicherweise zugestimmt. Der Rat muss nur noch grünes Licht geben. Hier müssen wir im hamburgischen Interesse noch viel gemeinsame Überzeugungsarbeit leisten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir werden aber bei diesen wichtigen Verkehrsprojekten innerhalb der Europäischen Union nur erfolgreich sein,

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

- A wenn der Norden – auch über die Stadtgrenzen Hamburgs hinaus – als norddeutsche Region gemeinsam diese Projekte befördert. Das gilt für europäische Projekte, das gilt aber auch für innerdeutsche Projekte, die natürlich europäisches Ausmaß haben. Denn die Infrastruktur des Verkehrs, die wir in deutscher Entscheidung treffen, hat Auswirkungen auf die europäischen Verkehre in unserer Region.

Ich sehe daher mit einiger Sorge, dass es eventuell Überlegungen Niedersachsens gibt, die Pläne der westlichen Elbquerung und der A26 zu überdenken. Ich habe in der Richtung noch nichts vom Ministerpräsidenten gehört, habe aber der Zeitung entnommen, dass Niedersachsen zumindest darüber nachdenkt, ob hier andere Pläne aufgelegt werden sollen.

Mein dringender Appell ist, dass wir gemeinsam – Hamburg, Niedersachsen, Schleswig-Holstein und auch Bremen – diese wichtigen Infrastrukturprojekte voranbringen. Wir brauchen sie für unsere Region und wir werden unser Ziel in Deutschland und Europa nicht erreichen, wenn jedes Bundesland versucht, für sich selber einzelne Rosinen herauszupicken, statt die Gemeinsamkeit Norddeutschlands zu sehen. Dies ist für uns dringend erforderlich.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Wir haben in Hamburg über den Bereich der Wirtschaft und des Verkehrs hinaus auch in anderen Bereichen wichtige Funktionen, die es innerhalb der Europäischen Union auszugestalten gilt. So ist Hamburg im Bereich der Wissenschaft stark bei der Genomik und der Biotechnologie, bei Technologien für die Informationsgesellschaft, bei Nanotechnologien, Materialien und neuen Produktionsverfahren, in der Luft- und Raumfahrt und im Bereich der nachhaltigen Entwicklung. Der Senat wird also Hamburgs Hochschuleinrichtungen und Forschungseinrichtungen gezielt unterstützen, damit sie die Komplementärunterstützung durch die Europäische Union erhalten werden. Das ist wichtig für die Wissenschaft in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ein weiterer Schwerpunkt dieses Senats wird es sein – übrigens auch im Hinblick auf die Arbeitsaufteilung im Hanse-Office in Brüssel –, dass wir als Metropole die spezifischen Interessen der Bürgerinnen und Bürger auf dem Gebiet der Inneren Sicherheit neu formulieren und hier auch europäische Gesetzgebungsverfahren und einheitliche europäische Regelungen im Sinne einer verstärkten Sicherheit der Menschen anmahnen und befördern wollen. Auch das ist unsere Aufgabe.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der FDP und bei Uwe Grund und Dr. Barbara Brüning, beide SPD – Uwe Grund SPD: Das ist unser Job!)

Was erwarten wir von Europa? In vielen Regionen Europas wird die Teilhabe an der Europäischen Union ausschließlich als das Ringen um finanzielle Förderung aus den Töpfen der Europäischen Union empfunden. Das ist für mich entschieden zu wenig. Darum geht es für Hamburg nur am Rande. Das heißt nicht, dass es Subventionsprogramme zulasten unserer Stadt geben darf. Dafür müssen wir natürlich sorgen. Aber Europa hat in der Vergangenheit im

Grundsatz davon gelebt, dass die Europäische Union Solidarität mit den Schwächeren gewährt hat in dem Sinne, die Schwächeren stark zu machen, damit sie dann als starke Partner der Europäischen Union zugute kommen. Das halte ich für eine sinnvolle Maßnahme. Solidarität und Hilfen innerhalb der Europäischen Union heißt nicht, dass Geld zum Fenster hinausgeworfen werden darf, sondern dass mit strengen Regeln der Sparsamkeit und unter strengen haushaltswirtschaftlichen Grundsätzen den wirklich Schwachen so geholfen wird, dass sie eines Tages starke Partner werden – auch für Hamburg. Darum geht es bei Solidarität in Europa und diese wollen wir.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Anja Hajduk GAL: Das sollten Sie mal in Ihrer Regierung klären!)

Da die Mittel, die hierfür ausgegeben werden, nur begrenzt zur Verfügung stehen und nur nach strengen Richtlinien der Sparsamkeit und guten Haushaltsführung ausgegeben werden sollen, bedeutet das theoretisch, dass diejenigen, die bislang Mittel aus der Europäischen Union bekommen haben, auch in Kauf nehmen müssen, dass zukünftig insbesondere die Schwachen Hilfe bekommen.

Wir werden die Probleme Europas nicht dadurch lösen, dass diejenigen, die jetzt schon Geld bekommen, das Gleiche wie bisher erhalten. Es geht darum, die Verteilung des vorhandenen Geldes vernünftig umzustrukturieren. Diesen Prozess wird Hamburg befördern.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Dies heißt für uns konkret, dass wir die Zusammenarbeit im Ostseeraum gemeinsam mit Schleswig-Holstein intensivieren werden. Es bringt uns nichts ein, wenn wir in Konkurrenz zu Schleswig-Holstein versuchen, getrennt gemeinsame Felder zu beackern. Hier ist eine vernünftige Aufgabenteilung zwischen Hamburg und Schleswig-Holstein sinnvoll. Ich verspreche mir viel von der Fusion der beiden Landesbanken. Durch die Fusion der Landesbanken haben wir auch die Möglichkeit, im Ostseeraum gemeinsam mit Schleswig-Holstein deutlichere Zeichen zu setzen, das heißt, in Polen und den baltischen Staaten, den Beitrittskandidaten in dieser Region, das heißt aber auch, die Kontakte, die schon in anderen Bereichen im Ostseeraum bestehen, zu intensivieren und weiter auszubauen.

Für uns, meine Damen und Herren, ist dieser Ostseeraum innerhalb der Europäischen Union von großer Bedeutung. Alle wirtschaftswissenschaftlichen Untersuchungen zeigen, dass die Baltic-Sea-Region die größte Wachstumsregion innerhalb der Europäischen Union sein wird. Hamburg ist die Pforte zu dieser Baltic-Sea-Region. Es ist darum von elementarem wirtschaftlichen, wissenschaftlichen und kulturellen Interesse Hamburgs, diese großen strategischen Chancen einer erweiterten Ostseeregion um die Beitrittskandidaten zu wahren. Wir werden das mit aller Macht tun, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Ich hatte vor gut einer Woche ein Gespräch mit jungen Unternehmern der IT-Branche, die übereinstimmend gesagt haben, sie hätten in Hamburg Schwierigkeiten, seien aber dabei, sich zu berappeln, und einige Unternehmen suchten zum Glück schon wieder Arbeitnehmer. Sie sagten, sie wären nach Hamburg gekommen und hätten hier

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

- A investiert – es waren einige neue Investoren aus Süd- und Westdeutschland –, weil sie von Hamburg aus die größten Chancen hätten, Zugang zu den skandinavischen und den ost- und mitteleuropäischen Märkten zu erhalten. Wir müssen diese Chance nutzen und diesen Firmen helfen und Hamburg als Plattform wirtschaftlicher Aktivitäten in dieser Branche bereitstellen und dafür die Netzwerke und die Unterstützung schaffen.

Polen ist bei der Erweiterung der EU als größtes Beitrittsland von großem strategischen Interesse und wirtschaftlicher Bedeutung. Ich werde darum Anfang nächsten Jahres – wie geplant und vereinbart – nach Polen reisen, um dort für die Interessen Hamburgs zu werben und die guten Beziehungen zwischen Hamburg und Polen zu vertiefen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Anja Hajduk GAL*: Wiederherzustellen! – *Michael Neumann SPD*: Mit Herrn Schill oder alleine?)

Dies ist schon deshalb von großem Interesse, weil Hamburg als strategischer Hafen mit Polen einen wichtigen Kooperationspartner im Ostseeraum hat.

(*Michael Neumann SPD*: Sagen Sie das nicht uns, sagen Sie das dem Zweiten Bürgermeister! – Gegenruf von *Erhard Pumm SPD*: Schill ist ja gar nicht da!)

- B Vor etwa einem Monat hatte unsere Stadt Besuch von Warschaus Bürgermeister, Herrn Wojciech Kozak. Er fragte mich halb scherzhaft, welches der größte Hafen Polens sei. Ich tippte auf Danzig oder Stettin und er antwortete lächelnd: Sie irren sich, es ist der Hamburger Hafen. Das zeigt, wie groß das elementare Interesse auf polnischer Seite ist, die enge Wirtschaftskooperation mit Hamburg zu stärken. Das gilt auch für andere Länder. Das könnte beispielsweise auch in Zusammenarbeit mit Lübeck geschehen, um gemeinsam unsere Handelsaktivitäten im Ostseeraum zu forcieren. Darum ist eine wichtige Säule der hamburgischen Aktivitäten, dass wir gemeinsam mit Schleswig-Holstein die riesigen Chancen wachsender Containerverkehre im Ostseeraum, nach Polen und zu den baltischen Staaten nutzen. Die gute Zusammenarbeit des Hamburger Hafens mit dem Lübecker Hafen als Pforte zum Handel mit der Baltic-Sea-Region ist darum in Europa ein weiterer wichtiger Schwerpunkt einer gemeinsamen Wirtschaftspolitik.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Der Senat wird sich weiterhin – das ist eine spezielle Bitte des Präsidenten der Europäischen Kommission Prodi gewesen – für die Zusammenarbeit mit der russischen Exklave Kaliningrad engagieren. Wir werden in Kürze Ideen für Projekte entwickeln und auf Hamburger Seite geeignete Akteure benennen, die die Kooperation mit Leben erfüllen sollen. Es gibt dankenswerterweise seitens der hamburgischen Handelskammer schon eine Reihe von Aktivitäten, die dort entfacht worden sind. Hier ist weitere Hilfe notwendig, weil eine vernünftige Behandlung dieses Bereiches sowohl in wirtschaftlicher als auch in ökologischer Hinsicht von großer Bedeutung ist. Wir müssen gemeinsam mit dieser Region und gemeinsam mit Russland dafür sorgen, dass Kaliningrad nicht zu einem Problem der ganzen Ostseeregion wird. Hier wird sich Hamburg aktiv engagieren.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

C Dazu gehört auch eine aktive Beteiligung am dreihundertsten Geburtstag unserer Partnerstadt St. Petersburg im Jahre 2003, zu dem in Hamburg eine Reihe von Veranstaltungen stattfinden werden und bei denen wir viele Begegnungen mit den Petersburger Freunden haben werden.

Jenseits der bilateralen Zusammenarbeit engagiert sich Hamburg in verschiedenen regionalen Kooperationen und europäischen Netzwerken. So wird der Senat die Zusammenarbeit mit dem südsandinavischen Raum, insbesondere der Öresund-Region, inklusive Kopenhagen, weiter ausbauen. Wir werden dem Verein Europakorridor beitreten. Der Senat wird als weiteres Gremium die Baltic Sea States Subregional Cooperation nutzen und ihr beitreten. Wir werden ab 1. Januar 2003 Mitglied im Baltic Development Forum werden. In der kommenden Woche wird in Hamburg Herr Ellemann-Jensen zu Gast sein, der als langjähriger dänischer Außenminister hervorragende Kontakte in die ganze Region hat und als großer Freund Hamburgs diese Stadt unterstützen wird, auch unsere Kontakte in diese Region zu verstärken. Darüber freuen wir uns, glaube ich, gemeinsam.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wo kann Hamburgs Rolle bei der engen Zusammenarbeit in der Ostseeregion liegen? Sie wird genau und präzise definiert werden müssen. Der Senat wird in Kürze eine Drucksache zu unserer Rolle und den entsprechenden Aktivitäten im Ostseeraum verabschieden. Unsere große Chance liegt nicht darin, Dinge, die von anderen Städten und Ländern teilweise schon seit Jahren gemacht werden, selber noch einmal aufzuarbeiten und zu versuchen, hier eigene Akzente zu setzen, sondern dabei müssen wir auf Kooperation mit den Ländern setzen, die dort schon Kontakte aufgebaut haben.

Hamburg hat schon aufgrund der traditionellen Rolle aus der Hansezeit eine strategische Bedeutung, wenn es darum geht, diese Region, deren Pforte wir sind, mit anderen Hamburger Aktivitäten in der Welt zu vernetzen. Wir begehen in Hamburg zurzeit Shanghai-Tage und China-Wochen mit vielen Veranstaltungen. Dieses ist für mich ein wichtiges Mittel, um dafür zu sorgen, dass wir viele Begegnungen zwischen Hamburg auf der einen Seite, den europäischen Interessen auf der anderen Seite mit unseren internationalen Partnern ermöglichen. Ich möchte, dass Hamburg das Begegnungsforum wird, die Drehscheibe für Kontakte zwischen der Europäischen Union, der Ostseeregion und unseren Partnern in aller Welt. Das ist unsere große internationale Chance, bei der wir uns profilieren können.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir haben in Hamburg unsere hervorragenden Kontakte über China hinaus, gerade im Bereich Südostasien eine einmalige Kompetenz im Außenhandel durch den Sitz des Ostasiatischen Vereins, der die Interessen der deutschen Wirtschaft in Asien vertritt, eine Handelskammer, die sich hier engagiert und Kompetenzzentrum aller deutschen Industrie- und Handelskammern für China ist, und das Institut für Asienkunde, eine der größten Forschungseinrichtungen Europas in Bezug auf China. Wir haben hier wissenschaftliche und wirtschaftliche Aktivitäten von großem internationalen Niveau. Wir wollen Hamburg zu einem Begegnungszentrum zwischen den Ländern der Welt machen mit Asien auf der einen Seite und der Ostsee-

(Erster Bürgermeister Ole von Beust)

A region auf der anderen Seite. Das ist unsere große internationale Chance. Lassen Sie uns diese Chance nutzen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es ist notwendig, in diesem Jahr der wichtigen Weichenstellungen für Europa Hamburgs Rolle zu definieren. Ich habe einige Beispiele genannt, wie sich Hamburg durch einen Beitritt zu vorhandenen Netzwerken und Verträgen positionieren will, dort mitwirken will und etwas für den Ruf Hamburgs und für die internationale Verständigung tun will, aber natürlich auch für die Wahrnehmung unserer Interessen in diesen Institutionen: Es geht hier vor allem so um die Rolle Hamburgs als Begegnungsforum der Ostseeregion und der Welt sowie um eine Reihe von Vorhaben im Bereich der Wirtschaftspolitik, der Verkehrspolitik, der Wissenschaft, aber auch der Inneren Sicherheit, wo ich glaube, dass Hamburgs Stimme in Europa noch deutlicher werden muss als bisher.

(Michael Neumann SPD: Um Gottes Willen!)

Hier liegen große Chancen. Die internationale Stadt Hamburg ist, wie keine andere deutsche Stadt, in der Lage, diese für sich zu nutzen, denn wir tun das nicht nur l'art pour l'art, weil man das eben so tut oder weil man so gerne über Europa spricht, sondern weil dieses eines der strategischen Assets Hamburgs ist, wenn es darum geht, sich im Wettbewerb mit anderen Metropolen zu positionieren und zu profilieren.

Europa ist mehr als Wirtschaft, Europa ist mehr als wirtschaftlicher Austausch und Handel. Die Einheit Europa ist, wie es einmal formuliert wurde, ein moralisches Gebot, das über die Notwendigkeit der Gründung der Europäischen Union und Zusammenarbeit nach dem Krieg auch in diesem und im nächsten Jahrhundert von großer Bedeutung sein wird.

(Vizepräsident Peter Paul Müller übernimmt den Vorsitz.)

Lassen Sie uns als Hamburger Chancen nutzen, lassen Sie uns nicht in Kleinkariertheit und Provinzialität erstarren, sondern diese internationale Region nutzen. Dann wirken wir gemeinsam für die Zukunft unserer Stadt. – Herzlichen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat Herr Grund.

Uwe Grund SPD: Herr Bürgermeister, wir sind uns einig, Hamburg ist die Europa-Stadt Deutschlands.

(Anja Hajduk GAL: Gewesen!)

Ich sehe vorrangig die starken Verbindungen nach Skandinavien, die wir traditionell seit vielen, vielen Jahren pflegen und hegen. Wir sehen die aufblühenden baltischen Staaten – Sie haben es benannt –, wir sehen die Dynamik der Grenzöffnung und wir sehen natürlich die Erweiterung der EU.

Allesamt sind dies hervorragende, sehr positive Perspektiven für die Zukunft unserer Stadt, aber vor allem auch für die Zukunft der Menschen, die dort leben. An diesem Thema haben die Vorgängersenate gearbeitet, sie haben erfolgreiche, hervorragende Grundlagen geschaffen und

der neue Senat baut darauf auf. Das ist eine gute Kontinuität, das begrüßen wir und das unterstützen wir.

(Beifall bei der SPD)

Ich habe Ihrer Rede, Herr von Beust, sehr aufmerksam gelauscht und will zwei, drei Punkte zitieren, die Sie gesagt haben. Sie haben gesagt, Hamburg ist eindeutig für die EU-Erweiterung. Sie haben von der gelebten Solidarität mit den Schwächeren in Europa gesprochen, die von Anfang an Grundlage bei der EU war. Sie haben etwas über die besonders herausragende Schlüsselrolle Polens im Zusammenhang mit der EU-Erweiterung gesagt. Richtig, Herr von Beust, genau so ist es.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der GAL)

Das, Herr von Beust, müssen Sie aber nicht uns erzählen.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Überraschung!)

Die Opposition zu dieser Politik findet nicht auf dieser Hälfte des Hauses statt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die Opposition dazu findet in Ihren eigenen Reihen im Senat selbst statt. Sie hat einen Namen und sie heißt Ronald Barnabas Schill. Das ist die Realität.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie haben etwas verkehrt verstanden!)

Hamburgs Innensenator ist es, der auf Veranstaltungen behauptet, die Ausländer verfrühstückten unseren Wohlstand.

(Norbert Frühauf Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Falsch zitiert!)

Er ist es, der im Bundestag gegen Polen und gegen die EU-Erweiterung polemisiert.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Nachlesen!)

Er macht sich im Wahlwerbespot seiner Partei stark für die „Festung Europa“; ein Unwort unter Europäern.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Stimmt nicht, Herr Grund. Falsch!)

Herr Bürgermeister! Vor zehn Monaten haben Sie an dieser Stelle in Ihrer Regierungserklärung gesagt, sie wollen Hamburgs Stimme als Fürsprecher der Beitrittskandidaten Gehör verschaffen. Herr Bürgermeister, vor solchen Fürsprechern gehen alle Europäer in Deckung.

(Beifall bei der SPD und der GAL!)

Sie schwingen große Reden über Internationalität und erklären sich hier als Staatsmann und Ihr Innensenator hetzt, polemisiert und schürt Angst. Diese Arbeitsteilung ist unsäglich. Unglaublicher geht's nimmer.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Hamburgs Geschäftsleute, viele Kulturschaffende und eine Vielzahl Bürgerinnen und Bürger, die privat in Deutschland und Europa unterwegs sind, befinden sich in einer schwierigen Situation. Sie werden ständig befragt, was eigentlich mit dieser Regierung in Hamburg los sei. Überall ist man in der Lage, sich erklären zu müssen, zu reagieren, zu relativieren und Hamburg irgendwie zu verteidigen. Das ist unerträglich, meine Damen und Herren.

(Uwe Grund SPD)

A (Beifall bei der SPD und der GAL – *Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive*: Sie doch bestimmt nicht!)

Ich bringe es auf den Punkt, meine Damen und Herren: Die Hamburgerinnen und Hamburger haben es satt, sich für diesen Senator und den Senat, der ihn gewähren lässt, ständig entschuldigen zu müssen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Die konkreten Vorhaben des Senats zu beurteilen, ist wesentlich schwieriger. Wenn man ganz aufmerksam zuhört, ist ganz, ganz wenig wirklich Neues zu erfahren gewesen.

(*Anja Hajduk GAL*: Das stimmt!)

Alles, was Sie gesagt haben, wird in Hamburg seit vielen Jahren so praktiziert.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Sie haben es sogar selbst bestätigt. Sie sind aus einer europäischen Institution ausgetreten – aus Eurocity – und in drei andere eingetreten. Nun gut. Wir werden sehen, was das nach vorne bewegt, und werden uns auch daran beteiligen.

Sie haben uns nicht verraten, was Sie eigentlich in Ihren neuen Schwerpunkten, beispielsweise im Bereich der Sicherheit oder im Bereich Wissenschaft und Forschung, tun wollen. Zur Sicherheit nur ein einziger Satz in Ihrer Rede.

Auffällig ist für uns als Sozialdemokraten natürlich, dass Sie im Wesentlichen über Wirtschaft in Europa reden. Bei Medien gibt es nur Technik und Wirtschaft. Dass Medienpolitik aber mehr ist, findet in Ihren Darstellungen überhaupt nicht statt. Es geht um Schutz von Bevölkerung, es geht um Schutz von Interessen, es geht um viele andere Fragen im Zusammenhang mit der Zukunft der Medienpolitik. Kein Wort dazu. Der Senat bleibt sich treu, der Sozialraum Europa findet in den Schwerpunkten dieses Senats natürlich nicht statt.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Haben Sie aufmerksam zugehört? Gab es ein einziges Wort zum Thema Umweltschutz und der Bedeutung der Umweltpolitik in Europa? – Kein Wort.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Hartmut Engels CDU*: Ja, gab es!)

Das alles ist etwas dünn. Der Senat ist in der Europapolitik gerade eben erst aus den Startlöchern gekommen.

(*Michael Neumann SPD*: Fehlstart!)

Es ist zu früh, das alles zu bewerten. Ich will einige konstruktive Anregungen machen:

Wir haben Ihnen vorgeschlagen, dass sich Hamburg als Kulturhauptstadt Europas bewirbt. Wenn die Beratungen im Parlament beendet sind, bitten wir den Senat dringend, diese Bewerbung zügig nach vorne zu treiben. Es hilft Hamburg nach vorne.

(Beifall bei der SPD, der GAL und bei *Burkhardt Müller-Sönksen FDP*)

Die Europäische Verfassung haben Sie nur zu Beginn beiläufig erwähnt. Ich sehe das anders. Nach der Wirtschaftsunion und der Währungsunion wird die Europäische Verfassung das herausragende Ereignis sein, was im

Zusammenhang mit der Einigung Europas und der gemeinsamen Staatenwertung wirklich von Bedeutung ist. C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Wir müssen das den Bürgerinnen und Bürgern nahe bringen. Noch ist das für viele Menschen ganz fern. Wir müssen die Europäische Verfassung zum Anliegen der Bürgerinnen und Bürger machen, am besten zur Sache ihres Herzens. Wir Sozialdemokraten schlagen deshalb vor, dazu eine europaweite Volksabstimmung durchzuführen. Das muss gut vorbereitet werden und wir fordern den Senat auf, dazu Beiträge zu leisten. Das Parlament ist dazu jedenfalls bereit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zusammenfassend halte ich für uns alle fest: Der Erste Bürgermeister wird noch viele Scherben kitten müssen, um das verloren gegangene Vertrauen in die Europapolitik zurückzugewinnen. Damit hat er heute erst angefangen. Ich wünsche dem Senat – nicht in unserem, aber in seinem Interesse und vor allem in Hamburgs Interesse –, dass ihm der Koalitionspartner nicht erneut in den Rücken fällt. – Schönen Dank.

(Lang anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat Herr Harlinghausen.

Rolf Harlinghausen CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe selten eine Rede eines Fraktionsvorsitzenden gehört, der mit seinem Beitrag so wenig für das Ansehen Hamburgs nach außen beigetragen hat. D

(Lachen bei der SPD und der GAL – *Manfred Mahr GAL*: Ist Ihnen das nicht peinlich?)

Hamburger Regierungspolitik definiert der Senat und dieses hat der Erste Bürgermeister überzeugend für den Senat getan.

(*Michael Neumann SPD*: Eben nicht getan! und Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Kommen wir zur Sache: Europa wird – das haben wir eben vom Ersten Bürgermeister gehört – auch in Zukunft ein tragender Pfeiler der Senatspolitik sein.

(*Wolf-Dieter Scheurell SPD*: Wo sind denn Ihre Abgeordneten?)

– Wenn Sie zu Hause nichts zu sagen haben, können Sie ruhig hier herumschreien, aber ich werde darauf nicht reagieren.

Wie Hamburg seinen Teil zum Zusammenwachsen der Europäischen Union beiträgt und darüber hinaus von der Europäischen Union profitieren kann, hat der Bürgermeister auf sehr eindrucksvolle Weise geschildert.

(*Dr. Willfried Maier GAL*: Sagen Sie doch mal was zum Zweiten Bürgermeister!)

Schon bei seinem Amtsantritt hat der Senat die Bedeutung Europas hervorgehoben und seinen Worten sehr schnell Taten folgen lassen und damit unterschied er sich sehr von den Vorgängersensaten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

(Rolf Harlinghausen CDU)

- A Früh wurden die ersten Weichen gestellt. Ich denke unter anderem auch an die Kooperation mit den Ostsee-Anrainerstaaten – Stichwort: Europa-Korridor, STRING-Projekt – und den Beitritt zum Baltic Development Forum, wie Sie gehört haben, auch zum BSSSC. In Hamburg selbst stellte sich der Senat seinen Herausforderungen mit dem Konzept der wachsenden Stadt.

(Manfred Mahr GAL: Wo ist denn der Zweite Bürgermeister? Dazu haben Sie wohl Redeverbot!)

Unter diesem Motto – geben Sie ihm doch mal ein Zäpfchen – laufen viele Einzelprojekte.

(Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Herr Harlinghausen, ich möchte Sie bitten, sich in der Wortwahl dem Stil dieses Hauses anzupassen.

(Beifall bei der SPD und bei *Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive*)

Rolf Harlinghausen (fortfahrend): Unter dem Motto „wachsende Stadt“ laufen viele Einzelprojekte, von denen der Bürgermeister eine ganze Reihe genannt hat und die ich aufgrund der Kürze der Zeit hier nicht noch einmal wiederholen möchte.

Bemerkenswert erscheint mir, wie sehr die gesamte Politik des Senats auf Europa ausgerichtet ist. Europa ist hier, anders als bei den Vorgängerregierungen, nicht irgendein Anhängsel, dem es nur an besonderen Feiertagen zu huldigen gilt. In Hamburg ist Europa greifbar und erfahrbar, und zwar ressortübergreifend bei jedem einzelnen Projekt.

(Beifall bei der CDU)

- B Im Wettbewerb mit anderen europäischen Regionen gilt es, die Stärken Hamburgs hervorzuheben und die Schwächen auszubügeln. Wie viel in diesem Bereich noch zu tun ist, zeigen uns immer wieder die Städte-Rankings der Wirtschaftspresse. In einem Standortvergleich von 214 europäischen Städten und Regionen im Auftrag der Wirtschaftswoche fand sich Hamburg beispielsweise abgeschlagen auf Platz 53. Dass die Metropolregion Hamburg hinter Oberbayern und Karlsruhe, hinter Stuttgart und Mittelfranken, hinter Köln und Tübingen, hinter Freiburg und Darmstadt, hinter Rheinhessen-Pfalz rangiert, haben wir weitestgehend rotgrüner Politik zu verdanken.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Hier bewahrheitet sich auf traurige Weise eine Feststellung Klaus Kinkels, der da sagt – ich zitiere –:

„Mit der Steuerpolitik der SPD kann man zu einem kleinen Vermögen kommen, vorausgesetzt, man hatte vorher ein großes.“

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatliche Offensive und der FDP)

Wie die Ergebnisse des Rankings zeigen, wissen auch Hamburger Unternehmer ein Lied davon zu singen. Dabei werden der Hansestadt gute bis sehr gute Marktchancen bescheinigt. Unter den 83 deutschen Städten mit mehr als 100 000 Einwohnern erreichte Hamburg hinsichtlich seines Marktpotenzials – so eine Studie des Magazins „Focus“ – den elften Platz.

Ich möchte an dieser Stelle die Bedeutung der EU-Osterweiterung hervorheben. Durch sie wird nicht nur die Euro-

papolitik Hamburgs eine größere Rolle spielen, auch innerhalb der Union wird Hamburg einen größeren Stellenwert bekommen. Als Drehscheibe für den Ostseehandel kann die Hansestadt in ganz besonderer Weise – wir haben das vom Bürgermeister gehört – von der Osterweiterung profitieren.

Viele der Beitrittskandidaten sind schon seit langem wichtige Handelspartner der Hansestadt. Jetzt, da die Märkte Ost- und Mitteleuropas auch für andere EU-Staaten interessant werden, zahlen sich diese jahrzehntelangen Verbindungen Hamburgs aus. Jeder zehnte exportbedingte Arbeitsplatz in Deutschland wird durch den Handel mit Beitrittskandidaten gesichert. Insofern hat die Zusammenarbeit mit Polen, Ungarn, Tschechien und anderen mittel- und osteuropäischen Staaten schon am Vorabend der Erweiterung einen hohen Stellenwert.

Bereits die deutsche Wiedervereinigung brachte uns wirtschaftlich einen entscheidenden Aufschwung und verhalf unserer Stadt zur Bezeichnung „Boomtown“. Zwölf Jahre danach bieten sich mit der EU-Osterweiterung erneut Chancen. Wegen seiner geostrategischen Lage werden gerade Hamburg hervorragende Zukunftsaussichten vorausgesagt. Experten sprechen sogar von einer Verdoppelung der Märkte.

Diese Chance gilt es zu nutzen. Dass der Senat auf dem richtigen Wege ist, hat dieser Tage eine aktuelle Untersuchung der renommierten Baseler PROGNOSE-AG deutlich gemacht, in deren Technologie-Ranking die Hansestadt von Platz elf auf Platz acht aufgestiegen ist. Auch wenn die Spitzenregionen der technologischen Leistungsfähigkeit weiterhin in den Ballungsräumen Süddeutschlands liegen, mit Ole von Beust holt Hamburg auf und darüber sollten sich eigentlich alle hier im Hause freuen.

(Beifall bei der CDU)

Es sind jedoch nicht nur ökonomische Gründe, die für uns in Hamburg von Interesse sind. Mehr noch als wirtschaftlichen Gewinn verspricht die Erweiterung größere Stabilität in Europa. In der vergangenen Woche jährten sich die menschenverachtenden Terroranschläge vom 11. September zum ersten Mal. Auf beklemmende Weise wurden wir daran erinnert, dass Frieden und Sicherheit hohe Güter sind, die es sorgsam zu wahren und zu schützen gilt. Zu Recht haben die Staats- und Regierungschefs der EU-Staaten in ihrer Erklärung darauf hingewiesen, dass Sicherheit und Demokratie niemals als endgültig gesichert anzusehen seien, sondern aktiv und unentwegt verteidigt werden müssten. Auch wenn die Stabilitätskriterien der Union in Zeiten der Haushaltsberatungen wie ein Damoklesschwert über unseren Köpfen schweben, sollte eine wichtige Facette des westeuropäischen Integrationsprozesses nicht in Vergessenheit geraten – die friedenspolitische Motivation.

Die Europäische Union war und ist eine Friedensgemeinschaft, die die zwischenstaatliche Sicherheit ihrer Mitglieder garantiert. Ausgangspunkt und Grundlage dieser Friedensgemeinschaft war und ist die deutsch-französische Freundschaft, neben der Partnerschaft zu unseren amerikanischen Freunden ein Aspekt, den die noch wenige Tage amtierende Bundesregierung sträflich vernachlässigt hat.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Erweiterung der Europäischen Union sichert den Frieden Gesamteuropas und trägt zur Verbreitung von Demo-

C

D

(Rolf Harlinghausen CDU)

- A kration und Rechtsstaatlichkeit bei. Davon profitieren übrigens auch die Gebiete außerhalb der Union. Ich denke beispielsweise an Königsberg – Kaliningrad –, mit dem es im Zuge der Erweiterung zu einer engen Zusammenarbeit gekommen ist. Der Senat hat immer wieder betont, dass Nordwest-Russland ein wichtiger Teil des Baltikums sei und deshalb wirtschaftlich und kulturell an die Entwicklung der Region gebunden werden solle. Durch unsere jahrelange Städtepartnerschaft mit St. Petersburg können wir, gerade was Russland angeht, unsere Erfahrungen in den Dialog einbringen.

Die Union ist eine Zivilisations- und Wertegemeinschaft. Historisch und kulturell fühlten sich die Menschen in den mittel- und osteuropäischen Staaten schon seit jeher dem Westen zugehörig. Daran konnten auch noch so hohe Zäune und Mauern nichts ändern. Der Glaube an Demokratie und Freiheit hat in diesen Staaten unglaubliche Kräfte freigesetzt.

(Michael Neumann SPD: Es hört Ihnen keiner mehr zu; nicht mal Ihre eigenen Leute!)

Wir erinnern uns sicher an das Jahr 1989. Als die Menschen dort endlich selbst entscheiden konnten, welchen Bündnissen sie angehören wollten, entschieden sie sich mit großer Mehrheit für die Europäische Union. Welche Überzeugung dahinter steckt, wird nicht zuletzt auch daran deutlich, welche Mühen und Härten diese Länder zu schultern bereit sind, um der EU beizutreten.

Der Kommunismus ist in vielen mittel- und osteuropäischen Staaten weiterhin präsent. Bei einem langfristigen Ausbleiben von wirtschaftlichen und politischen Erfolgen kann dies zu einer ernsthaften Destabilisierung der politischen Systeme führen. An welche Abgründe politische Feuerzeuge ein Land führen können, haben wir alle im Falle des ehemaligen Jugoslawien miterleben müssen.

- B Vor diesem Hintergrund müssen wir auch die Konsolidierung der Demokratie in den ost- und mitteleuropäischen Staaten vorantreiben. Die Aufnahme dieser Länder in die EU ist das effektivste Mittel. Kleinliches Feilschen um Subventionen, wie sie etwa der noch amtierende Bundeskanzler betrieben hat, sind nicht nur fehl am Platze, sondern gefährden auch das Vertrauen unserer mittel- und osteuropäischen Nachbarn.

Für Hamburg sind diese Länder nicht nur wichtige Wirtschaftspartner, sondern über die Jahre auch gute Freunde geworden. Davon zeugen unsere Städtepartnerschaft mit Prag ebenso wie die guten Beziehungen – hören Sie gut zu, Herr Grund – mit Polen, die es in den kommenden Jahren noch zu verfestigen gilt.

(Michael Neumann SPD: Erst zerschlagen und dann verfestigen wollen!)

Hamburg, das Tor zur Welt, ist wieder offen als Ein- und Ausgangstor Europas und als Drehscheibe zwischen Europa und anderen Kontinenten; und in Asien, insbesondere China. Wie wertvoll das ist, wissen wir alle. Auch hier sind die guten Beziehungen zu unserer Partnerschaft Shanghai, was in diesen Tagen den Menschen in Hamburg auch optisch und akustisch deutlich wird, ein immens wichtiger Faktor, der nicht hoch genug eingeschätzt werden kann.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Richtig!)

Meine Damen und Herren! Wenn alle Kräfte in Hamburg die Gemeinsamkeiten bei der Wahrnehmung der Chancen

unserer Stadt in den Vordergrund stellen, eröffnen wir nicht zuletzt auch kommenden Generationen Perspektiven, die hoffnungsvoll in die Zukunft blicken lassen. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat Herr Hardenberg.

Gerd Hardenberg Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Nach einer *grundlosen* Wahlrede jetzt wieder etwas Sachlichkeit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Hamburg rückt in den Mittelpunkt Europas. Dies zeigt sich bereits darin, dass wir eben im Rahmen einer Regierungserklärung die europapolitischen Schwerpunkte des Senats dargelegt bekamen. Die Bürgerschaft wird einbezogen; dies ist gut und zeigt den Stellenwert, den der Erste Bürgermeister der Europapolitik beimisst. Im Hinblick auf die zukünftigen europäischen Entwicklungen ist vom neuen Senat die Europapolitik beim Ersten Bürgermeister angesiedelt und erstmals ist ein Staatsrat speziell für diesen Bereich eingesetzt. Das Ressort wird also nicht von einem Senator als Teilaufgabe mit bearbeitet, sondern es gibt eine alleinige Zuständigkeit.

Unsere Fraktion begrüßt diese Schwerpunktsetzung und wir unterstützen uneingeschränkt den europäischen Einigungsprozess.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Dieser Einigungsprozess und die Interessen Hamburgs im europäischen Konzert schließen sich nicht aus. Hamburg als Region muss für sich werben und wir müssen den Menschen zeigen, dass ihre Belange ernst genommen werden. Die europäische Integration bedroht nicht die Region, sondern wir sind alle gefordert, das Haus Europa mitzugestalten. Europa bringt Hamburg viele Vorteile und Hamburg wiederum kann seine Erfahrungen zum Beispiel als Hafenmetropole sehr gut an die Ostseeanrainer weitergeben. Die Osterweiterung der EU ist für Hamburg eine große Chance. Der EU-Erweiterungskommissar Günter Verheugen prognostiziert sogar, dass Hamburg von allen Regionen am stärksten profitieren wird, da schon jetzt 20 Prozent des Außenhandels mit den EU-Beitrittskandidaten in Ost- und Mitteleuropa abgewickelt würden.

Nicht verkennen dürfen wir, dass es auch Entwicklungen geben wird, die für Hamburg ungünstig sein könnten. Es ist diesbezüglich entscheidend, dass der Senat rechtzeitig hierauf Einfluss nimmt; in der heutigen Klärung über die Einführung des Emissionshandels im Bereich des Klimaschutzes wurde dies genannt. Dies muss genauso einer kritischen Prüfung unterzogen werden wie die EU-Chemikalienpolitik. Auch hier muss sichergestellt werden, dass die geplanten Maßnahmen zur Registrierung, Bewertung und Zulassung von Chemikalien den Hamburger Chemikaliengroß- und -außenhandel in organisatorischer Hinsicht nicht zu sehr belasten. Dies gilt genauso für die Maßnahmen der EU auf dem Gebiet der Corporate Social Responsibility. Ziel dieses Projekts ist es, Vorgaben zu schaffen, die darauf abzielen, Unternehmen auf freiwilliger Basis anzuhalten, soziale und umweltpolitische Belange stärker zu berücksichtigen. Dies verursacht jedoch Kosten,

(Gerd Hardenberg Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A also sollte vor einer gesetzlichen Regelung das Pro und Kontra geprüft werden.

Meine Damen und Herren! Zu Recht stellt der Senat die Bedeutung des Wirtschaftsstandorts Hamburg in den europäischen Mittelpunkt. Aber Wirtschaftsunternehmen in Hamburg sind nicht nur HHLA, EUROGATE und so weiter, sondern vor allem KMU, also Klein- und Mittelunternehmen. Wir fordern daher den Senat auf, insbesondere die Interessen der Hamburger KMU auf europäischer Ebene nicht aus den Augen zu verlieren und diese aktiv zu vertreten, da gerade für KMU zu starre Reglementierungen nachteilig sind.

Darüber hinaus unterstützen wir uneingeschränkt die verkehrspolitischen Ziele des Senats im Rahmen seiner Europapolitik. Stichworte hierzu sind Hafenquerspange, Y-Trasse und Eurorapid Amsterdam–Hamburg. Um die verkehrspolitischen Ziele mit den Partnern in Europa verbessern zu können, ist der Beitritt Hamburgs zum Europakorridor entscheidend. Der Europakorridor umfasst den Raum zwischen Stockholm, Göteborg, Kopenhagen und Hamburg mit circa 20 Millionen Einwohnern. Die hierin zusammengeschlossenen Städte und Regionen setzen sich für den Ausbau der Verkehrswege in der Region ein. Lübeck ist zum Beispiel bereits Mitglied.

Wir möchten den Senat auch darin bestärken, auf eine Reform der derzeitigen Subventionspolitik der EU zu drängen. Bayern, Berlin, Brandenburg und Nordrhein-Westfalen erhalten großzügige Unterstützung aus der EU-Regionalförderung. Dies führt dazu, dass Unternehmen in diese Bundesländer abwandern und es zu einer Verzerrung des Wettbewerbs kommt. Für Hamburg, das lediglich für St. Pauli eine Regionalbeihilfe bekommt, hat dies zum Beispiel durch Abwanderung von Medienunternehmen negative Folgen. In diesem Zusammenhang möchte ich Senator Uldall zitieren, der betont, dass durch diese Förderung Unternehmen verleitet würden, eine falsche Standortpolitik zu betreiben, und Hamburg sich über den Bundesrat für eine Reform der EU-Regionalförderung einsetzen wolle, damit diese drastisch reduziert wird. Wir unterstützen den Senat auch diesbezüglich und geben Senator Uldall Recht, der die Förderung einzelner Regionen nach dem Gießkannenprinzip ablehnt.

- B Wo wir schon bei den Subventionen sind. Es muss ebenfalls internationale Absprachen im Bereich der Werften geben, die auch eingehalten werden. Es kann nicht angehen, dass Schiffsneubauten in Südkorea durch staatliche Subventionen um bis zu 60 Prozent billiger sind als europäische Neubauten. Im Juni hat der Ministerrat einen überarbeiteten Vorschlag der EU-Kommission zum Vorgehen gegen unlautere Handelspraktiken südkoreanischer Werften vorgelegt. Europa will hiernach vor der WTO, der Welthandelsorganisation, ein Verfahren eröffnen, wenn Seoul nicht innerhalb einer bestimmten Frist einlenkt.

Für die Zusammenarbeit im Ostseeraum ist neben der Mitgliedschaft im Europakorridor der Beitritt zum Baltic Development Forum, der zum 1. Januar 2003 geplant ist, genauso wichtig. Diesem Forum gehören 35 Unternehmen, Organisationen und Städte aus der Region an. Es ist ein Netzwerk, ein Diskussions- und Geschäftsforum und soll das Wachstumspotenzial in der Ostseeregion in Partnerschaft zwischen Wirtschaft, Politik und Wissenschaft fördern.

Außerdem müssen wir uns dafür einsetzen, dass vor allen Dingen der AdR, der Ausschuss der Regionen, in dem

Hamburg vertreten ist, nach einer grundlegenden Erneuerung möglichst schnell aus der reinen Beraterfunktion ohne Stimmrecht zu einem regionalen Sprachrohr mit Beraterfunktion wird. Die EU-Erweiterung und die europäische Integration kann nur durch eine neue europäische Verfassung erfolgen. Diese Verfassung muss die EU transparenter machen und bietet die Chance, komplizierte Verfahren neu zu ordnen. Unsere Prioritäten hierzu möchte ich so formulieren: Europa muss durch die Stärkung des Europäischen Parlaments demokratischer werden. Es muss durch Mehrheitsbeschlüsse im Rat und einfachere Verfahren effizienter werden. Es muss in der Außen- und Sicherheitspolitik und im Bereich Innenpolitik Aufgaben übernehmen, die die Mitgliedstaaten nicht allein bewältigen können, und die EU muss dadurch bürgernäher werden, dass Regionen wie Hamburg zum Beispiel mit ihren Erwartungen und regionalen Bedürfnissen stärker einbezogen werden.

Meine Damen und Herren! Der Konvent arbeitet an einer europäischen Verfassung, die nicht zwangsläufig zu einem undurchsichtigen Mehr an Europa führen muss, sondern die große Chance bietet, das, was bereits europäisiert ist, so zu regeln, dass demokratische Aspekte auch in einem erweiterten Europa für alle beteiligten Staaten stärker zum Tragen kommen. – Danke.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat Frau Sager.

Krista Sager GAL:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Bürgermeister, Sie können mit Ihrer heutigen Rede nicht darüber hinwegtäuschen, dass Hamburg erstmalig – und man muss wirklich sagen erstmalig – von einem Senat regiert wird, der in einer der wirklich großen Zukunfts- und Schicksalsfragen dieser Stadt, nämlich in der Europapolitik, in der Frage der Osterweiterung tatsächlich tief gespalten ist.

Gerade weil Hamburg die Stadt ist, die großes Interesse an der Osterweiterung hat, die von der Osterweiterung am stärksten profitieren wird, kann sie sich eine Regierung, die in dieser Frage tief gespalten ist, nicht leisten.

(Beifall bei der GAL)

Mit einem Senat, der in dieser entscheidenden Frage der Osterweiterung und der Kooperation mit unseren polnischen und baltischen Partnern nicht mit einer Zunge spricht, sondern mit zweien, wobei die eine Zunge die des antieuropäischen Rechtspopulismus ist, mit einem solchen Senat ist Hamburg für die Zukunft falsch aufgestellt.

(Beifall bei der GAL)

Herr von Beust, Sie haben hier keine neue Europapolitik dargestellt, sondern eine Regierungserklärung auf die Tagesordnung gehievt, um mühsam zu versuchen, das europapolitische Porzellan, das Schill im Bundestag zerschlagen hat, in der Hamburger Bürgerschaft wieder zu kitzen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie sind in Wahrheit in der Situation, glaubhaft machen zu müssen, dass Sie überhaupt in der Lage sind, die Osterweiterung in Ihrem Senat durchzusetzen.

(Glocke)

C

D

(Krista Sager GAL)

- A **Vizepräsident Peter Paul Müller** (unterbrechend): Frau Sager, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Krista Sager (fortfahrend): Nein, tue ich nicht.

Herr Bürgermeister, Sie stehen in der Situation, nachweisen zu müssen, dass Sie in der Lage sind, in der Frage der Osterweiterung in Ihrem Senat überhaupt erst einmal durchzusetzen, was bisher Kontinuität in der Hamburger Politik gewesen ist, und zwar fraktionsübergreifend und über viele Jahre hinweg. Das hat nichts mit neuer Politik zu tun, sondern das hat etwas mit Verlust von Glaubwürdigkeit zu tun.

(Vereinzelter Beifall bei der GAL)

Diese Kontinuität in der Europapolitik ist von einem Mitglied Ihres Senats – und nicht von irgendeinem, sondern von Ihrem Stellvertreter – vor den Augen nicht nur der bundesweiten Öffentlichkeit, sondern auch vor internationalen Beobachtern aufgekündigt worden. Das ist die Wahrheit über die Rede von Schill im Deutschen Bundestag.

(Beifall bei Dr. Verena Lappe GAL)

Sie haben nicht die notwendigen Konsequenzen gezogen, als entschiedenes Handeln notwendig gewesen wäre. Sie haben Schill nur mit großer Mühe davon abhalten können, noch weitere Verrücktheiten zu begehen. Und Sie haben sich in diesem Parlament in provinzielle Piffeligkeiten über die SPD-Mitgliedsbeiträge Ihrer Staatsräte geflüchtet. Nun verbreiten Sie hier europäische Weihestunden und tun so, als sei plötzlich alles wieder in Ordnung und als sei nichts gewesen. Nichts ist in Ordnung,

- B (Karl-Heinz Warnholz CDU: Da fragen Sie mal Herrn Struck!)

solange ein Antieuropäer wie Schill im Senat sitzt und Sie an seinem Gängelband hängen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Meine Damen und Herren! Hamburg hat einen guten Ruf gerade auch bei seinen östlichen und nördlichen Nachbarn.

(Rolf Harlinghausen CDU: Seit September 2001!)

Hamburg hat einen guten Ruf als internationale, als welt-offene, als liberale Metropole. Einen guten Ruf kann auch eine schlechte Regierung wie die Ihre nicht über Nacht ruinieren. Wir können von Glück sagen, dass unsere osteuropäischen Partner und gerade auch unsere polnischen Partner großes Vertrauen in die Hamburgerinnen und Hamburger und ihre positive Einstellung zu einem erweiterten Europa und in deren Bereitschaft, die daraus erwachsenden neuen Herausforderungen anzunehmen und sie gemeinsam zu gestalten, haben.

Aber machen wir uns nichts vor. Wir stehen unter Beobachtung, wir stehen unter verschärfter Beobachtung seit der unsäglichen Entgleisung von Schill im Deutschen Bundestag.

(Karl-Heinz Warnholz CDU: Wie bei Herrn Struck!)

Das wissen wir und das wissen Sie auch. Und, Herr von Beust, genau weil Sie das wissen, haben Sie Ihre heutige Rede auch so gehalten, wie Sie sie gehalten haben. Sie haben gesagt, der Senat stehe eindeutig zur Osterweiterung, und wir wissen, dass das nicht wahr ist. Dieser Senat steht nicht eindeutig zur Osterweiterung. Sie haben über

die Notwendigkeit, die Finanzflüsse bei einem erweiterten Europa in Zukunft gerecht und anders zu gestalten, gesprochen. Aber in Wahrheit vergeht nicht ein Tag, ohne dass Ihr Stellvertreter Herr Schill durchs Land fährt und davon spricht, hier würde mit dem Kelch der Barmherzigkeit durch die Welt gezogen

(Anja Hajduk GAL: Gerade gestern wieder!)

und das Geld am Ende den tüchtigen Deutschen fehlen; so sieht es aus.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Herr von Beust, Sie beherrschen das Jekyll-and-Hyde-Spiel mit Herrn Schill relativ perfekt und haben bisher von diesem Spiel profitiert. Aber ich sage Ihnen eines: Die Europapolitik ist für dieses Spiel nicht das richtige Feld, das ist brandgefährlich.

Was Sie heute vorgetragen haben, war nicht vorrangig eine Rede für die Bürgerschaft, sondern es war vor allen Dingen eine Rede mit Blick auf die kritischen Blicke aus dem konsularischen Korps und es war natürlich auch der Versuch, Porzellan vor Ihrer Polenreise im nächsten Jahr zu kitten. Aber eine der Fragen, die in diesem Zusammenhang von unseren polnischen Partnern und auch international besonders kritisch betrachtet wird, ist auch, wie denn nun eigentlich die Machtverhältnisse in diesem neuen Hamburger Senat sind, wo plötzlich so neue Töne angeschlagen werden. Wie sind denn die Machtverhältnisse in diesem Senat einzuschätzen, wenn der Vertreter einer 26-Prozent-Partei Pro-Europa-Reden hält und der Vertreter einer fast 20-Prozent-Partei gegen die Osterweiterung polemisiert?

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das sind Prozente, was? – Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Jetzt noch die 18-Prozent-Partei nennen!)

Unter dem Gesichtspunkt der Glaubwürdigkeit und Zuverlässigkeit von Politik, auch gerade auf dem europäischen Feld, haben Sie gestern eine Entscheidung getroffen, die allen Grund gibt, die Frage der Machtverhältnisse für die Zukunft äußerst kritisch zu betrachten. Sie haben es zugelassen, dass Ihr eigener Justizsenator wie jemand dasteht, der nicht in der Lage ist, ein Disziplinarverfahren angemessen zu beurteilen, und dass sich die Schill-Partei politisch über die Ursprungsempfehlung der zuständigen Behörde hinwegsetzen konnte.

(Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Frau Sager, ich möchte Sie bitten, zur Sache zu kommen.

Krista Sager (fortfahrend): Das tue ich.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Sie haben damit erneut die Machtstellung von Schill und Ihre eigene Abhängigkeit deutlich gemacht; das ist gestern wieder unterstrichen worden. Und diese offenkundige Abhängigkeit wird die Hamburger Regierung auch in Zukunft gerade in der Europapolitik zu einem kritisch beäugten unsicheren Kandidaten machen.

(Beifall bei der GAL)

Sie wissen selbst, dass es nur einen Weg gibt, diese Unklarheiten zu beseitigen. Es gibt nur einen klaren Weg,

(Krista Sager GAL)

- A für klare Verhältnisse im Interesse Hamburgs zu sorgen, und das ist die klare Trennung von antieuropäischen Rechtspopulisten, das ist die Trennung von Schill. Aber dazu, Herr von Beust, haben Sie nicht den Mut und Hamburg muss das – nicht nur, aber leider auch – in der Europapolitik ausbaden.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Zuruf von Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Das Wort hat Herr Rumpf.

(Unruhe bei allen Fraktionen – Glocke)

Meine Damen und Herren, das Wort hat der Abgeordnete Rumpf.

Ekkehard Rumpf FDP: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich bin ein bisschen irritiert, denn eigentlich dachte ich, dass wir uns heute über die Regierungserklärung des Ersten Bürgermeisters zur Europapolitik unterhalten.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich möchte Herrn Bürgermeister von Beust dafür danken, dass er seine Ziele in der Europapolitik vor diesem hohen Hause deutlich macht und nicht in den besseren Clubs in Hamburg.

Lassen Sie mich aber zunächst ein wenig ausholen und wenn ich gelegentliches Pathos an den Tag lege, bitte ich dafür bereits jetzt um Entschuldigung. Europa ist mir eine Herzensangelegenheit. Das mag mit meiner Erziehung zusammenhängen, vielleicht auch mit meiner Herkunft. Als gebürtiger Pfälzer gehöre ich einem Volksstamm an, der über lange Zeit unter der deutsch-französischen Feindschaft gelitten hat. Wie auch Holländer, Belgier, Luxemburger, Lothringer, Saarländer, Elsässer und Badener hatten wir das Pech, zwischen den so genannten damaligen Erbfeinden zu liegen, sodass unsere Vorfahren regelmäßig in der Uniform des einen auf die anderen schießen mussten oder wie die Elsässer sagten, von de enne gesääft, von de annere raseert.

Für alle diese Volksgruppen ist die Überwindung dieser Feindschaft und die europäische Einigung von vitalem Interesse gewesen

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

und vielleicht mehr als andere haben sie ein Gespür dafür entwickelt, ob der Motor der Einigung funktioniert. Dieser Motor ist eigentlich immer die deutsch-französische Achse gewesen, weswegen man in diplomatischen Kreisen auch immer wieder betont hat, es müsse zwei Politiker in Europa geben, die eine europäische Vision haben, den französischen Präsidenten und den deutschen Kanzler. Das war über Jahrzehnte so: Adenauer und de Gaulle, Brandt und Pompidou, Schmidt und Giscard d'Estaing, Kohl und Mitterand.

(Alexander Porschke GAL: Jetzt haben wir einen guten Außenminister!)

Leider ist seit 1995 auf französischer Seite hier ein gewisses Defizit. Daran können wir leider nichts ändern. Seit vier Jahren besteht dieses Defizit aber auch auf deutscher Seite und das ist fatal. Ich habe bis heute keine Erklärung dafür, wie das den Enkeln von Schumacher, Brandt und

Schmidt passieren konnte, aber angesichts Ihrer heutigen Reaktion auf die Erklärung des Ersten Bürgermeisters kann ich nur feststellen: Sie würden eine Vision nicht erkennen, wenn sie meterhoch in Stein gemeißelt vor Ihnen stünde.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Meine Damen und Herren! Die Regierungserklärung fällt in eine spannende und für Hamburg richtungsweisende Zeit. Mit dem Beitritt Polens und der baltischen Staaten werden bis auf Nowgorod erstmals alle Hansestädte Teil der Europäischen Union sein. Hamburg wird zurückfinden in seine Rolle als Drehscheibe zwischen Nord- und Ostsee, zwischen der Hansestadt Brüssel und der Hansestadt Riga. Diese Chance jetzt zu ergreifen und nicht durch klein-karierte Rechenschiebereien den Zug der Zeit zu verpassen, muss Aufgabe des politischen Handelns sein und die Erklärung des Ersten Bürgermeisters weist hier den richtigen Weg. Da ist eine Vision von der Freien und Hansestadt Hamburg in Europa. Aber die Vision alleine genügt nicht. Es müssen auch die Instrumente und Wege zur Umsetzung gefunden werden. Hier ist der amtierende deutsche Außenminister ein vielleicht nicht ganz so gutes Beispiel. Bei seinem Amtsantritt sagte Joschka Fischer im Hinblick auf die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik, er wolle dafür kämpfen, sich selbst – und damit meinte er wohl sein neues Amt – überflüssig zu machen. Das war bemerkenswert und löblich, aber die Umsetzung? Was hätten seine Amtsvorgänger Genscher und Kinkel wohl getan, wenn die deutsche Position in einer außenpolitischen Frage von denen unserer Freunde und Partner, insbesondere in den USA und Großbritannien abweicht. Ich sage es Ihnen: Sie wären sofort nach Washington, London, Paris, Madrid, Rom und Brüssel gereist, um mit ihren Amtskollegen zu sprechen, die deutsche Position zu verdeutlichen und eventuell eine gemeinsame Linie zu finden. Herr Fischer joggt durch Deutschland.

(Antje Möller GAL: Besser als mit dem Fallschirm daneben landen!)

Das Ergebnis ist eine Kakophonie von Stimmen, anstelle einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

Die Umsetzung einer Idee ist genauso wichtig wie die Idee selbst. Auch hier ist Hamburg auf gutem Wege, die Gesprächsebenen zu erweitern, die Kontakte zu pflegen und sie dann auch gemeinsam zu vertreten. Die anstehenden Mitgliedschaften im Baltic Development Forum und im Verein „Europakorridor“ sind dafür ein ebenso geeignetes Mittel wie die verstärkte Mitarbeit im Ausschuss der Regionen.

Die FDP begrüßt es hierbei auch ausdrücklich, dass sich die Hamburger Bürgerschaft als Parlament so intensiv mit dem Thema Konvent und europäische Verfassung beschäftigt und demnächst hierzu einen hoffentlich interfraktionellen Antrag auf den Weg bringt.

Die Möglichkeiten der Einflussnahme eines kleinen Bundeslandes auf die große europäische Politik sind begrenzt. Aber einerseits wäre es gerade deswegen ein Fehler, diese Möglichkeiten nicht zu nutzen, andererseits muss es die Aufgabe verantwortlicher Politik sein, den Menschen vor Ort den europäischen Gedanken wirklich nahe zu bringen. Europa wird nur dann funktionieren, wenn es ein Europa der Bürger ist, das nicht nur vom Verstand getragen wird und die Geldbeutel schwellen lässt, sondern auch die Herzen bewegt.

(Ekkehard Rumpf FDP)

A (Beifall bei der FDP, der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und bei *Uwe Grund SPD*)

Und gerade in diesem Sinne danke ich dem Ersten Bürgermeister für seine heutige Erklärung als ein ganz wichtiges Zeichen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Herr Grund, Sie hatten eine Frage zur Geschäftsordnung.

Uwe Grund SPD (zur Geschäftsordnung): Ich melde mich nach Paragraph 44 der Geschäftsordnung zu Wort und beantrage nach Paragraph 46 eine Klärung des Sachverhaltes.

Der Abgeordnete Winkler hat am Ende der Rede von Frau Sager die Aussage in den Saal gerufen: Sie haben uns ein Terroristennetz hinterlassen. Ich bin der Auffassung, dass eine solche Aussage in diesem Parlament nicht zulässig ist und er deshalb zur Ordnung gerufen werden muss.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Herr Grund, ich muss dazu erklären, dass dieses hier oben nicht angekommen ist. Herr Winkler, können Sie dazu etwas sagen? – Sie müssen nicht, aber wenn Sie etwas dazu sagen wollen?

Karl-Heinz Winkler Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es geht mir letzten Endes darum, dass möglicherweise akustisch hier nicht alles klar geworden ist. Mein Zwischenruf bezog sich darauf, dass es nicht geht, dass hinsichtlich der Außenwirkung der Rede des Innensenators

B

(*Rolf-Dieter Klooß SPD:* Haben Sie es gesagt oder nicht?)

großartig der moralische Zeigefinger erhoben wird, dagegen aber die politische Verantwortung, die Sie haben, was den internationalen Terrorismus in Hamburg und seine Rolle angeht,

(Unmutsäußerungen bei der GAL und der SPD)

dass Sie diese Dinge tot schweigen.

(Beifall bei *Frank-Michael Bauer und Andreas Janusch, beide Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Krista Sager GAL:* Herr Dräger, dagegen müssen Sie sich doch wehren! Das ist doch Ihre TU! Dafür sind wir doch alle verantwortlich! – Glocke)

Vizepräsident Peter Paul Müller (unterbrechend): Herr Winkler, Sie haben hier eine Erklärung abgegeben. Haben Sie diesen Ausdruck gebraucht, ja oder nein? Wenn Sie ihn gebraucht haben, Herr Winkler, dann muss ich Sie mit einem Ordnungsruf belegen.

(*Anja Hajduk GAL:* Sie müssen die Sitzung unterbrechen! Wir müssen uns den Pöbel nicht gefallen lassen!)

– Frau Hajduk, Sie muss ich leider auch mit einem Ordnungsruf belegen.

Das Wort hat Herr Frank.

Günter Frank SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Bürgermeister, ich kann Ihnen nur sagen, das ist Ihr Koalitionspartner,

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

und wenn Sie mit diesem Geist europapolitisch weiterkommen und glaubwürdig bleiben wollen, dann kann ich nur sagen: Das schaffen Sie nur dann, wenn Sie diesen Koalitionspartner aus dem Senat verbannen. Anders geht das gar nicht. Aber ich komme noch auf diese Frage zurück.

(Anhaltender Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine Damen und Herren! Wie groß das europapolitische Interesse dieser Koalition und auch des Senats wirklich ist, hat man an der durchschnittlichen Präsenz gesehen. Das war zeitweise wirklich peinlich, meine Damen und Herren. Überhaupt kein Interesse war Ihrerseits vorhanden. Jetzt füllt es sich allmählich wieder.

(Beifall bei der SPD und der GAL – *Michael Neumann SPD:* Das ist ein Skandal!)

Ich will noch einmal unterstreichen, Herr von Beust, dass Sie die Unterstützung unserer Fraktion in allen Fragen haben, die der Interessenlage und den Menschen in dieser Stadt dienen und diese Stadt stärken.

(Beifall bei *Michael Neumann SPD*)

Das hat Herr Grund hier sehr ausführlich begründet. Dass Sie sich in der Kontinuität der bisherigen Senate bewegen, ist ja in Ordnung – das gilt im Übrigen auch für China –, das ist vom rotgrünen Senat aufgegriffen, initiiert und weiterentwickelt worden. Es ist nur zu begrüßen, dass Sie da wieder anknüpfen. Aber das, was Sie vorgetragen haben, haben wir mehr oder weniger schon in Ihrer Regierungserklärung gehört und es hätte uns heute doch sehr interessiert, was Sie bisher realisiert und auf der operativen Ebene initiiert und erreicht haben. Da muss ich Ihnen sagen, dass es seit einem Jahr bei der „Politik schöner Reden und schöner Ankündigungen“ geblieben ist. Das, meine Damen und Herren, langt einfach nicht.

D

(Beifall bei der SPD – *Michael Neumann SPD:* Durchgefallen!)

Insofern war das doch ziemlich enttäuschend, was Sie hier vorgetragen haben.

Zugegeben – Herr Grund hat das erwähnt – ein bemerkenswerter Punkt dieser Europapolitik, der Osterweiterungspolitik, der Ostseeraumpolitik, sind ein Austritt und drei Beitritte. Das ist auch in Ordnung, das haben wir unterstützt, aber dann müssen Sie doch in kürzester Zeit einmal deutlich machen, was Sie hier zusätzlich und neu und besser machen wollen. Davon haben wir nichts gehört – im Gegenteil.

Ich will noch einmal zwei kritische Anmerkungen in der Kürze dieser Zeit machen. Sie haben gleich zu Beginn versucht – im Übrigen, meine Damen und Herren und Herr Bürgermeister, sehr unprofessionell –, die Zusammenarbeit mit Schleswig-Holstein im Hanse-Office faktisch zu unterlaufen. Wo blieb da die wichtige und gut nachbarliche norddeutsche Zusammenarbeit, die Sie hier immer vortragen und predigen? Sie sind erst nach vielen, vielen Gesprächen mit Schleswig-Holstein wieder auf den Weg der Vernunft zurückgekommen.

(*Dr. Michael Freytag CDU:* Das hat keiner verstanden, Herr Frank!)

(Günter Frank SPD)

- A Eine zweite kritische Anmerkung, die Sie auch sonst noch nie aufgegriffen haben, ist, dass Sie offenbar noch nicht verstanden haben, dass wir die Bürger für Europa nur dann interessieren und nur dann für Europa mitnehmen können, wenn wir Europa auch zum Thema in dieser Stadt machen. Es gibt bisher nicht eine einzige Kampagne für Europa. Wir haben doch genug wichtige Themen: EU-Erweiterung, europäische Verfassung. Es ist jetzt die Aufgabe aller, nicht nur des Senats, auch dieser Bürgerschaft und anderer Institutionen, hier in dieser Stadt zu werben, eine Kampagne für Europa zu starten, sei es in Schulen, auf Straßen, in Anzeigen oder sonst wo. Das macht, wenn Sie einmal nach Niedersachsen gucken, dieses Bundesland ganz anders und sehr viel besser.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Das sind zwei Kritikpunkte in aller Kürze. Ich will noch einmal auf diesen Punkt kommen, der hier emotional, aber in der Sache völlig berechtigt, diskutiert worden ist. Sie haben in der Europapolitik ein ganz großes Problem bekommen, nämlich das Problem der Glaubwürdigkeit. Ihr größter Koalitionspartner – das sind immerhin hier im Parlament 25, die CDU ist nicht wesentlich größer, es ist also praktisch die Hälfte dieses Senates – will etwas ganz anderes. Das werden Sie vernommen haben.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Differenzieren Sie doch mal vernünftig!)

Und dieser große Koalitionspartner ist erstens europafeindlich, zweitens ausländerfeindlich und die Reden von Herrn Schill sind menschenverachtend und das belegt die Rede im Deutschen Bundestag

- B (Beifall bei der SPD und der GAL – Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Dummes Zeug!)

und das gilt auch für die Fraktion,

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das ist eine böartige Unterstellung und das wissen Sie auch!)

denn Herr Frühauf hat sofort gesagt, an der Rede von Herrn Schill sei inhaltlich gar nichts auszusetzen gewesen. Insofern gehe ich davon aus, dass Sie für Ihre Fraktion gesprochen haben, und deshalb muss man diese Feststellung nicht nur für Teile des Senats, sondern auch für die Schill-Partei und die Schill-Fraktion treffen dürfen und man kann sie auch treffen.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie sind böartig, wenn Sie das unterstellen!)

Denn was hat Herr Schill indirekt gesagt? Herr Schill hat gesagt, wir haben uns mit den Menschen aus Bosnien Luxus geleistet. Menschenverachtender, meine Damen und Herren, geht das gar nicht mehr.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Dann hat er weiter gesagt, wir können die Flutkatastrophe nicht bezahlen, weil es in diesem Lande zu viele Ausländer gibt. Was ist das anderes als ausländerfeindlich, meine Damen und Herren?

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Und zur EU-Erweiterung hat er gesagt, mit Polen und den anderen Staaten wird die EU-Erweiterung unter dem Motto beurteilt, ihr kostet alle viel zu viel Geld. Das ist, meine

Damen und Herren, für die Menschen in Polen, in Litauen, in Lettland, in Estland, in Ungarn beleidigend und demütigend.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das finde ich überhaupt nicht!)

Anders kann man das nicht bezeichnen und ich habe nicht eine einzige Distanzierung von diesen Darlegungen gehört.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Was, Herr Bürgermeister, sollen die Menschen in diesen Ländern eigentlich von Hamburg halten?

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Was muss man von Ihnen eigentlich halten?)

So redet Schill nicht nur im Bundestag, so redet er im Fernsehen, so redet er im Rundfunk und so redet er auf jedem Marktplatz in dieser Republik. Ich frage Sie, ob das der Geist ist, von dem die Zusammenarbeit mit den künftigen Nachbarn an der Ostgrenze der Europäischen Union getragen werden soll? Sie predigen Offenheit, Toleranz und Internationalität. Sie wollen die europafreundlichste Landesregierung sein, während die andere Hälfte Ihres Senats etwas ganz anderes will, europafeindlich ist und – wie Herr Grund hier schon dargelegt hat – in Ihrem Werbespot von einer „Festung Europas“ redet.

Ich gebe Ihnen Recht, wenn Sie diesen Koalitionspartner rauswerfen würden, wäre die Koalition am Ende, aber gewonnen hätte unsere schöne Stadt, gewonnen hätten die Menschen, gewonnen hätte die Demokratie und gewonnen hätte der Anstand.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Peter Paul Müller: Wird weiter das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Ich rufe die Punkte 3 und 4a der Tagesordnung auf, die Drucksachen 17/1098 und 17/1412: Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung und Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde.

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung – Drucksache 17/1098 –]

[Unterrichtung durch die Präsidentin der Bürgerschaft:

Wahl einer oder eines Deputierten der Kulturbehörde – Drucksache 17/1412 –]

Die Fraktionen haben sich darauf verständigt, dass die Wahlen in einem Wahlgang durchgeführt werden können. Die Stimmzettel liegen Ihnen vor. Sie enthalten bei den Namen der vorgeschlagenen Personen jeweils ein Feld für Zustimmung, Ablehnung und Enthaltung. Sie dürfen bei jedem Namen ein Kreuz machen. Weitere Eintragungen oder Bemerkungen würden zur Ungültigkeit führen. Auch unausgefüllte Zettel gelten als ungültig. Bitte nehmen Sie jetzt Ihre Wahlentscheidung vor. Ich darf die Schriftführerinnen bitten, nun mit dem Einsammeln der Stimmzettel zu beginnen.

(Die Wahlhandlung wird vorgenommen. – Vizepräsident Farid Müller übernimmt den Vorsitz.)

C

D

- A **Vizepräsident Farid Müller:** Sind alle Stimmzettel abgegeben worden? – Dann schließe ich die Wahlhandlung. Die Wahlergebnisse werden nun ermittelt. Ich werde die Ergebnisse im Laufe der Sitzung bekannt geben.*

Wir kommen zu den Tagesordnungspunkten 10 und 38: Große Anfrage der Fraktionen der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Studie PISA E und Senatsmitteilung: Berichterstattung zum Umgang mit den Ergebnissen der PISA-Untersuchung.

**[Große Anfrage der Fraktionen der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive:
Studie PISA E – Drucksache 17/919 –]**

**[Senatsmitteilung:
Berichterstattung zum Umgang mit den Ergebnissen der PISA-Untersuchung – Drucksache 17/1369 –]**

Beide Drucksachen möchte die CDU-Fraktion an den Schulausschuss überweisen. Wer begehrt das Wort? – Herr Woestmeyer.

Martin Woestmeyer FDP: Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich hoffe, dass wir diese erste Debatte der regulären Tagesordnung, die mit der Bildungspolitik genauso wichtig ist wie die Europapolitik, in etwas gemäßigteren Tönen hinbekommen. Es wäre – ebenso wie bei der Europapolitik – sehr schade, wenn durch Debattenbeiträge oder Zwischenrufe unnötige Schärfe hineinkommt.

(Beifall bei *Barbara Ahrons und Jürgen Mehlfeldt*, beide CDU)

- B Reden wir also noch einmal über PISA 2000. Wohl kaum eine Studie war so wertvoll für die politische Diskussion in unserer Stadt, für die politische Diskussion in unserer Republik, wie das Program for International Student Assessment. Aus PISA lernen heißt für uns Lernen lernen, denn der Blick zurück zu PISA 2000 kann nur bedeuten, für PISA 2006 oder viel besser noch für PISA 2012 zu lernen. Unser Ziel ist doch ein gemeinsames. 2006 müssen wir raus sein aus dem peinlichen Mittelfeld, in dem sich Deutschland im Jahr 2000 befand. 2012, wenn wir die Olympischen Spiele zu Gast in unserer Stadt haben, sind es doch unsere heutigen Schüler, die jetzt zwischen zehn und 20 Jahre alt sind, die dann zwischen 20 bis 30 Jahre alt sein werden, deren Spitzenleistungen wir sportlich in unserer Stadt bejubeln wollen, über deren Hamburger Medaillen wir uns freuen wollen. In zehn Jahren – 2012 – sind aber auch die jetzt Fünfjährigen, die jetzt vor dem ersten Schulbesuch stehen, 15 Jahre alt,

(Beifall bei *Alexander Porschke GAL und Thomas Böwer SPD*)

also genau in dem Alter, das PISA zum Gegenstand seiner Untersuchungen gemacht hat. Dort gibt es zwar keine Medaillen bei aller Freude über die Rechenkunst, die Sie offensichtlich nachvollziehen können. Da bin ich ja dankbar, dass das auch auf dieser Seite der Fall ist.

Bei aller Freude über diese Rechenkunst sollten wir uns aber auch über das Ziel klar sein. Da gibt es bei PISA 2012 keine Medaillen zu gewinnen, aber ein Platz auf dem Treppchen, ein Platz unter den Top drei sollte doch unser gemeinsames Ziel sein. Wir sagen ja zu Tests und Leistungsvergleichen. Wenn die OECD an die Tür der Bil-

dungsbehörde klopft, dann sind sie uns herzlich willkommen. Wir machen Leistungsvergleiche, um festzustellen, wo wir uns weiter verbessern können. Wer bei PISA schlecht abschneidet, braucht keine Angst zu haben, sich sagen zu lassen, wo die Probleme liegen.

Die alte SPD-Behördenleitung ließ diese Offenheit allerdings allzu oft vermissen. Oberste Priorität hatte oft die Quantität und nicht die Qualität. Immer wieder bekam man zu hören, wie viele Abiturienten es in dieser Stadt gibt, aber nicht die Menge der Abiturienten ist entscheidend, die Qualität macht es.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wer sich mit einem Hamburger Abitur an der Universität von St. Gallen beworben hat, der hat gemerkt, dass im internationalen Maßstab ein Hamburger Abitur weniger zählt als ein gleiches aus München. Für diesen Schüler kommt diese Einsicht doch viel zu spät. Ihn wird es nicht trösten, dass man sich in dieser Stadt damit gebrüstet hat, wie viele außer ihm noch Abitur gemacht haben.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Immer wieder bekam man zu hören, dass die Bildungsausgaben pro Kopf in Hamburg viel höher sind als in allen anderen Bundesländern, selbst dann, wenn man gerechterweise zu diesem Vergleich nur die auch wirklich vergleichbaren Stadtstaaten hinzuzieht. Das ist insofern richtig, als es ja in einer Stadt auch viele wichtige Integrationsmaßnahmen gibt, die geleistet werden müssen. Aber die Schülerin, die sich mit einem Hamburger Hauptschulabschluss bei einem Hamburger Tischler bewirbt und die schon bei der Rechtschreibung ihres Bewerbungsschreibens scheitert, die hat all dieses Geld in allen Jahren ihrer Schulzeit nicht gespürt. Für diese Schülerin kommt auch hier die Einsicht zu spät. Sie wird es nicht trösten, dass man sich in dieser Stadt damit gebrüstet hat, wie viel man für Schüler anderer Schulformen ausgegeben hat.

Nicht das Geld allein, nicht die Menge entscheidet, wenn unten zu wenig ankommt. Deshalb müssen wir im Vergleich die Fehler suchen und auch das Tempo beibehalten, mit dem sich Rudolf Lange dieser Fehler annimmt.

(*Wilfried Buss SPD:* Bloß nicht!)

Richtig ist auch, dass die Schulbehörde weitere Leistungsvergleiche anpackt. LAU 11 und der Berufsschülertest ULME sind zwei Studien, die uns weiteren Aufschluss darüber geben werden, wo wir noch besser mit dem Bildungsetat umgehen müssen. Jeder fünfte Euro dieses Haushaltes wird für Bildung ausgegeben und gegenüber 2001 und auch gegenüber 2002 steigt der Bildungshaushalt 2003. Aber er steigt nicht einfach an, er steuert auch um und er steuert auch da um, wo uns PISA den ganz konkreten Auftrag gegeben hat.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die Kultusministerkonferenz hat als ein wesentliches Handlungsfeld genannt, dass Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenz ergriffen werden müssen, und zwar früh, schon vor dem Eintritt in die Schule. Dazu bearbeitet die Behörde ein ganzes Maßnahmenbündel, das Sie aus der Drucksache 17/1369 ersehen können. Man nimmt sich auf ganzer Breite dieses Themas an, in der Erzieherinnenausbildung, am Institut für Lehrerfortbildung, in Zusammenarbeit mit den Vorschulen, beim Senatsamt für

* Ergebnisse siehe Seite 1195 B.

(Martin Woestmeyer FDP)

- A die Gleichstellung. Sie sehen, wie hier aus einem Koalitionsvertrag, der dies auch bewusst aufgegriffen hat, schnell praktische Politik geworden ist. Es wird – zunächst modellhaft – ein Screening-Verfahren entwickelt, mit dem sich Spracherwerbsverzögerungen, wie das ein bisschen kompliziert heißt, einfach erkennen lassen. Doch das Erkennen bedeutet dann nicht einfach ein Aussortieren. Es werden künftig ausreichend Kapazitäten zur Verfügung stehen, um diese Defizite zu beheben und die Kinder zu integrieren. Wer als Kind in die erste Grundschulklasse eintritt, hat ein Recht darauf, Deutsch sprechen zu können, und zugleich auch die Pflicht, im Unterricht Deutsch sprechen zu müssen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Der Maßnahmenkatalog der Kultusminister geht weiter und in diesem Punkt will ich der Kultusministerkonferenz gerne mal folgen. Alles andere, was dort in den letzten zehn Jahren zustande gebracht wurde, ist ja nicht so rühmlich. Aber ich nenne hier die Kultusministerkonferenz auch ganz bewusst. Ich will Ihnen,werte Kollegen von der SPD, auch zeigen, dass wir tun, was auch SPD-Kultusminister in anderen Ländern für gut befinden. Ich will Sie einladen, diesen Weg mit uns zu gehen. Schließlich braucht es einiges, damit die Kultusministerkonferenz mit ihrem sonst wenig hilfreichen System der Einstimmigkeit mal etwas Gemeinsames formuliert.

PISA sagt auch – zweite Konsequenz –, die soziale Herkunft entscheidet über den Bildungsweg. PISA konnte nicht messen, wie viel sich da auch in manchen Köpfen von Bildungsbürgern noch tun muss, aber PISA sagt, dass der Staat mit einem Ausbau der Ganztagschulangebote helfen kann. Hier hilft der Staat vor allem Alleinerziehenden, eine gewisse Verlässlichkeit in der Betreuung ihrer Kinder bieten zu können. Der Möchtegern-noch-mal-Kanzler Gerhard Schröder hat dies auch erkannt und 4 Milliarden Euro für die Länder für dieses Ziel zugesagt. Nun, mit den Versprechungen, gerade wenn es mal nur um vier Millionen geht – ich nehme mal die Arbeitslosen –, hat Herr Schröder ja so seine Probleme. Aber er bestärkt uns in unserem Vorhaben, jedes Jahr drei Schulen in Hamburg zu Ganztagschulen umzuwandeln. Das sind dreimal mehr, als die SPD-Regierung in Hamburg zuvor geschafft hat. Vielleicht sind es dreimal weniger, als der Kanzler verspricht, nur, wir haben unsere Regierungszeit noch vor uns, er hat sie möglicherweise hinter sich.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

PISA bringt noch mehr Erkenntnisse. Ich bin froh, dass der Maßnahmenkatalog, den der Senat in dieser Drucksache mitgeteilt hat, zu lang ist, um ihn hier wirklich würdigen zu können.

(Christa Goetsch GAL: Woher kommt denn der Maßnahmenkatalog?)

Um so bedauerlicher ist es jedoch, dass uns entscheidende Ergebnisse fehlen, nämlich die aus Hamburg. Gerade vier Schulen waren in Hamburg an PISA international beteiligt und die 108 Schulen, die wir in die nationale Ergänzungsstudie, in PISA E, geschickt haben, bringen uns leider fast keine so wichtigen Erkenntnisse. Alle Schulformen – außer den Gymnasien – haben die Beteiligungsquote zum Teil weit verfehlt. Es ist ein schwacher Trost, dass sich da nur die Berliner ähnlich dämlich angestellt haben, wie wir das gemacht haben.

(Beifall bei Elke Thomas CDU)

In der Antwort auf die Große Anfrage der Regierungsfractionen ist zwar erkennbar, dass sich der alte Senat bemüht hat, dieses Quorum zu erreichen, aber fest steht, dass es nicht erreicht worden ist. Man hat aus meiner Sicht drei ganz entscheidende Fehler gemacht.

Erstens: Wir haben im Hamburger Schulgesetz den Paragraphen 100, der regelt, dass eine Teilnahme an Tests verpflichtend durchgeführt werden kann. Warum einigt man sich, ohne Not mit den anderen Ländern, auf die Freiwilligkeit? Das Ergebnis ist doch auch, dass nicht nur wir uns mit den anderen Bundesländern nicht messen können, sondern dass die sich auch nicht mit uns messen können und die wollen doch den Vergleich. Denen hätte es doch Recht sein müssen, dass wir hier alles tun, damit wir auch dabei sind und nicht als Spielverderber in der Ecke stehen.

Zweitens: Jetzt kommt heraus, dass das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, das sind die PISA-Organisatoren, vorher darauf hingewiesen hat, dass solche Erhebungen in Großstädten schwieriger durchzuführen seien als in Flächenländern. Warum hat es die alte Behörde dann an Maßnahmen mangeln lassen, diesem Umstand entschieden entgegenzutreten? Warum reden hinterher alle über PISA? Es wäre Aufgabe der Behörde gewesen, vorher über PISA zu reden.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Selbst als bildungspolitische Ereiferer zum Boykott aufgerufen haben, kam kein entschiedenes Wort der Senatorin.

Drittens: Der Test dauerte einen beziehungsweise zwei Tage. Das Sammeln der Daten braucht auch seine Zeit, sagen wir einige Wochen. Die detaillierte Auswertung braucht sogar Monate und das ist auch gut so. Schließlich wollen wir aus den wertvollen Ergebnissen auch wertvolle Erkenntnisse ziehen. Aber dass an einer Schulform, an der Gesamtschule, eine Beteiligung von gerade mal 60 Prozent zustande kommt, das muss ich doch schon frühzeitig merken. Wenn ich nur 60 Prozent Kaffeepulver in meine Kanne tue, dann sehe ich doch, der wird zu dünn, den kann ich am Ende gar nicht trinken. Warum hat die Behörde nicht darauf bestanden, frühzeitig in Kenntnis gesetzt zu werden, statt sich nachher über zu dünnen Kaffee zu beklagen?

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Man hätte doch einen Löffel obendrauf geben können. Rudolf Lange hat dann zügig alles getan, damit eine Nacherhebung in dieser Stadt stattfinden konnte. Es war dann die OECD und nicht die Schuld der jetzigen Behördenleitung, die gesagt hat, der Kaffee ist nicht nur dünn, der ist bereits kalt. Kalt und dünn haben wir ihn von der alten Behördenleitung vorgesetzt bekommen. Das wird sich nicht wiederholen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Meine Damen und Herren! Die neue Regierung steht dazu. Nicht nur Bildung hat Priorität, auch der Bildungsvergleich ist wichtig. Rudolf Lange hat bereits den Grundstein für einheitliche Bildungsstandards in den Bundesländern in Deutschland gelegt. Dazu gehört auch, dass man sich mit anderen misst, dass man sich mit anderen vergleicht und dass man sich kritisch prüft. Wir haben keine Angst vor

(Martin Woestmeyer FDP)

- A einem Vergleich. Wir werden alles tun, um dabei zu sein, wir werden alles tun, um 2012 ganz vorne dabei zu sein. – Danke.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Herr Buss.

Wilfried Buss SPD: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Woestmeyer, erneut haben wir – wie in manchen Ausschüssen auch – wieder einmal nette Worte der Lobhudelei auf unseren FDP-Bildungssenator gehört.

(Martin Woestmeyer FDP: Da werden Sie jetzt sicher mit einstimmen!)

Sie haben sich zwar mit Dingen beschäftigt, aber wenig habe ich zur Konsequenz aus PISA, viel habe ich zu einer Geschichte gehört, die inzwischen niemanden mehr interessiert,

(Martin Woestmeyer FDP: Da Sie das nicht interessiert!)

nämlich die Umstände, was PISA E angeht. Anstatt nach vorne zu blicken, habe ich festgestellt, dass sich Ihre Partei, die so viel zur Bildung beitragen will, mit Geschichtsgeschichten und nicht mit irgendwelchen Konzepten beschäftigt, die die Zukunft braucht, die gerade die Schüler brauchen, um die es geht und die Sie am Anfang erwähnt haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

- B Ich finde es besonders bemerkenswert, Herr Woestmeyer, dass Sie die Hamburger Abiturienten so schlecht machen.

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Die sind so schlecht!)

Ich finde es unverantwortlich. Woher wollen Sie das denn wissen? Es gibt nirgendwo den Vergleich. Es ist immer wieder die Wiederholung von Märchen,

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie erzählen die größten Märchen!)

dass das Hamburger Abitur schlecht sei. Das stimmt überhaupt nicht. Es ist vor allen Dingen so, dass die PISA-Siegerländer noch ganz andere Quoten haben. Da kommt es nicht allein auf die Quantität an, wie Sie in der Tat sagen, schließlich haben wir ja 34 Prozent, aber das ist noch gar nichts gegen die skandinavischen Länder. Die haben 70 Prozent. Das haben Sie selber doch erfahren dürfen. Sie können natürlich sagen, das ist ja alles ganz schlimm, dann müssen ja nach Ihrer These alle Leute überhaupt nichts können. Aber wo liegen die denn? Ganz vorne bei PISA trotz dieser vielen Abiturienten. Ich erwarte jetzt von Ihnen entsprechende Konsequenzen. Und was kommt dann? – Kalter Kaffee, um bei Ihrer Wortwahl zu bleiben.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir erleben heute eine sensationelle Premiere. Es ist die erste Drucksache des amtierenden Senates nach der Wahl, die sich mit Schulpolitik beschäftigt. Es ist in der Tat die erste Drucksache, die uns hier vorliegt, in der deutlich wird, welche Handschrift diese Regierung in dieser Frage zu schreiben gedenkt. Aber wer hat denn diese entsprechende Drucksache, über die wir heute reden, letztendlich evo-

ziert? Da haben wir nämlich eine Große Anfrage, Drucksache 17/1008, die heute auch auf der Tagesordnung steht, die Große Anfrage der SPD-Fraktion zu den Konsequenzen aus PISA. Und von wann ist die? Vom 12. Juni mit der Antwort Anfang Juli. Dann stelle ich fest, dass wir als SPD-Fraktion uns schon intensiv mit PISA befasst haben,

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie haben es auch nötig!)

als Sie, liebe FDP, noch damit beschäftigt waren, die Schadensbegrenzung wegen der Affären Ihres hochgeliebten FDP-Senators hinzubekommen.

(Beifall bei der SPD)

Was stellen wir als SPD-Fraktion bei der vorliegenden Drucksache, über die wir jetzt debattieren, fest? Er brauchte doch für diese Drucksache nur die Gesamtkonzeption unserer Anfrage und der Antwort darauf zusammenzutragen. Das war alles. Deswegen stelle ich für unsere Fraktion fest, meine Damen und Herren: Wir sind in der Bildungspolitik besser.

(Beifall bei der SPD – Lachen bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das glauben Sie doch selbst nicht! – Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Da müssen Sie ja selber lachen!)

Ein Großteil der Initiativen, die Ihr hochgelobter Rudolf Lange hier hat aufschreiben lassen, stammt doch aus der Zeit, als Rosemarie Raab und Ute Pape Schulsenatorinnen waren und auf die sich abzeichnenden Probleme des Schulwesens – die sind nämlich seit Mitte der Neunzigerjahre bekannt, wenn Sie zum Beispiel die Interviews mit Herrn Baumert lesen würden, dann wüssten Sie so etwas – entsprechend reagiert haben. Darauf werde ich jetzt im Laufe dieser Debatte kommen, meine sehr verehrten Damen und Herren von der Regierungskoalition, darauf baut letztendlich nur das auf, was Sie hier großartig verkünden wollen.

Was haben wir denn da? Da haben wir die Einführung der Verlässlichen Halbtagsgrundschule, damit es besser wird, was die Bildungschancen angeht. Da haben wir mehr Unterricht in den Grundschulen in den Fächern Deutsch und Mathematik. Da haben wir zum Beispiel die Einführung der Fremdsprache Englisch ab der dritten Klasse. Da haben wir eine stärkere Ausbildung für die Lehrerinnen und Lehrer, was Deutsch als zweite Fremdsprache angeht.

(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wir reden über PISA!)

– Frau Freund, haben Sie denn diese Drucksache Ihres geliebten Senators nicht gelesen? Genau das steht doch darin. Da steht doch drin, wie man darauf entsprechend reagieren will. Das baut alles genau darauf auf. Da kommt nämlich zum Beispiel so etwas wie Reform von Lehrerbildung. Wer hat denn das angeschoben? Wer war denn das? Doch nicht etwa Rudolf Lange.

(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das hätten wir auch Jahre früher machen können! Dann hätten wir jetzt bessere Ergebnisse!)

– Ach, du liebes bisschen. Nein, da haben Sie sich dann wieder mit irgendwelchen anderen historischen Geschichten beschäftigt.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

C

D

(Wilfried Buss SPD)

- A Ich stelle fest: Diese ganze Drucksache baut auf den Dingen auf, die wir, Rotgrün, hier angefangen haben. Deswegen stelle ich erneut fest: Wir sind besser.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zu den konkreten Ergebnissen und der Reaktion, die der Senat gezeigt hat, meine Damen und Herren, das angeblich beste Bildungssystem der Welt – das ist ja traurig genug für Deutschland insgesamt –, muss ich feststellen: Es ist das unsocialste, wenn es um Bildungschancen geht. Wir müssen feststellen, dass jeder vierte Schüler zu einer Risikogruppe gehört, die Probleme machen wird, was zum Beispiel die Mitbestimmung im gesamten demokratischen Gemeinwesen angeht. Wir stellen fest, dass es eine unheimlich breite Streuung, ja die größte Streuung des Altersjahrgangs aller Fünfzehnjährigen gibt, was die entsprechenden Schulklassen angeht. Und warum? Weil wir ein unheimlich ausgeklügeltes System von Sitzenbleiben, Wiederholen und von Schulformwechslern haben. Das ist eine Vergeudung von Lebenszeit, die da stattfindet. Wir haben schlechte Bildungschancen, mit die schlechtesten, was die Kinder aus Migrantenfamilien und deren Zukunft angeht.

(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Wie ihr dreizehnjähriges Abitur!)

Ich zitiere nur aus der eigenen Senatsdrucksache, meine Damen und Herren, wenn Sie sich darüber aufregen wollen, dann müssen Sie sich mit Ihrem Senator unterhalten. Mehr ist es doch gar nicht.

(Beifall bei der SPD und bei Manfred Mahr GAL)

- B Ich zitiere ganz sachlich das, was da drin steht. Es fällt mir wieder auf – genau wie im Schulausschuss –, dass Sie anscheinend Ihre eigenen Vorlagen nicht gelesen haben.

Ich stelle weiterhin fest, dass die Inhalte des Unterrichts viel zu wenig anwendungsorientiert sind. Hohe Zugangshürden für das Gymnasium ergeben nicht zwangsläufig, wie Sie uns hier glauben machen wollen, ein hohes Lernniveau in dem Gymnasium.

(Hartmut Engels CDU: Wie in Bayern!)

Leistung auch dort nicht, mein lieber Herr Engels, sonst würde das doch ganz anders aussehen.

(Hartmut Engels CDU: Dann gucken Sie sich doch mal die LAU-Studie an!)

– Leistungsheterogene Schulsysteme, Herr Engels, sind laut PISA besser als das dreigliedrige Schulsystem. Ich stelle wiederum fest: Die Hamburger Regierung hat frühzeitig darauf gesetzt, auch wenn es Ihnen nicht passt, Gesamtschulen zu fördern. Also, meine Damen und Herren, wir sind besser.

(Beifall bei der SPD – Hartmut Engels CDU: Das ist Unsinn! Gerade die Gesamtschulen sind am schlechtesten gewesen!)

Zu den Details, meine Damen und Herren, will ich kurz etwas sagen.

(Zurufe)

Die ganze Zeit rede ich zu der Drucksache Ihres Bildungsensors. Auch wenn Ihnen das nicht passt, es steht da drin.

(Zurufe)

C Es ist interessant, dass Sie das aufregt. Das ist genau wieder der Punkt. Das können Sie nämlich nicht ab, wenn mal kritisch nachgefragt wird zu dem, was Sie ansonsten an Lobhudeleien bringen.

Wenn Sie von entsprechenden Sprachstandserhebungen und von Screenings reden, was ist denn mit den 10 Prozent, die Sie nicht erreichen, weil sie weder in der Vorschule noch in der Kita entsprechend anzutreffen sind? Dazu finde ich überhaupt nichts. Wie wollen Sie die denn erreichen? Dazu würde ich gerne etwas hören.

Die Verbesserung in den Grundschulen, die Sie dort erwähnen, alles, was Sie dort anführen, auch die lobenswerte Idee der dreijährigen Eingangsstufe, also Klassenstufe 0 bis 2, ist doch alles Vorarbeit von Rotgrün, mein lieber Kollege.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch GAL)

Ich stelle erneut fest: Wir sind besser.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Selbstbewusstsein haben Sie ja noch!)

Sie stellen vor dem Hintergrund von PISA tatsächlich fest, dass wir noch schärfere Unterscheidungen zwischen Hauptschülern und Realschülern machen müssen. Ich habe mir sagen lassen, dass möglicherweise sogar die integrierte Haupt- und Realschule, die wir auch eingeführt haben, um diesen Schülern mehr Chancen zu geben, im Schulgesetz gar nicht mehr weiter Beachtung finden soll.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sie vergehen sich an den leistungsfähigen Schülern!)

D Gleichzeitig ist Ihre einzige Konsequenz, dass Sie sagen wollen, na ja, dann sollen sie mal versuchen, am Ende der neunten Klasse in die Realschule rüberzuflutschen, aber gleichzeitig wollen Sie die strikte Trennung der Bildungspläne einführen. Ja, wie sollen denn die Hauptschüler, die einen völlig anderen Bildungsplan haben, den Anschluss an die Realschüler noch schaffen? Das ist doch gar nicht mehr möglich. Das ist Ihre Form von Integration.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Das kann man an Hamburger Schulen erkennen, welchen Unsinn Sie reden!)

Ein letzter Punkt. Sie werfen uns in bewährter Form, wenn Sie meinen, dass das passt, vor, Standardsicherung sei nicht unser Thema, Kuschelpädagogik und so weiter. Dann zitiere ich nur die Seite 7 dieser Drucksache 17/1369. Da heißt es:

„Hamburg hat in den zurückliegenden Jahren ein Bündel von Maßnahmen zur Standardsicherung auf den Weg gebracht. Diese Maßnahmen reichen von den Erhebungen zu ... LAU ... bis hin zur Einführung von Vergleichsarbeiten in den Klassenstufen 3, 6, 8, 9 ... bzw. 10.“

So viel zu Ihrem Vorwurf, die rotgrüne Regierung hätte nichts davon halten wollen, was denn Standardsicherung und Leistungsvergleiche angeht.

Ich stelle auch hier fest: Wir sind besser.

(Beifall bei der SPD – Unmutsäußerungen bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

(Wilfried Buss SPD)

- A Meine Damen und Herren! Ich bin der festen Überzeugung, dass auch die Bevölkerung feststellt: Nicht das ist besser, wir sind besser.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Herr Drews.

Wolfgang Drews CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte zu den beiden Drucksachen zurückkommen und den teilweise kabarettistischen Einschüben von Herrn Buss einige Sachargumente entgegenhalten,

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Unmutsäußerungen bei der SPD)

die nicht so einfach sind, um sie damit zu erklären: Wir sind besser als Sie oder Sie. Denn, meine Damen und Herren, Herr Buss, natürlich haben Sie auch begriffen, dass die Probleme von PISA als bundeseinheitlich national festgestellten Test für Deutschland in 16 Bundesländern Ergebnisse hervorgebracht hat, die ganz generell, wenn man sich die Ergebnisse anguckt, zunächst einmal per se für die Bundesrepublik Deutschland nicht ursächlich in dem einen Bundesland etwas mit roter oder schwarzer Bildungspolitik zu tun haben, aber generell mit Defiziten in Gesamt-Deutschland zu tun haben und über diese Defizite müssen wir reden.

- B Meine Damen und Herren! Die Diskussionen über die PISA-Studie und die nationale Ergänzungsstudie E wurden in den letzten Monaten in einer Form geführt, wie wir Sie – zumindest die letzten Jahrzehnte – in Deutschland noch nicht erlebt haben. Während das enttäuschende Abschneiden von Deutschland auf internationaler Ebene diskutiert wurde, riefen die Hamburger Ergebnisse keinen derartigen Aufschrei oder breit angelegte Diskussionen hervor. Und dieses, Herr Buss, ist zumindest bisher in zweifacher Hinsicht bemerkenswert.

Zum einen ist Hamburg nach Berlin das einzige Bundesland, in dem nicht die erforderliche Mindestbeteiligung von 80 Prozent aller Schulformen erreicht wurde. Unter der Vorgängerin von Schulsenator Lange wurde also versäumt, eine ausreichende Beteiligung zu erreichen. Zum anderen sind die erzielten Ergebnisse des Bundeslandes Hamburg im bundesdeutschen Vergleich in ähnlicher Weise wie die Ergebnisse der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich katastrophal. So haben die getesteten Hamburger Gymnasien mit einem dreizehnten und einem vierzehnten Platz im Zeitraum April bis Juni 2000 in der unteren Leistungsgruppe abgeschnitten. Das sind erst einmal die Fakten.

Meine Damen und Herren! Wir sprechen hier natürlich nicht einfach nur über einen sportlichen Wettkampf. Ich möchte noch einmal auf einige Punkte eingehen, die die PISA-Studie als solche sehr sachlich, sehr nüchtern und in aller Klarheit festgestellt hat, zunächst einmal als Lehren für die Bundesrepublik Deutschland. Darunter wäre dann der Schnitt nach dem Motto: Jeder sucht sich aus der Bibel das heraus, was für seinen jeweiligen Sonntag gerade passt. Sie haben nicht die Bibel genommen, Herr Buss, aber der nächste Sonntag ist für Sie von einiger Bedeutung. Vor diesem Hintergrund sind Ihre schlichten Worte, wir sind besser, zu verstehen und wir haben es auch so verstanden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP) C

Meine Damen und Herren! Mit Blick auf Bayern wird von der SPD immer wieder kritisiert, dass dieses Bundesland mit 26,6 Prozent den geringsten Gymnasialanteil aufweist; Frau Ernst hat das mehrfach erwähnt.

(Britta Ernst SPD: Richtig!)

Wie wir durch PISA E wissen, ist tendenziell festzustellen, dass in Hamburg ein hoher Gymnasialanteil allerdings mit niedrigeren Leistungsmittelwerten an dieser Schulform einhergeht. Wir sagen ganz frei von jeglichem roten oder schwarzen Oppositions- oder Regierungslager, dass wir als CDU-Fraktion und auch als Regierungsbündnis in Hamburg der Ansicht sind, dass jeder Schüler zunächst einmal die Möglichkeit haben muss, den höchsten Schulabschluss der allgemein bildenden Schulen, das Abitur, zu erreichen, ohne Berücksichtigung der sozialen Herkunft. Wenn wir uns in diesem Zusammenhang einig sind, haben wir schon viel erreicht.

Meine Damen und Herren! Wie sieht die Realität in Hamburg derzeit aber aus? Wir haben an den Gymnasien eine breite Leistungsstreuung. Soziale Barrieren sind leider vorhanden, das steht in den LAU-Studien mehrfach drin und in einigen Bereichen, beispielsweise Mathematik, gibt es erhebliche Probleme, die Leistungsstandards zu erreichen und zu sichern. Diese Erkenntnisse sind nicht neu und sie gelten nicht nur für die Gymnasien.

Meine Damen und Herren! Wir hätten in Hamburg in den letzten Jahren viel erreicht, wenn das Augenmerk des rot-grünen Senates nicht nur auf die Expansion des Gymnasialanteils alleine gerichtet wäre, sondern, Herr Buss, und das müssen Sie in der Debatte auch sagen, vordringlich auch darauf gerichtet wäre, dass die 1700 Schülerinnen und Schüler, die jedes Jahr die allgemein bildenden Schulen ohne Schulabschluss verlassen, endlich verringert worden wäre. Auch dieses ist ein Beitrag, der mit PISA insofern einhergeht, als dass es darum geht, Chancengerechtigkeit in Form von Abschlüssen zu erzielen, die auf die zukünftigen beruflichen Chancen in unserer Gesellschaft abzielen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Herr Buss, Sie haben natürlich aus gutem Grund verschwiegen, dass es ein Armutszeugnis für die Bildungspolitik der von Ihnen jahrzehntlang geführten Schulbehörde ist, dass sich gerade in Bereichen, die mit sozialer Kompetenz zu tun haben, die Sozialdemokraten mit ihrem Wort, wir sind Hamburg, die letzten Jahre der Problematik nicht angenommen haben, dass sich nämlich die zentralen Ergebnisse, die jetzt PISA zutage gefördert hat, mit denen der Hamburger Lernausgangslagenuntersuchungen der Klassenstufen 5, 7 und 9 weitgehend decken. Die sozialen Barrieren müssen Ihnen doch wie ein Stachel im sozialdemokratischen Fleisch schmoren und Sie haben nicht die Kraft gehabt, Sie haben nicht den Mut gehabt, die Veränderungen herbeizuführen, sei es unter Senatorin Raab oder Pape, dass diese entsprechenden Defizite wirklich zu einer Chancengerechtigkeit in dieser Stadt führen. Und das sind nicht meine Worte, Herr Buss.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das sind die Worte der Experten im Schulausschuss in den Anhörungen, die vielfach sogar noch ein sozialdemokra-

(Wolfgang Drews CDU)

- A tisches Parteibuch haben, die gesagt haben, dieses ist etwas, was Hamburg die letzten Jahre nicht erreicht hat. Wir haben keine schulische Chancengerechtigkeit in dieser Stadt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Es ist schon bemerkenswert, Herr Buss, dass auch Sie in Ihrem äußerst sachlichen und fundierten Redebeitrag nicht in irgendeiner Form Begriffe verwendet haben, die vor zwei Jahren zumindest noch Politikern Ihrer Partei überhaupt nicht von den Lippen gingen, wie verbindliche Leistungsstandards, Evaluation,

(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Gut abgeschrieben!)

externe Begutachtung, regelmäßige Bildungsberichterstattung, Vergleichbarkeit.

Ich kenne doch die Diskussionen im Schulausschuss, wenn wir darüber geredet haben und es entweder hieß, wir haben das Geld nicht oder es klappt aus irgendwelchen anderen Dingen nicht. Es gab immer Gründe für Sie, aber diese Begriffe sind mit Sicherheit keine sozialdemokratischen Begriffe, sondern sie sind Fremdworte für Sie gewesen und es sind Fremdworte für Sie auch heute noch.

Meine Damen und Herren! Kommen wir zu den entsprechenden Handlungsfeldern der Kultusministerkonferenz zurück. Bei der Veröffentlichung der PISA-Studie hat die Kultusministerkonferenz Handlungsfelder bekannt gegeben, die für Deutschland generell in den nächsten Jahren wichtig sind. Interessant ist, dass, bevor diese Handlungsfelder veröffentlicht wurden, der Koalitionsvertrag von CDU, FDP und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive in dem entsprechenden Regierungsbündnis auf etliche Grundlagen aufmerksam gemacht hat, die auch schon von meinem Kollegen Woestmeyer in Teilen erwähnt worden sind und die tatsächlich im Alltag jetzt auch durch Schulsenator Lange umgesetzt werden. Ich will Ihnen einige ganz konkrete Beispiele nennen.

Das Handlungsfeld Nummer 1 der Kultusministerkonferenz lautet: Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenz im vorschulischen Bereich. Herr Woestmeyer hat die Notwendigkeit angesprochen, ich will es nicht wiederholen und Sie nicht langweilen. Aber ich möchte auf einige konkrete Beispiele eingehen.

Nehme ich ein Beispiel, das dieser Senat sehr schnell umgesetzt hat – ich will Ihnen konkrete Erfolge nennen, die wir in diesem Punkt gemacht haben –, das Angebot der Deutschkurse für Mütter zweisprachiger Kinder bei der Hamburger Volkshochschule – ein grünes Steckpferd von Ihnen, Frau Goetsch, Sie müssten jubeln – von 32 auf 45 Kurse innerhalb eines Jahres, des Jahres 2000, zu erhöhen.

(Christa Goetsch GAL: Das haben wir doch angefangen!)

Trotz knapper Haushaltsmittel wurden 25 000 Euro zusätzlich bereitgestellt.

(Beifall bei Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive, Burkhardt Müller-Sönksen und Martin Woestmeyer, beide FDP)

Ein neuer Bildungsplan mit dem Schwerpunkt Sprachförderung für die Ausbildung der Erzieherinnen liegt vor und 400 Unterrichtsstunden wurden für den Bereich Kommu-

nikation und Sprache bereitgestellt sowie eine verbesserte frühzeitige Sprachförderung auch im Kita-Bereich. Das Screening-Verfahren hatte mein Kollege Woestmeyer schon erwähnt. Hier soll eine flächendeckende Einführung erreicht werden, um eine gezielte und frühzeitige Sprachförderung zu ermöglichen.

Herr Buss, Ihre Anregung, zu fragen, ich möchte von Ihnen erst einmal wissen, wie Sie die 10 Prozent decken, da hätte ich von Ihnen mal eine Aussage dahin gehend gehört, wie klasse das ist, dass wir nach elf Monaten überhaupt in der Lage sind, anzugehen, 90 Prozent umzusetzen, und frage Sie, warum haben Sie es die letzten Jahrzehnte nicht geschafft. Das ist die Frage, meine Damen und Herren, und nicht nach den 10 Prozent, die wir noch nicht erreicht haben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – Wilfried Buss SPD: Das haben wir doch vorbereitet!)

Ich bin mir allerdings nicht so sicher, Herr Buss, ob Sie für die 10 Prozent, die Sie hier als Frage in den Raum geworfen haben, wirklich die richtigen Vorschläge haben, wäre aber sehr interessiert daran, damit wir darüber dann im Schulausschuss diskutieren können.

Das zweite Handlungsfeld der Kultusministerkonferenz lautet: Maßnahmen zur besseren Verzahnung von vorschulischem Bereich und Grundschule. Dazu gibt es eine ganze Menge und das dritte Handlungsfeld hängt damit zusammen: Maßnahmen zur Verbesserung der Grundschulbildung und durchgängige Verbesserung der Lesekompetenz und des gründlichen Verständnisses mathematischer und naturwissenschaftlicher Zusammenhänge. Diese beiden Bereiche werden in den noch folgenden PISA-Studien behandelt. Trotzdem ist schon wichtig, dass wir heute darüber reden, damit wir in der Tat bei den mathematisch-naturwissenschaftlichen Dingen nicht so schlecht abschneiden wie bei den Lesekompetenzen.

(Wilfried Buss SPD: Haben wir eingeführt!)

Deswegen, Herr Buss, sind wir schon ziemlich weit. Ich will Ihnen konkrete Beispiele nennen:

Die Neufassung der Richtlinie zur Erziehung in den Vorschulklassen soll bereits zum Schuljahresbeginn 2003/2004 wirksam werden. Damit wird genau diese vorschulische Sprachförderung gestärkt und die Kontinuität des Erziehungsprozesses verbessert. Darüber hinaus – das ist noch nicht alles, das geht noch weiter – soll für das Schuljahr 2003 die Erprobung des neuen Bildungsplans der Grundschule vorgesehen werden, in dem verbindliche Standards auf die Ziele und Inhalte und die Leistungsanforderungen festgeschrieben werden. Wir sind mit Voll-dampf dabei.

Dritter Punkt. Dieses nicht nur für die Primarstufe, sondern für die Sekundarstufen I und II. Wir denken weiter und gehen das jetzt schon an. Drei konkrete Beispiele zu diesen Handlungsfeldern.

Handlungsfeld Nummer 5 der Kultusministerkonferenz lautet: Maßnahmen zur konsequenten Weiterentwicklung und Sicherung der Qualität von Unterricht und Schule auf der Grundlage von verbindlichen Standards sowie eine ergebnisorientierte Evaluation. Was ist das? Genau das, was wir die letzten Jahre immer gefordert haben: Evaluation, das ist es, die Vorgabe verbindlicher, jahrgangsbezogener Standards und Qualitätskriterien. Und was machen wir? Wir erarbeiten neue Bildungspläne. Da kommt es rein, und

C

D

(Wolfgang Drews CDU)

- A zwar – wie in der Drucksache 17/1369 angekündigt – soll damit die Vergleichbarkeit der Abschlüsse durch die Einführung zentraler Elemente in allen Abschlussprüfungen Wirklichkeit werden.

Letzter Punkt: Handlungsfeld Nummer 7: Maßnahmen zum Ausbau von schulischen und außerschulischen Ganztagsangeboten mit dem Ziel, erweiterte Bildungs- und Fördermöglichkeiten, insbesondere für Schülerinnen und Schüler mit Bildungsdefiziten und besonderen Begabungen. Klar, das liegt uns allen am Herzen, Ganztagschulen, Modewort, insbesondere auch für Sie nach den letzten Jahrzehnten der Regierungsverantwortung.

(Krista Sager GAL: Erfolge der Bundesregierung!)

Aber, meine Damen und Herren, für uns Bürgerkoalition ist es eben mehr als nur ein Modewort, es ist ein Bereich, wo wir handeln wollen. Wir sagen nicht, wir wollen in 30 Jahren, sondern wir haben gehandelt. Wir haben nicht nur für dieses Jahr gehandelt, sondern nein, Rudolf Lange wird auch für das nächste Jahr drei weitere, für das Folgejahr noch mal drei weitere und dann noch mal drei weitere bringen.

Meine Damen und Herren! Dieses sind, denke ich, wirklich Erfolge, die sinnvoll sind. Frau Sager, Ihr Einwurf, dass es Erfolge der Bundesregierung sind, zeigt mir, dass Sie von Bildungspolitik nicht ganz so viel verstehen wie vielleicht vom ÖPNV, denn Sie müssen schon sehen, unter welchen Bedingungen der Bundeskanzler knapp vor der Wahl gesagt hat, dass er 4 Millionen Euro aus dem Portefeuille der Steuerzahler packen will. Das ist nämlich eine vorläufige, übergangsweise Förderung. Es geht nicht um eine dauerhafte Förderung, denn Sie wissen vermutlich, dass das Ländersache ist und damit nicht auf Dauer durch den Bund finanziert werden kann und das ist ja das Manko an seinem Vorschlag.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Nein, meine Damen und Herren, wer den Föderalismus in der Bildung will – und selbst der Kanzler hat gesagt, dass der Föderalismus in der Bildung nicht abgeschafft werden soll, selbst der Ministerpräsident Clement hat vorletzte Woche in Berlin nicht gesagt, dass er den Föderalismus bei der Bildung abschaffen will –, der muss zu einheitlichen Vergleichen und soliden Standards auf der Basis von einheitlichen Absprachen kommen, die für alle 16 Länder gelten. Insofern, meine Damen und Herren, ist der Vorschlag der baden-württembergischen Kultusministerin Annette Schavan vollkommen richtig

(Wilfried Buss SPD: Das haben wir aber vorge schlagen!)

zu sagen, was wir brauchen, ist ein Vorschlag in Form eines Staatsvertrages auf der Basis der 16 Bundesländer. Ich würde mich freuen, wenn auch die sozialdemokratischen A-Länder diesem Vorschlag für eine Vereinheitlichung möglichst zügig zustimmen können, denn dieses, Herr Buss, ist das Hinweggucken über den Tellerrand oder das Pult der hanseatischen Rathaus-Politik hinaus. Es geht eben um PISA und PISA ist eine Bundessache und nicht nur eine Sache sozialdemokratischer Versäumnisse in den letzten Jahren in Hamburg.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Letzter Punkt zum Handlungsfeld Nummer 7 sind nicht nur die Ganztagschulen. Ein Punkt, der leider hinten runter-

fällt, aber Ihnen im Schulausschuss immer wichtig ist, wenn Sie nachfragen, aber Sie wissen es. Uns liegt neben den Ganztagschulen natürlich auch die nachmittägliche Betreuung am Herzen, also wollen wir die PROREGIO-II-Angebote nicht unter den Tisch fallen lassen. Rudolf Lange hat auch hier, wie ich finde, mit der Koalition schnell und mutig entschieden, das Beratungs- und Betreuungsangebot mal eben von sechs auf zwölf zu verdoppeln. Ich weiß nicht, was daran komisch ist. Das ist nicht komisch, Frau Goetsch, das ist eine echte Leistung und da gibt es überhaupt nichts, worüber man lachen muss.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Meine Damen und Herren! Man muss allerdings auch sagen, dass der bildungspolitische Reformprozess in Deutschland und Hamburg alleine mit diesen aufgezählten Maßnahmen nicht beendet werden kann. Die Erkenntnisse liegen in Teilen auf dem Tisch, aber wir stellen immer wieder fest, je mehr wir uns mit der Thematik beschäftigen, desto mehr ähnelt das, was bei PISA herausgekommen ist, in Teilen der Cheops-Pyramide. Wir graben und graben und stellen fest, dass wir noch immer nicht am Ziel sind. Dazu bedarf es aber auch der Unterstützung von politischen Bereichen, die bei Haushaltsberatungen immer miteinander rangeln, um entweder zu sagen, wir wollen noch ein bisschen mehr asphaltieren, wir wollen noch ein paar Bäume mehr pflanzen oder wir wollen noch etwas anderes machen. Wir müssen uns generell im Parlament darüber einig sein, dass Bildung in unserer Stadt für die Zukunft unserer Kinder wirklich Priorität hat und Priorität heißt für mich und für uns alle Vorfahrt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Insofern halte ich viele der Vorschläge, die McKinsey vor einer guten Woche in Berlin gebracht hat, zwar nicht für neu, aber für sinnvoll. Ich will nur auf einen wichtigen Punkt eingehen und das ist aus meiner Sicht wirklich der wichtigste, dass wir zügig zu einer Qualitätsmessung und Qualitätssicherung in den Schulen eines Bundeslandes, aber auch innerhalb der Bundesländer kommen. Insofern ist auch ein Schulformvergleich sinnvoll. Und natürlich ist auch PISA für Lehrer, was immer wieder angesprochen wird, etwas, wo wir sagen, dass es sinnvoll ist, dass auch Lehrer sich einem Qualitätscheck stellen müssen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich abschließend deutlich machen: Wir sind mit der PISA-Debatte als der ersten Erhebung wahrlich noch nicht am Ende. Wir werden noch viele Streits führen und wir werden vor allem häufig vielleicht noch einmal aus dem Affekt heraus sagen, wir sind besser. Ich möchte es auf ein anderes Maß zurückschrauben. Wir alle, Herr Buss, glaube ich, sind engagiert dabei, unser Bildungssystem gemeinsam zu verbessern, die Abschlüsse zu verbessern, die Qualität der Abschlüsse zu verbessern und damit zusammenhängend – und das fällt leider bei PISA häufig runter, hängt aber für mich wirklich untrennbar zusammen – die Schülerinnen und Schüler zu befähigen, stärker auf die Ausbildungsberufe und die Anforderungen der sich wandelnden Berufswelt vorbereitet zu sein. Schule ist ja kein Selbstzweck, sondern die Vorbereitung auf das Leben, um letzten Endes einen Beruf zu haben und möglichst lange den Job zu behalten und glücklich zu sein. Dieses ist das, was am Ende stehen muss, und damit zusammenhängend last, but not least, gehört auch, dass wir hier in Hamburg die gesellschaftliche Akzeptanz und die Voraussetzung dafür schaffen, dass

(Wolfgang Drews CDU)

- A lebenslanges Lernen in der Gesellschaft und auch in den Betrieben anerkannt und akzeptiert ist, so wie – Sie haben es in Teilen zu Recht angesprochen – es in Kulturen wie Schweden zum Beispiel der Fall ist. Dazu trägt aber nicht bei zu sagen, wir sind besser, ihr seid schlechter. Ich möchte es auf die abschließende Formel bringen: Lassen Sie uns gemeinsam die Defizite, die wir feststellen, angehen, mit guten Vorschlägen anreichern und dann gemeinsam tragen und umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Frau Freund.

Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir sollten die heutige Debatte einmal dazu nutzen, von dieser völlig überzogenen und haltlosen Kritik der Opposition wegzukommen, denn dass Sie in Hamburg dafür verantwortlich sind, dass ein so schlechtes Ergebnis trotz überdurchschnittlich hoher materieller Einsätze erzielt wurde, ist zweifellos sicher. Sie haben 40 Jahre Zeit gehabt, die Bildungspolitik zu verbessern.

(Unmutsäußerungen und Oh-Rufe bei der SPD und der GAL)

– Ich will gar nicht lange darauf herumreiten, aber ich finde es sehr dreist, hier so laut massiv Kritik zu üben, denn Sie hatten die Verantwortung, die Möglichkeit und die Pflicht.

(Wilfried Buss SPD: Herr Lange!)

– Nein, Herr Lange konnte das noch nicht umsetzen.

- B (Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Sie hatten die Pflicht, eine gesunde Schulpolitik zu betreiben und nicht mit dem Ergebnis, mit dem wir jetzt dastehen. Wenn Bayern nicht auf Platz neun in der Gesamtübersicht stehen würde, wo wären wir dann im Schnitt. Wir sind jetzt auf Platz 20 oder 21, wir wären in Hamburg vielleicht auf Platz 25 oder noch weiter unten. Das ist eine tolle Leistung, die Sie vollbracht haben, das muss ich schon sagen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Wir haben es schwarz auf weiß. Sie sollten einmal selbstkritisch sein und zum Wohle der Hamburger Schüler sagen, jetzt lassen wir das Umdenken und die Reformen zu. Aber was machen Sie? Nichts! Sie schreien hier am lautesten, Sie seien besser.

(Wilfried Buss SPD: Das ist die Wahrheit!)

So etwas Lächerliches habe ich schon lange nicht mehr gehört. Bei diesem erzielten Ergebnis kann ich nur sagen: setzen, zuhören und lernen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Bei PISA E stellen sich ganz einfach drei Fragen.

Erstens: Wie konnte es dazu kommen, dass wir die Mindestquote an Teilnehmern unterschritten haben? Auf den Fehlern und ideologischen Irrwegen Ihrer Bildungssenatorin und einer Ihnen nahe stehenden Gewerkschaft und der Frage, ob diese die Ursache dafür ist, dass Hamburg nicht teilgenommen hat oder nur im gymnasialen Bereich ver-

treten ist, möchte ich gar nicht lange herumreiten. Das ist peinlich genug und das weiß jeder in Hamburg.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP – *Dr. Andrea Hilgers SPD:* Wechseln Sie doch mal das Pferd!)

Zweitens: Wie konnte es dazu kommen, dass die teilnehmenden Schüler so schlecht abgeschnitten haben? Die Schüler in Hamburg sind nicht dümmer oder klüger als anderswo. An der Ausbildung der Lehrer kann es auch nicht liegen, die ist auch genauso wie woanders. Also wird es wohl an den fehlenden festen Bildungsplänen, an den Stoffvorgaben, an der Fehlpolitik in der Schulorganisation inklusive Ihrer Ungleichbehandlung der verschiedenen Schulformen, an der fehlenden Begabtenförderung und vielem, vielem mehr liegen.

Beim dritten und wichtigsten Teil, was die Konsequenzen für die Zukunft sind, werde ich mich etwas länger aufhalten. Dass in einer – ich bemerke noch einmal ganz deutlich: von Ihnen verursachten – so hoch verschuldeten Stadt wie Hamburg nicht unendlich viel mehr Geld ausgegeben werden kann, als das bisher der Fall war, ist selbstverständlich, wenn man nicht riskieren möchte, dass Hamburg bald ganz handlungsunfähig ist. Aber in Hamburg wurde immer überdurchschnittlich viel Geld ausgegeben und das würde, wenn man es günstig, gut und klug einsetzt, auch reichen, eine vernünftige Schulpolitik zu machen. Deswegen finde ich es langsam unverschämt von Ihnen, wenn Sie immer sagen, wir hätten das und das versprochen und jetzt sollten wir einmal investieren. Sollen wir die Handlungsunfähigkeit der Stadt herbeiführen? Ich möchte das nicht, Sie haben schon genug dazu beigetragen.

(Wilfried Buss SPD: Fragen Sie doch mal Herrn Freytag, wie das früher mit den Schulen war!)

Es sind genug Mittel da, um die Qualität zu sichern, und das werden wir jetzt umsetzen.

Ich werde nur einige gravierende Dinge aufzählen, die Sie schlicht und einfach verschlafen haben. Die KMK hatte – Sie haben es auch gelesen – einige Maßnahmen vorgeschlagen, zum Beispiel Maßnahmen zur Verbesserung der Sprachkompetenz bereits im vorschulischen Bereich. Wir haben eben schon vieles von Herrn Drews gehört, ich möchte nur auf einen Antrag, den wir vor einigen Monaten gestellt haben, zurückkommen.

Sie haben jahrzehntelang völlig verschlafen, irgendetwas zu machen, obwohl die Migrantenprobleme schon lange da sind. Wir haben den Antrag gestellt, dass die Grundschullehrer in die zu ihnen gehörenden Kindertagesstätten gehen, und das Projekt ist erfolgreich angelaufen; vielleicht können Sie sich das einmal anschauen. Ich werde es mir nächste Woche auch vor Ort anschauen, habe aber schon Unterlagen, dass es sehr gut ankommt und die Erzieherinnen endlich lernen, wie sie die Sprachförderung der Drei-, Vier- und Fünfjährigen vornehmen sollen.

Das sind als erster Schritt doch ganz einfache Dinge. Warum sind Sie nicht darauf gekommen? Das Problem gibt es doch schon Ewigkeiten und da sagen Sie, Sie seien besser. Ich lache mich tot und Sie lachen ja selber.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der FDP und vereinzelt bei der CDU)

Das ist nur der Vorläufer. Es wird ein Sprachüberprüfungstest erarbeitet und erst dann werden die Schüler eingeschult.

(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Damit sind wir beim zweiten Punkt, bei den Maßnahmen zur besseren Verzahnung von vorschulischem Bereich und Grundschulen mit dem Ziel der frühzeitigen Einschulung. Das ist ein weiterer Punkt der KMK

(Christa Goetsch GAL: Den gibt's seit 1998 in Hamburg!)

und dazu ist anzumerken, dass allein durch den Elternwillen bereits die Zahl der Vorschulklassen in diesem Schuljahr gestiegen ist und in Zukunft natürlich auch weiterhin Klassen mit Fünfjährigen eingerichtet werden, die dann zur Sprachförderung kommen. In diesem Punkt tun wir etwas, was Sie versäumt haben.

Die Maßnahmen zum Ausbau von schulischen und außerschulischen Ganztagsangeboten haben wir schon erwähnt, damit will ich mich nicht mehr lange aufhalten. Sie haben es geschafft, pro Jahr eine einzige Schule mehr einzurichten. Warum haben Sie denn dafür nicht mehr Mittel verwendet? Ihr Noch-Kanzler hat doch gesagt, dass er alle Schulen zu Ganztagsgrundschulen machen wolle. Warum haben Sie da auch geschlafen, das hätten Sie doch schon viel früher umsetzen können?

Zur Verbesserung der Grundschulbildung, zur durchgängigen Verbesserung der Lesekompetenz und zum grundlegenden Verständnis mathematischer und naturwissenschaftlicher Zusammenhänge gibt es zwei sehr wesentliche Ansatzpunkte. Da haben Sie Versäumnisse erzielt und wir werden jetzt versuchen, das nachzuholen. Erstens müssen wir eine Strategie entwickeln, wie wir die Eltern wieder zu mehr Mitarbeit und Mitverantwortung bewegen können. Gerade im Grundschulbereich reichen bei den meisten Eltern die Kenntnisse aus, ihre Kinder zu unterstützen, mit ihnen die Hausaufgaben zu machen und vielleicht auch ein Buch zu lesen, denn das kann man in einer Klasse nicht. Man kann nicht mit 25 oder 30 Kindern ein Buch lesen. Sie haben es versäumt, die Eltern wieder mit in die Pflicht zu nehmen, mit ihren Kindern die Hausaufgaben zu machen, Bücher zu lesen, denn diese Grundkompetenzen werden in der Grundschule vermittelt, müssen aber zu Hause geübt werden.

B

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Zweitens muss auch über eine Veränderung in der Lehrerbildung generell nachgedacht werden. Die Ansprüche an diesen Beruf haben sich in den letzten 30 Jahren erheblich verändert. Sie sind gestiegen und deswegen ist auch eine Anpassung an die Ausbildung der Lehrer dringend erforderlich. Das Institut für Lehrerfortbildung muss zum Beispiel nachfragebezogene Weiterbildungsmaßnahmen anbieten. Die Lehrer müssen auf feste Bildungspläne und Standards geschult werden. Und was wir bei allen Lehrern anstreben sollten und maximal erreichen können, ist, dass sie alle gezielter auf die Ergebnisse ihrer eigenen Unterrichtsarbeit schauen. Der Lehrer sollte zielorientiert arbeiten und nicht nur auf seinen eigenen Unterricht abstellen; darauf muss er auch geschult werden. Er muss auch die Ergebnisse sehen, ob die Kinder lesen und rechnen können; das sollte doch das Ziel sein.

(Vereinzelter Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Wir unterstützen die Lehrer zum Beispiel durch die Verschärfung des Paragraphen 49. Die Lehrer haben es durch Ihre politische Einstellung doch nicht einmal gewagt, einen Schüler irgendwie zu sanktionieren. Wir unterstützen sie

politisch darin, dass es möglich ist, dauerhaft störende Schüler aus den Klassen zu nehmen und den Stoff weiter zu unterrichten und sich auf den Inhalt zu konzentrieren und nicht nur auf Erziehungsmaßnahmen.

C

Es gäbe noch so vieles zu sagen, aber wir haben heute schon unendlich viel zu PISA gehört. Ich denke, dass wir jetzt langsam diese Debatte beenden, aber Ihre Weichspülpolitik war es jedenfalls nicht, die uns nach vorne gebracht hat. Und deswegen sage ich nur: Wir fördern, wir fordern und wir werden bessere Ergebnisse erzielen.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Freund, was die Verschärfung der disziplinarischen Maßnahmen mit PISA zu tun hat, müssen Sie mir erst einmal erläutern – nämlich nichts.

(Katrin Freund Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Damit die Lehrer unterrichten können und nicht nur disziplinieren müssen!)

Wollen wir doch einen Schritt weitergehen. Wir haben heute die europäische Debatte und da ist es doch nur klug, sich einmal die Kernaussagen der Ergebnisse der PISA-Studie anzusehen und wie es bei den PISA-Siegern aussieht. Darauf möchte ich mich jetzt konzentrieren.

Zu den Kernaussagen: Bei uns sind die Schülerinnen aufgrund ihrer sozialen Herkunft und ihres Migrationshintergrunds ganz besonders benachteiligt; Chancengleichheit ist absolut nicht angesagt. In keinem anderen Land gibt es so viele Schülerinnen, die schlecht lesen können; darüber haben wir schon im Dezember diskutiert. In keinem anderen Land gibt es so viele Schülerinnen, die unter der Lesekompetenzgruppe eins rangieren. Im Vergleich zu Finnland stehen wir viermal schlechter da.

D

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Wie viele Ausländer haben die in Finnland?)

Zweitens: Was haben die PISA-Sieger, Herr Ehlers, uns voraus? Wenn wir einmal Schweden, Finnland und Kanada nehmen – das sind vergleichbare Staaten – und vor allen Dingen dort die Metropolregionen wie Hamburg, so haben diese Länder erstens integrierte Systeme und die gegliederten Systeme abgeschafft und zweitens gleichzeitig eine externe starke Leistungskontrolle eingeführt, um die Qualität zu gewährleisten. Sie haben Lehrerinnen, die den ganzen Tag in der Schule sind und im Team arbeiten und sie haben ein System entwickelt, das die individuelle Förderung der Schülerinnen gut gewährleisten kann. Ich will gar nicht auf die ganztägige Kinderbetreuung eingehen, die schon vom dritten Lebensjahr an selbstverständlich ist.

(Glocke)

Vizepräsident Farid Müller (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Wir haben zwar eine bessere Lautsprecheranlage, das heißt aber nicht, dass im Raum weiter und lauter gesprochen werden kann.

Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch (fortfahrend): Wenn es um Sachlichkeit geht, dann können die Damen und Herren der Regierungsfraktion anscheinend nicht zuhören, weil es zu anstrengend ist.

(Christa Goetsch GAL)

- A Erstens: Wir sollten in Hamburg die integrierten Systeme weiterentwickeln; dies sagt auch McKinsey, Herr Drews. Vor allen Dingen sagt McKinsey, dass man Bildung und Soziales zusammenbringen und nicht nur irgendwie oberflächlich ein bisschen Privatisierung und ein bisschen Qualitätssicherung machen muss. Man muss die integrierten Systeme ausbauen und die selektiven letztendlich abschaffen.

Zweitens: Wir müssen weiter daran arbeiten, jeden einzelnen Schüler stark zu fördern und jeden einzelnen Schüler zu erreichen, um Chancengleichheit herzustellen.

Drittens: Wie können wir Hamburg eine starke externe Standardsicherung gewährleisten?

Viertens: Der Kernpunkt im Unterricht ist, wie wir Lese- und Sprachkompetenz und Sprachverständnis aller Kinder verbessern können.

Aber was machen Sie, Herr Lange? Ich will es einmal auf den Punkt bringen: Dort, wo Sie Neues machen, hat Ihre Politik schlichtweg nichts mit PISA zu tun,

(Beifall bei der GAL)

und da, wo Sie vernünftige Dinge machen, ist es nichts anderes als eine Fortführung der rotgrünen Schulpolitik.

(Beifall bei der GAL und vereinzelter Beifall bei der SPD)

Seien wir doch einmal ehrlich: Wer hat denn die empirische Wende in dieser Republik eingeführt?

(Karl-Heinz Ehlers CDU: Ich weiß nur, wer nicht!)

- B Nicht Grün, nicht die SPD-Fraktion, das war Rosemarie Raab und kein anderer, die auch gegen Widerstände LAU eingeführt hat; das muss man hier einmal deutlich sagen.

Die ganze Latte an Maßnahmen ist unter Rotgrün und unter Rot begonnen worden und nicht etwa unter Ihrer Ära. Erklären Sie mir deshalb mal bitte, Herr Lange, was das zwölfjährige Abitur mit PISA zu tun hat. Nichts! Was hat die dritte Sportstunde mit PISA zu tun? Nichts! Hat es etwas mit Aufbruch zu tun, hat es etwas mit Umbau, mit Umstrukturierung zu tun? Mit den Ergebnissen von PISA hat dies nichts zu tun. Es ist keine Schulpolitik, die Kinder aufgrund ihrer sozialen Herkunft oder Migrationshintergrund einbindet und fördert.

Und entgegen allen Ergebnissen der PISA-Studie, und zwar der internationalen, wollen Sie wieder die Hauptschule isolieren. Wer könnte diesen Aufbruch in die Vergangenheit besser als Ihre neue Amtsleiterin, Frau Knipper, in persona symbolisieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Ich habe zehn Jahre lang in getrennten Realschulklassen und Hauptschulklassen als Klassenlehrerin gearbeitet und dann mit integrierten Haupt- und Realschulklassen begonnen. Wir Lehrerinnen und Lehrer sagen – und das sagt auch die Evaluation –, nie wieder Hauptschule, Restschule.

(Beifall bei der GAL und der SPD – Wilfried Buss SPD: Bravo!)

Und Sie machen eine schlechte Politik genau gegen die integrierten Systeme. Gerade diese Systeme haben den gegliederten selektiven Systemen eines voraus, sie haben Unterstützersysteme entwickelt, da die schwächeren Schülerinnen nicht herausgeworfen werden können. Was sind wir froh, dass wir wenigstens im integrierten Haupt-

und Realschulsystem das Hauptschulsyndrom abgeschafft haben.

(Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly übernimmt den Vorsitz.)

Aber Sie wollen aus ideologischen Gründen die integrierten Systeme abschaffen.

Es gibt sicherlich einen Punkt, der nicht ausreichend beachtet wurde, das ist die Qualitätssicherung. Deshalb sind auch nicht nur Vorschläge gemacht worden, sondern die verbindlichen Standards, die Sie jetzt fordern, sind schon unter Rotgrün begonnen worden. Wir sind Ihnen da längst voraus gewesen; unter dem rotgrünen Senat ist mit Vergleichsarbeiten, mit mündlichen Überprüfungen, mit Standards für die sechste, achte, neunte und zehnte Klasse begonnen worden. Das ist also überhaupt keine Erfindung Ihrerseits, sondern dieser Mangel ist schon unter Rotgrün behoben worden.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie setzen sich für mehr Sprachförderung ein, auch das ist richtig. Aber die Pläne haben Sie vorgefertigt in der Behörde in der Schublade gefunden, die waren schon längst erarbeitet.

(Martin Woestmeyer FDP: Da lag so viel drin, aber Sie haben die Schubladen ja zugelassen!)

– Das war fix und fertig und davon haben Sie profitiert. Und was Herr Drews aufgezählt hat, ist alles schon längst unter Rotgrün begonnen worden einschließlich der Mütterkurse in der Vorschule. Es ist gut, wenn Sie das weiterentwickeln, aber Sie müssen das nicht auf Ihre Kappe nehmen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Gott sei Dank konnte der Unsinn von Frau Freund mit den Sprachtests verhindert und in ein vernünftiges Sprachstanderhebungsverfahren weiterentwickelt werden. Ich kann es nur noch einmal wiederholen: Wo Sie Neues machen, hat Ihre Politik schlichtweg nichts mit PISA zu tun. Vernünftige Dinge, wie auch PLUS – Projekt Lesen und Schreiben –, sind eine Fortführung des alten rotgrünen Senats.

(Wolfgang Drews CDU: Sie machen es sich ein wenig zu einfach, Frau Goetsch!)

Dass Sie uns heute noch erzählen, dass Sie mit 300 bis 400 Lehrerstellen weniger und weniger Geld in der Lehrerinnenausbildung bessere Politik machen wollen, glaubt Ihnen in der Stadt sowieso keiner mehr.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Sie schaffen genau das Gegenteil, nämlich zu große Klassen. Sie blockieren die individuelle Förderung, indem Sie über 8000 Teilungs- und Differenzierungsstunden streichen. Sie fördern die frühe Selektion und die nochmalige Selektion nach Klasse 5. Die Schweden und Finnen, die gerade letzte Woche wieder zu Besuch waren, können über so viel Unsinn nur staunen.

Gehen Sie an die Schulstrukturen heran, die PISA-Sieger haben uns das vorgemacht. Was würde es für einen Ruck in den Schulen geben, wenn keine Hamburger Schule in der Sekundarstufe I, egal ob Gesamtschule, Gymnasium oder Haupt- und Realschule, mehr Schülerinnen in das nächstfolgende System nach unten abgeben dürfte; da würde etwas passieren.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

(Christa Goetsch GAL)

- A Schaffen Sie kleinere Klassen, in Helsinki und Stockholm gibt es keine Gruppe über 24. Erst, wenn Sie sich hier auf den Weg machen, dann betreiben Sie eine Politik, die mit den PISA-Ergebnissen etwas zu tun hat. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Senator Lange.

Senator Rudolf Lange: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Damen und Herren von der Opposition sind wirklich zu bedauern,

(Krista Sager GAL: Nö, uns geht es gut!)

denn sie wissen nicht, wofür sie sich entscheiden wollen und sollen, denn wenn, wie Sie gerade erzählen, Frau Goetsch, die Finnen sagen, was für ein Unsinn das hier sei, dann ist das der Unsinn, den Sie die letzten 40 Jahre verzapft haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und Zuruf von Wilfried Buss SPD)

Sie sind auch innerlich richtig hin- und hergerissen – Herr Buss, auf Sie komme ich gleich –, denn einerseits loben Sie den Schulsenator, dass er all das fortführt, was Sie alles richtig auf den Weg gebracht haben,

(Christa Goetsch GAL: Das ist ja auch okay!)

andererseits finden Sie, dass es völlig unmöglich ist, wie ich die Amtsgeschäfte führe. Da müssen Sie sich für irgend etwas entscheiden, beides geht nicht.

- B (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Herr Buss, dass man fünfmal einen Satz wiederholt, damit man dann endlich dran glaubt, das kennen wir eigentlich nur aus dem kindlichen Gehabe. Ich muss mir sagen, ich bin gut, ich bin wirklich gut, ja, ich bin gut und dann glaube ich zum Schluss daran.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich nehme aber eher an, dass Sie fünfmal Anlauf genommen haben,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Das sollten Sie mal versuchen!)

Ihren Satz aber nicht richtig zu Ende gebracht haben, sonst hätten Sie es nicht so oft sagen müssen, denn der Satz sollte wahrscheinlich lauten: Wir sind besser in der Opposition aufgehoben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Und bevor Frau Raab zur Ikone der empirischen Wende hochstilisiert wird: So richtig gut bekommen ist ihr das nicht, was sie alles eingeführt hat.

Aber ich möchte einmal aus einem Papier des Parteivorstands der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom August 1999 zitieren. Das betrifft unmittelbar die PISA-E-Erhebung und die Beteiligung in Hamburg. 1999, bevor es losging, schreibt der Parteivorstand der SPD an alle entsprechenden Minister:

„Mit der Konzeption der Stichprobe wird die Entscheidung über die Auswertung der Ergebnisse und damit

über die Richtung ihrer Diskussionen im Ländervergleich getroffen. Ich habe den Eindruck, dass die B-Länder“ C

– also die CDU-Länder –

„ihre Interessen an der Stichprobe angemeldet haben und die A-Länder“

– die SPD-Länder –

„in Kauf nehmen, für ihre Schulpolitik an den Pranger gestellt zu werden. Das wäre mehr, als ungewollte Nebenwirkungen auf sich zukommen zu lassen, es wäre eine Art Selbstverurteilung der Reformpolitik der letzten 30 Jahre.“

Das hat man in der SPD richtig erkannt und zitiert wurde Staatsrat Lange, der auf diese Schwierigkeiten, die es wohl für die SPD machen würde, wenn PISA in Deutschland im Bundesländervergleich erhoben werde, hingewiesen hat. Das ist interessant und damit kann man die Sache zu den Akten legen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Meine Damen und Herren! Das miserable Abschneiden vieler jahrzehntelang SPD-regierter Länder im nationalen Vergleich hat den bildungspolitischen Hochmut, der an den Tag gelegt wurde – ich habe das selbst in der KMK am Anfang noch erlebt –, sehr deutlich leiser werden lassen. Sie hätten einmal die betretenen Gesichter der SPD-Kollegen sehen sollen, als PISA E vorgestellt wurde.

Dass Hamburg, das bei diesem Vergleich nur mit den Gymnasien vertreten war, dort auch einen der letzten Plätze belegt, stimmt uns alle traurig, nur eines ist auch klar: Herr Buss, nicht Herr Woestmeyer hat das Hamburger Abitur schlecht gemacht, er hat nur darauf hingewiesen. Sie haben es schlecht gemacht, denn Sie waren für die Bildungspolitik zuständig. D

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Und die massive öffentliche Kritik an den Leistungen der Hamburger Schulabgänger wird offenkundig, denn immer mehr Ausbildungsbetriebe – hier bekommt das Ganze eine heftige soziale Komponente – haben sich nicht mehr auf die Zensuren in den Zeugnissen verlassen können, die in Hamburg erteilt wurden, sondern mussten sich meist mit eigenen Tests ein Bild von der Leistungsfähigkeit der Bewerber machen und sich dann, sehr zum Leidwesen unserer Hamburger Schulabsolventen, für Kandidaten aus anderen Bundesländern entscheiden.

Der alte Senat hat diese offensichtlichen Probleme stets geleugnet und nicht auf den Tisch gelegt. Stattdessen wurde immer behauptet, die Lehrpläne seien ziel- und leistungsorientiert, der Unterricht würde straff und effektiv geführt und die Zensuren würden nach überprüfbaren Maßstäben gegeben. Alle Versuche der früheren Oppositionsparteien, hier Einhalt zu gebieten, wurden niedergestimmt.

Als die ersten Lernausgangsuntersuchungen vorlagen – das ist nun schon fünf Jahre her –, gab es auch kein Umdenken. Ich erinnere daran, dass bei LAU 5 deutlich wurde, dass es innerhalb der Hamburger Grundschulen einen Leistungsunterschied von bis zu anderthalb Jahren gibt. Konsequenzen wurden nicht gezogen, allenfalls was die Leitung der Behörde anbetrifft.

Auch die Ergebnisse der TIMMS-Studie, wo Deutschland im internationalen Vergleich zum ersten Mal weit hinten lag,

(Senator Rudolf Lange)

- A haben bei Ihnen mehr zu Diskussionen darüber geführt, welche unmenschlichen Systeme in anderen Ländern vorherrschen, zum Beispiel im asiatischen Bereich. Diese Diskussionen haben wir jetzt wieder, aber darüber nachzudenken, ob vielleicht die Beliebigkeit und die Unverbindlichkeit der hiesigen Lernmethoden auch eine Ursache für schlechte Ergebnisse ist, darauf ist man nicht gekommen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Die Schubladen, in denen die Pläne liegen, anhand derer man zum Beispiel Konsequenzen aus TIMMS zieht, die müssen Sie mir in der Behörde noch zeigen, da kennen sich viele von Ihnen ja gut aus.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Noch im letzten Jahr wurden Rahmenpläne vorgelegt, die einen Zeitraum von vier Jahren enthalten, schön unverbindlich, und die dann von den Schulen einzeln konkretisiert werden könnten. Das ist mehr ein Lehrerbeschäftigungsprogramm als ein leistungsförderndes Lernprogramm für Schüler.

Der neue Senat hat bei seinem Amtsantritt mit diesem politisch verordneten Elend Schluss gemacht. Wir haben im Koalitionsvertrag deutlich die Konsequenzen gezogen – darauf ist hingewiesen worden – und das, bevor die PISA-Ergebnisse veröffentlicht wurden, und sind mit einem gewaltigen Kraftakt dabei, das Hamburger Schulwesen endlich wieder vom Kopf auf die Füße zu stellen, denn natürlich gilt, dass nicht die Hamburger Lehrer schlechter als anderswo oder die Hamburger Schülerinnen oder Schüler weniger leistungsfähig sind, sondern es geht darum, das Hamburger Schulsystem umzukrempeln.

- B Es war die Hamburger SPD, die offensichtlich jahrzehntelang geglaubt hat, die Entwicklung des richtigen Bewusstseins und vor allen Dingen das Reden über die Entwicklung des richtigen Bewusstseins könne fachliche Leistung ersetzen, und so geht es nicht.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Für Sie von der Opposition war offensichtlich der PISA-Schock notwendig, um bundesweit der ganzen SPD die Augen zu öffnen. Anfangen vom Bundeskanzler über fast alle SPD-geführten Bundesländer bis hin zu Frau Ernst werden nun zentrale Standards angemahnt und Forderungen nach ausreichenden Deutschkenntnissen in einer deutschen Schule werden auch nicht länger als rechtes Gerebe abgestempelt. Bei Ihnen, Frau Ernst, hört sich das dann so an:

„Auch der Hamburger SPD ist es nicht gelungen, jeden Zweifel an der Leistungsfähigkeit der Hamburger Schulen völlig auszuräumen.“

Das ist wohl wahr. Sie werden allerdings einen langen Weg vor sich haben, wenn Sie wieder für eine von der SPD verantwortete Schulpolitik Vertrauen finden wollen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dass sich die Hamburger Gesamtschulen, aber auch viele Haupt- und Realschulen nur unzureichend an den PISA-Studien beteiligt haben, passt nämlich in das Bild einer politisch gewollten und erzeugten Leistungs- und Wettbewerbsfeindlichkeit. Wir fühlen uns keiner Ideologie, son-

dern der Lern- und Leistungsentwicklung aller Schülerinnen und Schüler verpflichtet. Und individuelle Förderung heißt immer auch, dass die so Geförderten sich im Wettbewerb mit anderen messen und sich einem gesetzten Vergleichsmaßstab mit denjenigen stellen müssen, die den gleichen Bildungsabschluss anstreben.

(Hartmut Engels CDU: Sehr richtig! Das wurde auch von uns gefordert!)

Deswegen haben wir grundlegende Änderungen des Hamburger Schulsystems in Angriff genommen; ich will einige aufzählen. Es fängt in der Grundschule an. Sie haben als SPD – das ist ein Verdienst, den gar keiner schmälern will – die Verlässliche Halbtagsgrundschule geschaffen, aber dass die Lehrpläne 27 Jahre alt sind und damit meist noch älter als manch ein Schulgebäude, ist beschämend.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Der neue Senat setzt in den Grundschulen darauf, nicht nur die Verlässlichkeit der Anwesenheit zu haben, sondern auch die Verlässlichkeit der Inhalte zu vermitteln. Wir haben Konzepte zum Schuleingang für alle, eindeutige Standards und werden vor allem die Lesekompetenz verstärken.

Die hohen Ausgaben pro Hauptschüler sind schon erwähnt worden. Trotzdem schaffen 11 Prozent – da sind wir leider auch Spitze in der Bundesrepublik – keinen Abschluss. Wir müssen, und das wird der neue Senat auch tun, den hohen Finanzansatz zwar stehen lassen, ihn aber mit einer konzeptionellen Planung für die Hauptschüler verbinden. Wir werden eine eigenständige Hauptschule fördern, denn ein Hauptschulabschluss, genau wie ein Realschulabschluss, muss wieder einen eigenen Wert haben.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Sie haben die Bildungspläne erwähnt und sich den Erfolg an die Mütze geheftet. In den Bildungsplänen haben wir Beliebigkeit statt Verbindlichkeit vorgefunden. Wir haben durch wirklich intensive Arbeit in den letzten Monaten die Rahmenpläne mit verbindlichen Themen und klaren, bundesweit abgestimmten Standards gefüllt und das ist notwendig, damit wir innerhalb Hamburgs, aber auch innerhalb der Bundesrepublik klare, verbindliche Standards haben, damit alle Beteiligten wissen, worum es geht.

Sie haben jahrzehntelang Abschlussprüfungen abgelehnt und dann nur sehr zögerlich auf den Weg gebracht, auch wenn Sie jetzt ein anderes Bild darstellen wollen. Wir sorgen für zentrale Abschlussprüfungen für alle Schulformen. Wir werden die vorgegebenen Standards sichern und hamburgweit Vergleichsarbeiten – auch schon beim Abitur spätestens im übernächsten Jahr – einführen.

Die Ganztagschulen sind schon erwähnt worden, eine ganz wichtige Komponente. Wir lassen uns nicht davon abhalten, mindestens drei pro Jahr auf den Weg zu bringen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Was die Unterrichtsqualität und die Lehrerfortbildung anbetrifft, wurde in der Tat seit zehn Jahren darüber diskutiert; Herr Buss und andere haben zu Recht die richtigen Worte gebracht: Sie haben angeschoben, Sie haben begonnen, aber nichts zu Ende gebracht.

C

D

(Senator Rudolf Lange)

A (Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Im Sinne einer gemeinsamen Bildungspolitik kann ich der Opposition nur empfehlen, sich auf den Weg zu machen. Frau Ernst, Ihre Parteigenossen in Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Bremen, wo jetzt über Nacht Dinge etabliert worden sind, von denen manche Leute vielleicht nur träumen, aber auch in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz sind längst auf dem Weg zu einer modernen Bildungspolitik, wie wir sie in Hamburg führen.

(Anhaltender Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, als der Abgeordnete Buss meinte, bestimmte Ausführungen machen zu müssen. Diese Ausführungen kann man unter einem Satz zusammenfassen: Jeder blamiert sich und seine Partei, so gut er kann.

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erste Peinlichkeit: Ich gebe zu, dass durch die PISA-Studie alle Deutschen eine Peinlichkeit erlebt haben. Deutsche Schulen haben insgesamt schlecht abgeschnitten, das betrifft uns alle.

B Herr Buss, warten Sie ab, Sie bringen es auf sieben. Zählen Sie ruhig mit, wenn Sie das können.

Zweite Stufe: Die Hamburger – das gebe ich auch zu und da wollen wir uns gar nicht herausreden – haben die zweite Stufe erreicht. Wir haben es nicht einmal geschafft, außer bei den Gymnasien, die passenden Quoren zu erreichen; dies ist für Hamburg insgesamt eine Peinlichkeit. Damit haben es aber alle Hamburger, außer Ihnen, bewenden lassen. Sie mussten noch fünf weitere Peinlichkeiten oben drauf setzen.

Dritte Peinlichkeit: Sie haben die mit Abstand höchsten Ausgaben in ganz Deutschland getätigt, aber mit grausam schlechten Ergebnissen. Herr Senator Lange hat schon erwähnt, dass 11 Prozent der Schüler ohne Abschluss sind, das ist Bundesrekord. Die Gymnasien, die als einzige Schulform das Quorum erreichten, also vergleichbar sind, haben schlechte Ergebnisse; das ist peinlich.

Vierte Stufe:

(Dr. Mathias Petersen SPD: Jetzt wird's aber ganz peinlich!)

Sie haben hier netterweise zu Recht eine Reihe von Mängeln aufgezählt. Durch wen kommen denn die Mängel? Durch Sie und Ihre Regierung. Ganz besonders peinlich ist es doch für eine sozialdemokratische Partei, wenn sie zugeben muss, dass es gerade in dieser Stadt im Bildungswesen besonders unsozial zugeht. Sie konnten in den letzten Monaten in der Zeitung verfolgen, dass es gerade in den sozial schwächeren Stadtteilen besonders schlecht an den Schulen zugeht, dass gerade dort die Standards schlecht sind, dass Klassen überfüllt sind, dass Schüler nicht zum Unterricht kommen; das ist unsozial.

(Burkhardt Müller-Sönksen FDP: Ja!)

C Fünfte Peinlichkeit, Herr Buss und die SPD: Sie reklamieren die Ziele, die der neue Senat anstrebt, für sich. Sie mögen in einigen Punkten Recht haben, aber dann unterstützen Sie doch bitte schön diesen Senator und diesen Senat. Es ist doch peinlich zu kritisieren, wenn man die Ziele angeblich für sich selbst reklamiert.

Sechste Stufe, das ist vielleicht das Schlimmste: Sie haben nichts gelernt. Wieder kommen die alten sozialistischen Ladenhüter, Klassenwiederholungen und das gegliederte Schulsystem seien schlecht. Meine Damen und Herren, das haben Sie immer noch nicht gelernt, aber genau das ist nötig. Ich bin nicht dafür, massenhaft Schüler sitzen zu lassen, aber was tun Sie denn Kindern an, wenn sie von Ihnen gezwungen werden, in einer Klassenstufe oder einer Schulform unterrichtet zu werden, der sie einfach nicht gewachsen sind. Sie helfen den Kindern doch am meisten, wenn Sie eine bessere Schulform für sie kriegen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Jetzt kommt die siebte Peinlichkeit, Sie könnten es besser. Das ist doch nach dieser Bilanz peinlich. Sie sind besser bei den Peinlichkeiten, aber gelernt haben Sie nichts. Wir werden es besser machen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Frau Ernst, Sie haben das Wort.

D **Britta Ernst** SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich möchte nur kurz einige Punkte nennen; wir haben ja am Ende des Tages eine weitere schulpolitische Debatte. Herr Senator Lange, Sie haben hier zu wenig schulpolitische Reformen in den letzten Jahren in Hamburg beklagt und machen das auf der Grundlage Ihrer ersten Senatsdrucksache, die zu 90 Prozent Maßnahmen beschreibt, die von der vergangenen Regierung auf den Weg gebracht wurden. Das finde ich ein bemerkenswert freches Herangehen an eine PISA-Debatte, die in diesem Parlament das erste Mal in dieser Grundsätzlichkeit geführt wird.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben nach fast einem Jahr eigener Schulpolitik noch nicht genug Substanz, um eine eigene Drucksache zusammenzubekommen und das Parlament darüber zu informieren; das finde ich wirklich bemerkenswert. Es hätte Ihnen gut zu Gesicht gestanden, vor der Sommerpause zu PISA wichtige Vorschläge auf den Weg zu bringen. Stattdessen hat, bevor Ihre Drucksache auf dem Weg war, die SPD-Fraktion eine Große Anfrage gestellt, die auch beantwortet wurde. Das zeigt auch, welche Fraktion und welche Partei sich in diesem Haus ernsthaft mit Schulpolitik befasst.

(Beifall bei der SPD)

Und dann haben Sie meinen Kollegen Buss wegen seiner Aussage „wir sind gut“ kritisiert. Ich glaube, dass Sie in der Tat zu denen gehören, die sich jeden Tag mehrfach sagen müssen, dass sie gut sind, weil es sonst in der Stadt relativ wenig Leute gibt, die das noch tun.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Außer den Pflichtbeiträgen der Regierungsfraktion trifft man nämlich niemanden mehr, der das sagt. Man muss feststellen, dass sozialdemokratische Bildungspolitik in

(Britta Ernst SPD)

- A dieser Stadt einen Zulauf hat. Das liegt zum einen an unserer Arbeit, aber auch daran, dass Sie uns die Leute wirklich in die Arme treiben.

(Beifall bei der SPD)

Herr Senator Lange, Sie müssen irgendwann einmal die Kurve kriegen. Sie sind ein Schulsenator, der sich über zu viele Lehrer beschwert und deshalb keinen Widerstand geleistet hat, als es darum ging, Lehrerstellen in Hamburg abzubauen; sicherlich nichts, was die Schulen in Hamburg verbessert. Und Sie gehören auch zu den Schulsenatoren in diesem Lande, die die Qualität der Schüler in ihrem Bundesland beklagen und sagen, das Hamburger Abitur sei schlecht; das ist wirklich ein Armutszeugnis für einen Hamburger Schulsenator.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Ein letzter Punkt – Sie haben ja auch aus meinem Papier zitiert. Zur guten Politik gehört nicht nur, dass man sie macht, man muss auch dafür werben; auch das gelingt Ihnen nicht. Und dann weiß ich nicht, warum Sie sich an dem Begriff Leistung so abarbeiten. Meine Fraktion hat damit keine Probleme, aber Sie sind den Nachweis noch schuldig, dass Sie in dieser Stadt für Hamburgs Schulen etwas leisten.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Meine Damen und Herren! Wenn keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, kommen wir zur Abstimmung. Wer stimmt einer Überweisung der Drucksachen 17/919 und 17/1369 an den Schulausschuss zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist einstimmig so beschlossen.

- B Bevor wir in der Tagesordnung weitermachen, möchte ich Ihnen die **Ergebnisse der Wahlen** bekannt geben.

Bei der Wahl einer Deputierten der Behörde für Wissenschaft und Forschung sind 105 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war ein Stimmzettel ungültig, also 104 Stimmzettel gültig. Frau Ebru Inan erhielt 76 Ja-Stimmen, 17 Nein-Stimmen und elf Enthaltungen. Damit ist Frau Inan gewählt worden.

Bei der Wahl eines Deputierten der Kulturbehörde sind 107 Stimmzettel abgegeben worden. Davon war einer ungültig, also 106 Stimmzettel gültig. Herr Gerd-Uwe Leineweber erhielt 87 Ja-Stimmen, sechs Nein-Stimmen und 13 Enthaltungen. Damit ist Herr Leineweber gewählt worden.

Wir kommen jetzt zum nächsten Tagesordnungspunkt und einem fliegenden Wechsel im Präsidium.

(Vizepräsident Farid Müller übernimmt den Vorsitz.)

Vizepräsident Farid Müller: Tagesordnungspunkt 17, Große Anfrage der SPD-Fraktion: Aktive Arbeitsmarktpolitik für Hamburg.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Aktive Arbeitsmarktpolitik für Hamburg
– Drucksache 17/1040 –]**

Die GAL-Fraktion beantragt eine Überweisung dieser Drucksache an den Wirtschaftsausschuss. Wer begehrt das Wort? – Frau Dräger.

Gesine Dräger SPD:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es reizt einen ein bisschen, humoristisch zu begin-

nen, denn man redet hier über etwas, das es in Hamburg nicht mehr gibt. Aber das Thema ist so wenig humoristisch, dass ich mir das erspare.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Uns auch!)

Eine wirklich aktive Arbeitsmarktpolitik in Hamburg gibt es seit knapp einem Jahr nicht mehr. Stattdessen gibt es, auf zwei Behörden verteilt, Sparerei bei diesem Thema. Und wenn man die Antwort auf die Große Anfrage liest, sieht man auch, wofür diese Sparerei gut ist, nämlich um bestehende Strukturen kaputtzumachen.

(Beifall bei der SPD)

12 Millionen Euro und noch einmal 4,6 Millionen Euro sind im letzten Jahr bei der Arbeitsmarktpolitik gespart worden. Davon sind gerade einmal 2,1 Millionen Euro für ein neues Projekt, für das Hamburger Modell, ausgegeben worden. Der Rest ist in den allgemeinen Hamburger Haushalt geflossen und für die aktive Arbeitsmarktpolitik in Hamburg verloren und diese Sparerei hat Auswirkungen in dieser Stadt.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Genau!)

Das Schlimme daran ist nicht nur, dass sie Auswirkungen hat, sondern dass sich der Senat auch komplett weigert, diesen Auswirkungen seiner eigenen Politik ins Auge zu sehen. Es gibt diesen Zusammenhang zwischen Ihrer mangelhaften Politik und den Fehlentwicklungen in dieser Stadt; ich will ein paar davon nennen.

Das Erste und Gravierendste ist die Zunahme der Arbeitslosenzahl. Wir sind jetzt wieder bei rund 77 000, im Juli waren es fast 80 000 Arbeitslose in Hamburg. Seit der Amtsübernahme des neuen Senats sind die Arbeitslosenzahlen in Hamburg um 10 Prozent gestiegen und wir liegen damit beim Zuwachs in einer traurigen Spitzengruppe mit Bayern und Baden-Württemberg und weit über dem Bundesdurchschnitt.

Sie, Herr Senator Uldall, haben neun Monate lang den Kopf in den Sand gesteckt, um dann bei einer geringen Erholung im letzten Monat herauszukrähen, wie erfolgreich Ihre Arbeitsmarktpolitik sei. Das war wirklich dreist, wenn man bedenkt, wo Sie jetzt nach knapp einem Jahr stehen.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Zweites Thema. Ich erinnere an die Debatte auf der letzten Sitzung, auf der Herr Schira die steigenden Sozialhilfeszahlen beklagt hat. Wir haben in unserer Großen Anfrage gefragt, ob sich denn schon abzeichne, dass Ihre Sparmaßnahmen in der Arbeitsmarktpolitik zu steigenden Sozialhilfeszahlen führen. Damit haben Sie sich noch nicht befasst, die Zahlen liegen noch nicht vor. Ich kann verstehen, dass Sie sich damit nicht befassen möchten, denn wenn Sie es täten, würden Sie herausfinden, dass die deutlichen Absenkungen im ABM-Bereich und die Verringerung der ABM-Plätze auch hier zu steigenden Zahlen geführt haben.

Ein anderes Thema, mit dem Sie sich am liebsten gar nicht beschäftigen wollen. Wir haben nach den Auswirkungen auf die sozialen Einrichtungen in den Stadtteilen gefragt. Darauf antworten Sie einfach nicht. Soziale Konsequenzen sind kein Thema für diese Regierung.

(Volker Okun CDU: Was hat das mit dem Arbeitsmarkt zu tun?)

(Gesine Dräger SPD)

- A Wir haben nach den Veränderungen bei den Trägern für ABM, SAM und anderen Maßnahmen gefragt, und zwar sehr konkret danach, was das denn für die Beschäftigung bei diesen Trägern bedeute, ob da Personal abgebaut werden müsse. Auch da haben wir keine Antwort bekommen, das ist auch kein Wunder. Wer möchte schon gerne zugeben, dass aufgrund seiner Politik zahlreiche Träger Stammpersonal abbauen müssen und mussten, dass qualifiziertes und hochmotiviertes Personal auf die Straße geschickt worden ist.

Um dem Ganzen noch den Gipfel aufzusetzen, sagt uns der Wirtschaftssenator in den Beratungen des Haushalts, wie effizient seine neue Arbeitsmarktpolitik ist. Im Klartext: Er spart auf dem Rücken der ABM-Beschäftigten und der Menschen, die bei den Trägern gearbeitet haben, und hält das dann für ein besonders wirtschaftliches Handeln. Das ist wirklich Zynismus pur.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL – *Karl-Heinz Ehlers CDU*: Wenn Sie nur halb so gut regiert hätten, wie Sie jetzt klugscheißen, dann ginge es der Stadt jetzt besser!)

Das Einzige, was der Hamburger Senat im letzten Jahr auf den Weg gebracht hat, ist das Hamburger Modell mit dem großen Anspruch, 1000 Arbeitsplätze durch eine Förderung von sechs Monaten plus einer eventuellen Weiterförderung für einige weitere Monate dauerhaft zu schaffen. Solchen neuen Modellen ist nicht immer Erfolg beschieden. Diese Erfahrung haben auch Sozialdemokraten oft gemacht. Es ist trotzdem immer richtig, solche neuen Modelle auszuprobieren. Das ist notwendig und es wirft Ihnen auch niemand vor, dass Sie dieses Risiko eingegangen sind. Gleichzeitig haben Sie aber in vorauseilender Gewissheit, dass Ihr Modell schon funktionieren würde, eine ganze Reihe von funktionierenden Programmen eingestampft, ohne abzuwarten, wie denn Ihr Vorschlag laufen wird. Das Hamburger Modell ist gescheitert, es ist nicht so gelaufen, wie Sie sich das vorgestellt haben, es sind sehr viel geringere Fallzahlen zu sehen und Sie haben selbst im Wirtschaftsausschuss gesagt, dass Sie leidlich enttäuscht seien, wie es gelaufen sei.

Jetzt stehen Sie mit leeren Händen da, denn etwas anderes haben Sie nicht. Die bewährten Strukturen haben Sie zerschlagen und den Menschen dieser Stadt haben Sie nichts mehr anzubieten. Sie werden weiterhin Angebote brauchen. Es ist nicht neu, dass sich in Hamburg im Wesentlichen auf den Ersten Arbeitsmarkt orientiert wird. Wenn Sie sich die Mühe gemacht und die Arbeit Ihrer Vorgängerinnen und Vorgänger einmal objektiv und ideologiefrei betrachtet hätten, dann wäre Ihnen das aufgefallen. Aber leider löst diese Orientierung nicht alle Probleme und erreicht nicht alle Menschen. Und die Menschen, die Sie damit nicht erreichen werden, lassen Sie im Stich und geben dann auch noch, wie in der Debatte vor zwei Wochen, der Bundesregierung die Schuld, wenn diese am Ende in den Sozialämtern dieser Stadt wieder auftauchen.

(Beifall bei der SPD und bei *Dr. Verena Lappe GAL*)

Besonders bitter ist das für die Jugendlichen; auch da drückt sich der Senat. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage geben Sie zwar zu, dass das ein besonderes Problem ist. Und als einen der wenigen konkreten Wege nennen Sie das QUAS-Programm für Schulabgänger, das in Hamburg zur Verfügung stünde. Im neuen Haushalt sehen wir, wie wichtig dieses Programm ist. Die Planzahlen werden abgesenkt, es soll weniger Geld dafür ausgegeben

werden, noch weniger Möglichkeiten also für junge Menschen, die es in Hamburg schwer haben. C

Einer weiteren Luftblase des jetzigen Senats möchte ich ein bisschen die Luft ablassen. Ganz häufig verweisen Sie darauf, dass Sie mit der Mittelstandsförderung in Hamburg viele neue Arbeitsplätze sichern und schaffen wollen. Zum einen ist davon im neuen Haushalt nicht viel zu merken. Ich habe schon im Wirtschaftsausschuss gesagt, dass Sie lediglich innerhalb eines Deckungskreises umschichten. Kein einziger zusätzlicher Euro wird für die Mittelstandsförderung aufgebracht, der nicht schon vorher im Hamburger Haushalt gewesen ist.

(Beifall bei der SPD – *Dr. Andrea Hilgers SPD*: Genau!)

Sie können sich das angucken. Wenn Sie selber den Haushaltsplan lesen und sich die Deckungskreise anschauen würden, könnten Sie das genau sehen, und wenn Sie ehrlich sind, geben Sie das zu.

Bei den Zielzahlen im Haushaltsplan steht ja, was Sie an Arbeitsplatzsicherung durch Mittelstandsförderung und neue Arbeitsplätze erwarten. Und siehe da, 215 neue Arbeitsplätze sollen es 2003 sein, 270 sollen gesichert sein. Welche Überraschung: Das sind genau die gleichen Zahlen, die wir 2001 mit unserem Programm der Mittelstandsförderung erreicht haben. So richtig überzeugt vom Erfolg Ihrer eigenen Arbeit sind Sie auch nicht.

(Beifall bei der SPD und bei *Alexander Porschke GAL*)

Auf Bundesebene bewegt sich dagegen deutlich mehr.

(*Dr. Wieland Schinnenburg FDP*: Nach unten!)

Da wird nicht nur ein 350 Seiten starkes Papier vorgelegt, von dem ich wirklich hoffe, dass es auch in der Behörde gelesen wird, sondern die Bundesregierung hat auch gezeigt, dass man neue Konzepte schnell umsetzen kann D

(*Dr. Andreas Mattner CDU*: Ganz schnell auf vier Millionen Arbeitslose!)

und sich nicht nach einem Jahr noch darauf berufen muss, dass man erst so kurz im Amt ist. Um auf Ihren Zwischenruf zu kommen, Herr Mattner, die höchste Arbeitslosigkeit haben wir nicht unter Gerhard Schröder, sondern die gab es in Deutschland unter Helmut Kohl.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Gucken Sie einmal in die Statistik, dann werden Sie mit diesem Gerede endlich aufhören. Sie wissen auch, wie viele ABM- und SAM-Plätze vor vier Jahren geschaffen worden sind, um kurz vor der Bundestagswahl noch eine Wende zu schaffen, die Ihnen glücklicherweise die Bürger in diesem Land nicht abgenommen haben.

(Beifall bei der SPD)

Die Bundesregierung hat gezeigt, dass man mit entsprechendem Willen sehr schnell auch Konzepte umsetzen kann, während Sie es noch nicht einmal geschafft haben, ein Konzept vorzulegen.

(*Rolf Kruse CDU*: Reden Sie von Hartz?)

– Ich rede von Hartz, das sagte ich bereits. Wenn Sie zugehört hätten, würden Sie es hören. Die ersten Personalserviceagenturen werden in Dulsberg und Berlin eröffnet.

(*Dr. Wieland Schinnenburg FDP*: Nach vier Jahren!)

(Gesine Dräger SPD)

- A Florian Gerster hat die Umstrukturierungspläne der Bundesanstalt für Arbeit längst konkretisiert. Der Job-Floater wird unter dem Namen „Kapital für Arbeit“ umgesetzt und ich bin nicht böse, dass die Bezeichnung etwas griffiger geworden ist. An den Gesetzentwürfen wird sehr schnell gearbeitet, sehr viel schneller, als wir das hier in Hamburg erleben mussten und durften.

Sie können sich gerne darüber aufregen, aber Sie könnten sich auch einfach ein Beispiel daran nehmen, wie man so etwas ein bisschen schneller auf die Reise bringt, als Sie dazu in der Lage sind. – Ansonsten danke ich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat die Abgeordnete Ahrons.

Barbara Ahrons CDU:* Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wollen wir doch einmal einen kleinen Ausflug in die Bundespolitik machen, Frau Dräger, wenn Sie schon damit anfangen.

(Dr. Holger Christier SPD: Keine Wahlrede!)

In keinem anderen Politikbereich wird das Versagen von Rotgrün so deutlich wie bei der Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir können nur immer wieder sagen: Bundeskanzler Schröder versprach, die Arbeitslosenquote unter 3,5 Millionen zu senken.

(Erhard Pumm SPD: Helmut Kohl wollte sie halbieren! Hören Sie mit dem Quatsch auf!)

- B – Ich weiß, dass Sie das nicht hören mögen, und es war noch nicht einmal ein so ehrgeiziges Ziel. Er hätte es eigentlich schaffen müssen, denn in Deutschland verlassen allein aus demographischen Gründen jährlich rund 200 000 ältere Menschen den Arbeitsmarkt.

(Dr. Monika Schaal SPD: Dafür hatten Sie 16 Jahre Zeit!)

Im Oktober 1998 hatten wir 3,9 Millionen Arbeitslose. Vier Jahre später mussten wir also 800 000 weniger und somit etwa 3,1 Millionen Arbeitslose haben. Aber heute haben wir rund vier Millionen, und das in der Sommerzeit. Selbst wenn wir saisonale Schwankungen berücksichtigen, hat Schröders Regierungspolitik mindestens eine Million Arbeitsplätze vernichtet.

(Beifall bei der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Hartmut Engels CDU: Jawohl!)

Es waren seine neuen Gesetze und Vorschriften, die nichts als mehr Bürokratie mit immensen Kosten gebracht haben. Nicht einmal die gute Konjunktur in Europa und in den USA in der Mitte der Legislaturperiode konnte er zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen nutzen. Arbeitslosigkeit verwalten bringt keine neuen Arbeitsplätze.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir müssen handeln, damit mehr Menschen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt finden. Wir müssen Arbeitslose fördern und fordern, den Arbeitsmarkt öffnen, Unternehmen und Arbeitnehmer entlasten und genau das haben wir in den letzten Monaten in Hamburg getan; das werden wir nach dem 22. September auch in Deutschland tun.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP) C

In Hamburg hat der Senat mit der Einführung des Hamburger Modells für mehr Beschäftigung im Frühjahr bewiesen, wie neue Arbeitsplätze insbesondere im Niedriglohnbereich geschaffen werden können. Dass dies so schnell noch nicht umsetzbar ist, dass es noch nicht den Erfolg zeigt, liegt vielleicht auch an der sehr schwachen Konjunktur, am Stillstand des Wirtschaftsstandorts.

(Dirk Kienscherf SPD: Ach, da hat er aber im Wirtschaftsausschuss etwas anderes gesagt!)

Seit Anfang Juni gibt es in Hamburg außerdem ein spezielles Programm zur Förderung von Kleinunternehmensgründungen. Mit diesem neuen Modellprojekt wollen wir die Spitzenposition Hamburgs als gründerfreundliche Stadt weiter ausbauen und gleichzeitig innovativ die Arbeitslosigkeit bekämpfen. Die Behörde für Wirtschaft und Arbeit unterstützt hierbei speziell Arbeitslose oder von Arbeitslosigkeit Bedrohte bei der Gründung von Kleinstunternehmen. Wirtschaftsminister Uldall bereitet außerdem eine Bundesratsinitiative zur Reform des Kündigungsschutzgesetzes mit dem Ziel vor, speziell ältere Arbeitslose über 55 wieder in das Erwerbsleben zu integrieren.

(Michael Neumann SPD: Frau Knipper ist ein gutes Beispiel!)

Wir brauchen diese Fachkräfte in unseren Betrieben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Erreichen können wir dies durch einen Passus in Paragraph 1 des Kündigungsschutzgesetzes, der älteren Arbeitssuchenden über 55 das Recht einräumt, mit dem Arbeitgeber bei Aufnahme des Arbeitsverhältnisses eine Abfindungsregelung zu vereinbaren. Diese Abfindungsregelung greift im Fall der Trennung, sie gilt eben im Gegenzug zum Verzicht auf eine Kündigungsschutzklage. Natürlich ist er vollkommen frei bei dieser Entscheidung.

(Erhard Pumm SPD: Ach, das ist ein Arbeitnehmerrecht! Weil der Arbeitnehmer ja auch so frei ist in seinen Entscheidungen! Sie wollen die Leute erpressen!)

– Das hat doch überhaupt keinen Sinn, Herr Pumm. Warum wollen Sie lieber die Arbeitnehmer, wie in Ihrem Hartz-Modell, mit 55 Jahren ganz herausnehmen, die ein Überbrückungsgeld bekommen? Gucken Sie sich Ihr Hartz-Modell an, da sollen die Leute mit 55 Jahren aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Was soll der Unsinn? Wir brauchen die Leute.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Davon abgesehen sind all diese Maßnahmen nur ein Tropfen auf den heißen Stein, solange es keine neue Politik im Bund gibt. Die werden wir nach dem 22. September mit einer unionsgeführten Bundesregierung machen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir werden das bürokratische Gesetz gegen die so genannte Scheinselbstständigkeit und das 325-Euro-Gesetz aufheben. Dem stellen wir eine Politik entgegen, mit der sich auch einfachere Jobs wieder lohnen und das wird sich auch wieder auf die Hamburger Arbeitsmarktpolitik auswirken.

(Barbara Ahrons CDU)

A (Erhard Pumm SPD: Für wen?)

Zudem werden wir es den privaten Haushalten erleichtern, Dienstleistungen in Anspruch zu nehmen. Viele Leute scheuen doch heute bislang die zu hohen Kosten und auch den viel zu großen bürokratischen Aufwand.

(Erhard Pumm SPD: Sie verabschieden sich als Volkspartei! Gehen Sie mit Westerwelle!)

Wir werden die Auflagen für Privathaushalte durchgreifend vereinfachen und steuerlich absetzbar machen. Sie brauchen nur in Ihr Hartz-Papier zu schauen, da steht alles drin, was ich Ihnen hier erzähle.

Und damit sind wir beim nächsten Punkt. Wir müssen die Anreize zur Arbeitsaufnahme vergrößern, wir müssen den Arbeitsmarkt entbürokratisieren. Wir brauchen eine neue Balance zwischen Flexibilität und Sicherheit, ein modernes Arbeitsrecht, das zu Neueinstellungen und Beschäftigungschancen führt und nicht stoppt.

(Erhard Pumm SPD: Das haben Sie 1998 vorgeführt! Keine neue Stelle ist entstanden!)

Dazu werden wir auch die Rahmenbedingungen für Zeitarbeit und befristete Arbeitsverhältnisse ändern.

In Hamburg werden wir einen Paradigmenwechsel in der Integrationsförderung und der Arbeitsmarktpolitik vornehmen, wir werden uns nicht mehr an bestimmten Zielgruppen orientieren. Entscheidend werden die Bedarfe des Arbeitsmarktes in Verbindung mit den Fähigkeiten und Bedürfnissen des Arbeitslosen sein.

(Erhard Pumm SPD: Die Bedarfe der Arbeitgeber haben Sie im Auge!)

B Die Arbeitslosen werden nach den Erfordernissen des Ersten realen Arbeitsmarktes fortgebildet. Es werden dahin gehend neue Programme und Projekte entwickelt und das wird ein immer fließender Prozess in enger Abstimmung mit der Hamburger Wirtschaft sein,

(Gesine Dräger SPD: Nach zehn Monaten nur ein Projekt!)

denn die aktive Arbeitsmarktpolitik hat ihren Namen doch nur dann wirklich verdient, wenn es ihr gelingt, den Menschen Beschäftigung am Ersten realen Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Um den Übergang in diesen Arbeitsmarkt zu erleichtern, werden wir den Arbeitslosen viel Hilfe anbieten. Das reicht von Job-Centern über Eingliederungsvereinbarungen bis hin zu gezielten Weiterbildungsangeboten.

Und weil wir in Hamburg die Arbeitslosen intensiv fördern, darf und muss die Allgemeinheit auch etwas von ihnen fordern. Wir halten es für zumutbar, dass der arbeitsfähige Empfänger von Sozialtransfers nachprüfbar zeigt, dass er sich wirklich ernsthaft um Arbeit bemüht, gemeinnützige Arbeit leistet oder an einer Weiterbildungsmaßnahme teilnimmt. Ist dies nicht der Fall, muss er mit Einbußen bei der Arbeitslosen- und Sozialhilfe rechnen.

(Erhard Pumm SPD: Das gibt es heute alles schon!)

Meine Damen und Herren! In Hamburg hat sich der Wind in der Arbeitsmarktpolitik gedreht; in einiger Zeit wird sich das positiv auswirken. Aber all diese Maßnahmen werden nur zu einem Erfolg führen, wenn wir die kleinen und mittleren Unternehmen spürbar entlasten, sowohl von überflüssiger Bürokratie befreien als auch steuerlich entlasten, sodass in den kleinen und mittleren Betrieben wieder mehr

Eigenkapital gebildet wird, wieder mehr investiert wird. Wir haben die niedrigste Investitionsquote seit 1949 und in diesen Betrieben müssen wieder neue Arbeitsplätze geschaffen werden. Das ist der einzige und beste Weg zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik und unser langfristiges Ziel sowohl in Hamburg als auch im Bund.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Der Abgeordnete Rutter wünscht das Wort.

Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Einleitung der Großen Anfrage hat schon etwas überrascht. Sie behaupten, zielgenaue, effiziente und unbürokratische, aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben zu haben. Außerdem weisen Sie, Frau Dräger, darauf hin, dass bestehende Strukturen vernichtet worden sind. Das sind offenbar die Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. Nun kann man Arbeitslosigkeit natürlich radikal beseitigen, indem man Arbeitslose grundsätzlich in Staatsdienste übernimmt.

(Erhard Pumm SPD: Was soll das denn jetzt?)

Das ehemalige Arbeiter- und Bauernparadies hat den Versuch gemacht, aber das ist auch danebengegangen.

Im Übrigen müssen wir uns darüber im Klaren sein, dass das Geld, das für solche Maßnahmen ausgegeben wird, erst verdient werden muss. Das verdient zum Beispiel der Bäcker, der Brötchen backt, und nicht die Gewerkschaft, die durch ABM-Kräfte Brötchen mit Lachs belegt.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP) D

Jahrzehntelang sind arbeitsmarktpolitische Maßnahmen ohne nachhaltige Kontrolle getroffen worden. Weder die Wirksamkeit noch die Erfolge sind irgendwann kontrolliert worden. Da sind Maßnahmen in der Weise getroffen worden, dass Schulungen durchgeführt wurden, deren Wirkung und Zielsetzung nie definiert, geschweige denn kontrolliert wurde. Das war nichts anderes als ein Parken der Kräfte irgendwo arbeitsmarktpolitisch, aber es war kein Unterbringen im Arbeitsmarkt. Nur dadurch sind die Zahlen so schön geworden, wie sie denn geworden sind.

Es wurden regelmäßig Eingliederungsbilanzen erstellt. Arbeitslose Hamburger Bürgerinnen und Bürger wurden jahrelang lediglich in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen geparkt. Die Bundesanstalt für Arbeit hatte ebenfalls falsche Zahlen vorgelegt; Hauptsache die Arbeitslosen verschwanden aus der Statistik. Daran sehen wir die wahren Früchte der aktiven Arbeitsmarktpolitik. Und dann kam „Hartz“ aus der Kiste. Das Job-AQTIV-Gesetz ist sicherlich ein sehr umfangreiches Werk, aber mit der Qualität hapert es ein bisschen. Folgende Zitate sprechen da für sich. In der „Stuttgarter Zeitung“ heißt es, das Job-AQTIV-Gesetz entpuppe sich als Flop.

Die Bundesvereinigung der Arbeitgeberverbände sieht in dem Gesetz einen arbeitsmarktpolitischen Etikettenschwindel. Der Marktführer unter den Leiharbeitsfirmen „ranstad“ meint, das Gesetz sei zu halbherzig und bürokratisch. Das ist es auch.

Auch das Hamburger Modell war schon besser als das, was von der Bundesanstalt für Arbeit vorgelegt worden ist, das Mainzer Modell. Das tatsächliche Problem im Arbeits-

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A markt ist der immer größere Abgabengehalt zwischen den Nettolohn- und Bruttolohnkosten des Arbeitgebers. Daran hängt sich das auf, dass wir nicht mehr konkurrenzfähig sind, dass unsere Produkte im Markt nicht mehr attraktiv sind und nicht mehr verkauft werden können. Wenn man mehr Produkte verkaufen könnte, brauchte man mehr Leute, um sie zu produzieren. So einfach sind die Zusammenhänge.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Es stimmt auch nicht, dass wir die Schulungsmaßnahmen, die Förderungsmaßnahmen, bei den Leuten vermindern wollen, die in Brot und Arbeit stehen. Im Gegenteil. Unser Ziel ist es, die Leute höher zu qualifizieren, die jetzt noch in Arbeit stehen. Unsere Sorgenkinder sind nicht die Leute, die herausgefallen sind, im Moment sind es die, die noch arbeiten. Das ist Präventivpolitik und die möchten wir betreiben, damit nicht so viele Leute aus dem Arbeitsprozess herausfallen. Wenn wir höher qualifizierte Leute haben, sind sie besser zu beschäftigen und das brauchen wir auf der ganzen Linie. Damit bekämpfen wir Arbeitslosigkeit.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Der Mittelstand ist das Stiefkind der früheren Regierung. Wir wollen das ändern, wir wollen gerade den Mittelstand fördern. Das ist das Wichtigste. Dem Kommentar von Uwe Bahnsen in der „Welt“ vom 23. Mai 2002

„Je mehr für den Mittelstand getan wird, desto weniger Arbeitsverwaltung brauchen wir.“

kann man nur zustimmen.

- B (Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsident Farid Müller: Das Wort hat der Abgeordnete Porschke.

Alexander Porschke GAL:* Vielen Dank, Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Viele der Argumente haben wir schon in den letzten Sitzungen ausgetauscht. Ich möchte Frau Ahrons ausdrücklich zustimmen. Der Wind hat sich seit Herbst letzten Jahres gedreht.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Schön, dass Sie das auch mal merken!)

Es gibt keine Gruppe, die so stark unter dem Regierungswechsel in Hamburg gelitten hat wie die Arbeitslosen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Die neue Regierung hat im Bereich der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Unterstützung von Arbeitsmarktpunkten schon jetzt 25 Millionen Euro eingespart. Die eigenen Projekte – so schön es wäre, wenn sie funktionieren würden – springen nicht an. Während wir in der letzten Legislatur im Bereich der Arbeitslosigkeit eine Entwicklung gehabt haben, die in Hamburg besser war als im Bundesgebiet, haben wir in Hamburg jetzt eine, die schlechter ist als im Bundesgebiet. Allerdings haben wir auch einen Wirtschaftssenator, der es versteht, durch geschickte Öffentlichkeitspolitik in der Öffentlichkeit selbst diesen Eindruck zu vernebeln.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: So ist es! – Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Der größte Nebelwerfer ist doch Herr Schröder!)

Die Änderung der Arbeitslosenzahlen vom Juli auf August hat es dem Wirtschaftssenator ermöglicht, in das „Hamburger Abendblatt“ einen umfangreichen Artikel zu lancieren, in dem behauptet wird, Hamburg hätte sich vom Bundestrend abgekoppelt. In Hamburg sei die Entwicklung besser. Und tatsächlich: Die Arbeitslosenzahlen waren in Hamburg von Juli auf August tatsächlich stärker als im Bundesdurchschnitt zurückgegangen.

(Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt übernimmt den Vorsitz.)

Lesen wir uns das durch, was im Bericht des Arbeitsamts „Der Hamburger Arbeitsmarkt“ veröffentlicht wird. Da steht im zweiten Satz unter der Überschrift „Entspannung am Arbeitsmarkt“:

„Zu diesem Schluss kann man beim Betrachten der Zahlen leicht kommen. Auf den zweiten Blick stellt man jedoch fest, dass über die Hälfte des Rückganges auf die Personengruppe der Jugendlichen unter 25 entfällt. Hier sind in erster Linie das Warten auf die Ausbildung oder den Wehrdienst/Ersatzdienst als Gründe für die vorübergehende Arbeitslosigkeit zu nennen. Allerdings wurden auch 75 Prozent der Abmeldungen vorgenommen, weil sich Jugendliche einfach nicht wieder gemeldet haben.“

Das wäre ja Grundlage dafür, dass sich Hamburg vom Bundestrend abgekoppelt hat. Hat sich das bei den gemeldeten offenen Stellen widerspiegelt? Hat es zusätzliche offene Stellen gegeben, die dazu geführt haben, dass man sagen kann, wir haben einen anderen Trend? Es gab einen Zugang bei den gemeldeten offenen Stellen von 4578. Das sind 810 weniger als im Juli und das sind sogar 2100 weniger als im selben Monat des Vorjahres. Es ist also eine reine statistische Zufälligkeit, wenn Jugendliche gerade in einen anderen Lebensabschnitt gehen, die diesen einmaligen Zahleneffekt produziert haben, von denen der Wirtschaftssenator jetzt sagt, Hamburg hätte sich vom Bundestrend abgekoppelt. Das Gegenteil ist der Fall. Die Vorstellung, dass diese versagende Arbeitsmarktpolitik jetzt auch auf Bundesebene wieder das Ruder übernimmt, wo sie 16 Jahre lang Unheil angerichtet hat und am Ende 4,3 Millionen Arbeitslose hinterlassen hat, ist für mich ein Gräuel.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Pauly.

Rose-Felicita Pauly FDP: Frau Präsidentin, meine Damen, meine Herren! Zunächst zur Bemerkung, der Arbeitsmarkt unter Schröder sehe sehr viel günstiger aus als unter Kohl.

Es ist richtig, dass die Arbeitslosenzahlen unter Kohl um einen ganz geringen Betrag höher waren.

(Barbara Duden SPD: So klein ist der nicht!)

Nur eines verschweigen Sie bei Ihrem Vergleich immer: In der Zwischenzeit – in den vier Jahren – hatten wir pro Jahr eine Entlastung des Arbeitsmarkts von 100 000 Personen, und zwar durch den Saldo derjenigen, die neu auf den Arbeitsmarkt kommen, und denjenigen, die aus Altersgründen aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden. Es schieden nämlich pro Jahr 100 000 Personen mehr aus dem Arbeitsmarkt aus, als neu hineingekommen sind. Das sind in vier Jahren 400 000 und ist etwas mehr als die Differenz zwischen den Arbeitslosenzahlen von Kohl und Schröder.

(Rose-Felicitas Pauly FDP)

- A Wenn wir schon rechnen, sollten wir alles mit hineinrechnen und dann sieht Herr Schröder schlecht aus.

(Erhard Pumm SPD: Bei Kohl war das nicht viel mehr!)

Noch etwas zum Thema: Hamburg schneidet schlechter als der Bund ab. Auch da möchte ich Sie an einen Umstand erinnern, mit dem Sie in den vergangenen Jahren nicht groß genug angeben konnten, nämlich mit der New Economy in Hamburg, dem Hätschelkind Ihres vormaligen Wirtschaftssenators. Natürlich sind im Gefolge des Platzens der New-Economy-Blase überproportional Arbeitsplätze freigesetzt worden und das hat natürlich überproportional auch die Freie und Hansestadt Hamburg getroffen. Insofern ist es kein Wunder, dass bei uns die Arbeitslosenzahlen im Vergleich zum vergangenen Jahr leider schlechter aussehen.

Jetzt möchte ich noch auf etwas Grundsätzliches zu sprechen kommen. Seit Beginn dieser Legislaturperiode diskutieren wir in regelmäßigen Abständen immer wieder über das Thema Beschäftigungspolitik. Durch alle Anfragen – ob von der SPD oder im Februar von der GAL – zieht sich ein roter Faden. Das ist die rotgrüne Fehlinterpretation der Aufgaben einer Arbeitsmarktpolitik in der sozialen Marktwirtschaft. Deutlicher als in dieser nun vorliegenden Anfrage kann die Nähe, die Sie zum Sozialismus haben, gar nicht ausfallen.

(Oh-Rufe bei der SPD-Fraktion)

– Ich kann es nachvollziehen, dass Sie das nicht gerne hören.

Aktive Arbeitsmarktpolitik heißt für Sie in erster Linie, der Staat gibt den Menschen Arbeit, genau wie es im Sozialismus war, Arbeit in Beschäftigungsgesellschaften, in Strukturanpassungsmaßnahmen, in Job-AQTIV-Aktivitäten und, und, und, was der Modelle mehr sind.

B

(Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Erhard Pumm SPD: Alles Quatsch!)

Auch in der DDR war Beschäftigung staatlich organisiert in Staatsunternehmen mit Arbeitsplätzen, deren Anzahl sich nicht an den Produktionsbedürfnissen der Unternehmen ausrichtete, sondern nach der Zahl der Menschen, die untergebracht werden mussten.

Das Problem der deutschen Beschäftigungspolitik ist, dass die Beschäftigungschancen der Arbeitslosen durch Beschäftigungsmaßnahmen, wie Sie sie erfunden und in den ganzen Jahren organisiert haben, nicht erhöht worden sind. Im Gegenteil. Diejenigen, die die Beschäftigungsmaßnahmen durchlaufen, sind in der Regel mit einem Stigma behaftet und haben häufig schlechtere Chancen, im Ersten Arbeitsmarkt unterzukommen.

(Beifall bei der FDP und bei Volker Okun CDU)

Es kommt hinzu, dass durch Beschäftigungsmaßnahmen neue Ansprüche auf Arbeitslosengeld erreicht werden. Das wiederum vermindert die Bereitschaft derjenigen, die in diesen Maßnahmen waren, sich auf dem Ersten Arbeitsmarkt effektiv nach einer Stelle umzugucken.

Aktive Arbeitsmarktpolitik im liberalen Sinne bedeutet etwas ganz anderes. Es bedeutet nämlich, Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass die Wirtschaft floriert, investiert und dass dadurch dann Arbeitsplätze geschaffen werden.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Michael Neumann SPD: Nach 16 Jahren erfolgreicher Arbeitsmarktpolitik!)

C

Was die Rahmenbedingungen betrifft, hat die rotgrüne Bundesregierung in den letzten vier Jahren eine Riesenchance sinnlos vertan.

Anstatt Reformen in Gang zu setzen, die eine Deregulierung der verkrusteten Arbeitsmarktstrukturen in Deutschland bewirken, hat man auf Druck der Gewerkschaften genau das Gegenteil getan mit der fatalen Folge einer stagnierenden Wirtschaft und vier Millionen Arbeitslosen. Niemals vorher wurde ein Kanzlersversprechen so schnell und so grundlegend gebrochen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Im Vergleich zu den führenden Wirtschaftsnationen auf dieser Welt hat das einstige Wirtschaftswunderland Deutschland inzwischen die niedrigsten Wachstumszahlen und eine der höchsten Arbeitslosenquoten.

(Dr. Verena Lappe und Dr. Dorothee Freudenberg, beide GAL: Abschaffen!)

Der Reparaturbetrieb der Beschäftigungsförderung kostete die deutschen Beitrags- und Steuerzahler im vergangenen Jahr 15 Milliarden Euro. Das sind 25 Prozent der Gesamtausgaben der Bundesanstalt für Arbeit und 30 Prozent der Beitragseinnahmen aus der Arbeitslosenversicherung.

(Dirk Nockemann Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Schändlich!)

Wenn man diese Ausgaben nicht hätte, würde das unter dem Strich bedeuten, dass man die Arbeitslosenversicherung um 2 Prozentpunkte von 6,5 Prozent auf 4,5 Prozent reduzieren könnte.

D

Ich kann nur hoffen, dass die Wähler uns am Sonntag eine neue Regierung bescheren und dass diese den Mut finden wird, endlich die notwendigen Strukturreformen anzugehen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Zu diesen Strukturreformen zählen: eine Neuordnung des föderalen Systems, eine Reform des Gesundheitswesens, eine grundlegende Reform der Alterssicherung und schlussendlich – und vielleicht sogar an erster Stelle – die Reform des Arbeitsmarkts

(Ingrid Cords SPD: Wir sind hier im Hamburger Parlament und nicht im Bundestag!)

sowie insbesondere die Reform des Arbeitsrechts, das durch Überregulierung inzwischen auch von Fachleuten kaum noch durchschaubar ist.

(Unruhe im Hause – Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Meine Damen und Herren! Es ist etwas zu laut hier im Raum. Bitte, seien Sie wieder etwas leiser und schenken Sie der Rednerin Ihre Aufmerksamkeit.

Rose-Felicitas Pauly (fortfahrend): Das Arbeitsrecht in Deutschland ist heute von Fachleuten kaum noch durchschaubar und in den Unternehmen auch nicht kalkulierbar.

(Rose-Felicitas Pauly FDP)

- A Dieses führt zu einer fatalen Rechtsunsicherheit, so dass Unternehmen heute lieber mit Überstunden arbeiten, als Arbeitskräfte neu einzustellen. Dem will die Gewerkschaft auch noch begegnen, indem sie die Überstunden am liebsten verbieten würde. Das würde den Teufelskreis von Überregulierung und Arbeitslosigkeit nur noch weiter beschleunigen.

Die wichtigsten Maßnahmen, die in Deutschland Not tun, sind eine Änderung des Günstigkeitsprinzips im Betriebsverfassungsgesetz, verbunden mit dem Tarifvertragsgesetz. Dazu gehört außerdem die Abschaffung der Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen. Der Kündigungsschutz muss gelockert werden, denn heute ist es schwer und teuer, sich von Arbeitnehmern zu trennen, und jeder überlegt es sich aus diesem Grunde dreimal, bevor er neue Arbeitnehmer einstellt.

(Beifall bei der FDP)

Auch für die geringfügige Beschäftigung, die quasi abgeschafft worden ist, brauchen wir wieder einen Freiraum. Das hat sogar Herr Hartz erkannt, er nennt es nur anders, um die Fehler, die Sie gemacht haben, zu kaschieren.

Die Befristung von Arbeitsverträgen muss erleichtert werden. Das Gleiche gilt für die Arbeitnehmerüberlassung. Auch dieses Instrument muss wesentlich liberalisiert werden, damit hier auch über diese Schiene Beschäftigung möglich sein wird.

Das Thema Scheinselbstständigkeit ist schon angesprochen worden. Da hat die Regierung gemerkt und sich von Herrn Hartz sagen lassen, dass sie mit dem Gesetz zur Abschaffung der so genannten Scheinselbstständigkeit einen Fehler gemacht hat. Nun soll das kaschiert werden,

- B damit das nicht auffällt, und man erfindet die Ich-AG. Da hätte man doch lieber das Alte lassen sollen.

Wenn ein so grundlegendes Reformwerk in Deutschland nicht gelingt, können wir so viel Beschäftigungsprogramme auferlegen, wie wir wollen, wir werden die Arbeitsmarktprobleme nicht in den Griff bekommen. So lange dieser Zustand andauert, so lange bleibt die Beschäftigungspolitik nach altem Muster ein Reparaturbetrieb, den wir auch in Hamburg sicher nicht vollständig einstellen können, wo wir aber umsteuern müssen. Das geschieht zurzeit, und zwar mit Recht, indem Hilfen für Eingliederung in den regulären Arbeitsmarkt gegeben werden – da haben wir wunderbare Wachstumszahlen mit 34 Prozent gegenüber plus 3 Prozent auf Bundesebene –, indem wir feste und überprüfbare Leistungsvereinbarungen mit den Beschäftigungsträgern schließen, indem wir darauf achten, dass das Lohnabstandsgebot eingehalten wird.

Nun zum Thema Volkspartei, Herr Pumm. Wer ist denn die richtige Volkspartei?

(Erhard Pumm SPD: Die FDP!)

Ist es die Partei, die eine Politik für Arbeitsplatzinhaber betreibt, in der hinter der Kündigungsschutzmauer Lohnpolitik gemacht wird für diejenigen, die einen Arbeitsplatz haben, zulasten derjenigen, die einen Arbeitsplatz suchen? Oder ist die wahre Volkspartei diejenige, die die Rahmenbedingungen so ändern will, dass Arbeitsplatzsuchende wieder eine Chance haben, auf dem Ersten Arbeitsmarkt Beschäftigung zu finden?

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Dr. Andrea Hilgers SPD: Mit Gottvertrauen!)

Ich bin der Meinung, die Letztere ist die richtige Volkspartei und das ist die FDP.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Senator Uldall.

Senator Gunnar Uldall: Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zu den Debattenbeiträgen der Redner von SPD und GAL einige Anmerkungen machen.

Im Jahre 2001 haben wir in Hamburg aus dem Landeshaushalt und aus der Bundesanstalt für Arbeit insgesamt 150 Millionen Euro für die Finanzierung des Zweiten Arbeitsmarkts ausgegeben. Das waren nicht einmal 5000 Fälle, die damit im Jahresdurchschnitt gefördert wurden. Daraus ergibt sich pro Kopf ein Betrag von 30 000 Euro. Wenn Sie nun berücksichtigen, wie hoch das Durchschnittsgehalt der Beschäftigten in Hamburg ist, dann stellen Sie fest, dass die Hilfe, die über den Zweiten Arbeitsmarkt gewährt wurde, viel höher ist als das, was in den Betrieben für einen Arbeitsplatz gezahlt wird. Dabei waren die Ergebnisse überhaupt nicht nachzuvollziehen. Rotgrün hatte auch nie den Versuch gemacht festzustellen, was eigentlich bei dieser Arbeitsmarktpolitik herausgekommen ist. Dieser Weg war zu teuer, er war erfolglos und deswegen sage ich: Es bleibt dabei, dass wir unsere Arbeitsmarktpolitik in der Weise umsteuern, dass wir weniger Geld zur Unterstützung von Beschäftigungsgesellschaften ausgeben und mehr Geld, damit neue Arbeitsplätze entstehen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Einer der Wege, die wir neu gehen, ist das Hamburger Modell. Ich stimme Herrn Porschke zu, wir könnten noch mehr Plätze gebrauchen, aber 250 zusätzliche Arbeitsplätze in Hamburg sind durchaus etwas, was wir nicht gleich vom Tisch wischen wollen, vor allen Dingen nicht, wenn das Alternativmodell, das die Bundesregierung propagiert – das Mainzer Modell –, in Hamburg nur etwa zwölf Arbeitsplätze geschaffen hat. Insofern sagen wir auch, wir sind hiermit nicht zufrieden, aber das Alternativmodell brachte noch weniger. Im Grunde genommen bestätigt dieser Versuch, den wir gemacht haben, unsere generelle Skepsis gegenüber einer Arbeitsmarktpolitik, in der mit Modellen und Programmen und sonstigen Maßnahmen operiert wird.

Wir haben einen anderen Weg forciert, das sind die Existenzgründerförderungen. Wir haben das erfreuliche Ergebnis, dass im vergangenen August 60 Prozent mehr Fälle in der Förderung zu verzeichnen waren als ein Jahr vorher. Dieses ermuntert uns, diesen Weg weiterzugehen. Das ist der gesunde Weg zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen. Das ist nicht das Verstecken von Arbeitslosen vor der Statistik, sondern der richtige Weg, um neue Arbeitsplätze entstehen zu lassen.

Frau Dräger hatte das Argument gebracht: Als die SPD noch regierte, war mit der Beschäftigungssituation in Hamburg alles wunderbar.

Frau Kollegin Dräger, Sie haben zum Teil Recht. Richtig ist, dass zu Beginn der Legislaturperiode eine bessere Entwicklung stattfand als im Durchschnitt der Bundesrepublik. Dieses gilt allerdings nur für die erste Hälfte der Legis-

C

D

(Senator Gunnar Uldall)

- A laturperiode. Wenn Sie sich dann ansehen, wie sich die Arbeitsmarktzahlen in Hamburg entwickelt haben, stellen Sie fest, dass ab Jahreswende 2000/2001 auch in Hamburg auf dem Arbeitsmarkt eine schlechtere Entwicklung stattfand. Dieses können wir nicht ignorieren und fällt genau mit der Kehrtwendung zusammen, die auf Bundesebene stattgefunden hat.

Frau Pauly hat eben sehr interessant darauf hingewiesen, dass dieser Knick in der Kurve genau mit dem Nachlassen der New Economy in Hamburg zusammenfällt. Es ist richtig, Frau Pauly, wenn Sie sagen, dass zunächst im Zuge der Euphorie, die mit der New Economy verbunden war, neue Arbeitsplätze entstanden. In Hamburg, wo diese Euphorie besonders ausgeprägt wurde, war die Blase natürlich besonders groß. Aber in dem Moment, in dem die Kurve knickte, war der Schrumpfungsprozess natürlich besonders groß. Insofern darf dieses Argument, das Sie verwendet haben, Frau Dräger, nicht zu sehr nach vorne gestellt werden. Es gilt eben leider nur für die erste Hälfte der Legislaturperiode, leider nicht für die gesamte.

(Glocke)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Senator, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Porschke?

(Der Redner gibt seine Zustimmung zu erkennen.)

Zwischenfrage von Alexander Porschke GAL:* Herr Senator, ich habe eine Frage zu der von Ihnen genannten Steigerung der Existenzgründungen um 60 Prozent. Wie viel sind das in absoluten Zahlen? Wissen Sie, wie groß der Anteil dieser Existenzgründungen ist, die wiederum in solchen riskanten Bereichen wie dem IT-Sektor tätig sind, weil da natürlich immer das Risiko besteht, dass sie in der wirklichen Wirtschaft scheitern können?

B

Senator Gunnar Uldall (fortfahrend): Die zweite Frage kann ich nicht beantworten.

Die erste Frage möchte ich Ihnen lieber zu Protokoll erklären. Die Zahlen über die Existenzgründungen, die ich mir heute Nachmittag habe geben lassen, waren so gut, dass ich sie noch einmal verifizieren möchte.

Herr Porschke, die Zahlen sind in absoluten Ziffern ausgedrückt sehr erfreulich und diesen Weg wollen wir gehen. Aber haben Sie bitte Verständnis, dass ich in diesem Punkt etwas zurückhaltend bin.

Ich bin auch sehr zurückhaltend und das passt deswegen als Ergänzung zu meiner Antwort auf Ihre Frage gut, weil Sie einige Ausführungen zur Arbeitsmarktstatistik betreffend offene Stellen gemacht haben.

Es ist richtig, was Sie sagen, die offenen Stellen sind seit August letzten Jahres in Hamburg deutlich gestiegen. Das ist eine erfreuliche Entwicklung. Erfreulich ist auch, dass sich die Kurzarbeiterzahl seit Anfang des Jahres in Hamburg halbiert hat.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Herr Porschke, ich hätte diese Zahlen jetzt nicht gebracht, wenn Sie mich nicht darauf angesprochen hätten, und zwar deswegen, weil ich ein vorsichtiger Mensch bin und hieraus noch keinen generellen Trend auf dem Arbeitsmarkt ableiten möchte. Aber dennoch dürfen wir uns schon ein bisschen darüber freuen, dass wir hier offen-

sichtlich doch zumindest etwas besser liegen, als alle gedacht hatten. Aber wir wollen das erst dann richtig beklatschen, wenn sich dieser Kurs weiterhin als erfolgreich herausgestellt hat.

C

Meine Damen und Herren! In Hamburg sind 27 Prozent der Arbeitslosen Langzeitarbeitslose. 44 Prozent der Arbeitslosen verfügen über keine abgeschlossene berufliche Ausbildung. Das heißt, dass unsere Arbeitsmarktpolitik diese beiden Zahlen aufnehmen und daraus zwei Konsequenzen ziehen muss.

Erstens: Wir müssen unsere Bemühungen um eine Weiterbildung der Arbeitslosen ohne eine entsprechende Qualifizierung verstärken.

Zweitens: Wir brauchen Arbeitsplätze in einem Sektor, der auch an das Qualifikationsniveau der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer geringere Anforderungen stellt. Das heißt, wir müssen in diesem Punkt den Mut haben zu sagen, dass wir einen Niedriglohnbereich brauchen, meine Damen und Herren.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und Beifall bei der FDP – Erhard Pumm SPD: Wir haben einen Niedriglohnbereich!)

Frau Ahrons hat eben sehr überzeugend darauf hingewiesen, dass wir diesen Weg auch prüfen müssen. Und, meine Damen und Herren, seien Sie nicht von vornherein gegen solche Überlegungen, wenn Sie ernsthaft etwas bewegen wollen, gehen Sie diesen Weg weiter.

Die letzte Bemerkung, die ich machen möchte, betrifft ein Argument zur Arbeitsmarktpolitik, das zwar heute Abend hier nicht vorgetragen wurde, das aber doch von so großer Bedeutung ist, dass ich das den Argumenten, die Herr Rutter genannt hatte, noch hinzufügen möchte.

D

Bundeskanzler Schröder wird nicht müde, immer wieder zu sagen, dass er seine selbst gesetzte Zielmarke nicht habe erreichen können, läge daran, dass die Weltkonjunktur schlecht sei. Was will er damit sagen? Er sagt, weil die Konjunktur in den USA, in China, in Brasilien schlecht laufe, werde dort nicht so stark eine Nachfrage nach deutschen Produkten entwickelt; weil diese Nachfrage nach deutschen Produkten nicht so stark sei, gingen die deutschen Exporte zurück; weil die deutschen Exporte zurückgingen, würden weniger Menschen in Deutschland beschäftigt. Das ist die Aussage, die er damit treffen will.

Ich empfehle jedem, einmal in die Exportstatistik zu schauen. Dann werden Sie feststellen, dass wir im ersten Halbjahr 2002 einen Exportüberschuss von 62 Milliarden Euro gehabt haben.

(Dr. Willfried Maier GAL: Dann kann aber hier die Arbeitskraft nicht so teuer sein!)

Dieses ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von über 40 Prozent, meine Damen und Herren. Wer das nicht glaubt, dem empfehle ich, einmal in den Hamburger Hafen zu gehen und sich dort anzusehen, wie unser Hafenumschlag dort beim Containertransport brummt, meine Damen und Herren. Besser kann man nicht demonstrieren, wie gut unsere Außenwirtschaft zurzeit läuft. Das, meine Damen und Herren, zeigt, dass die Weltkonjunktur – entgegen der Aussage von Bundeskanzler Schröder – nicht eine Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation in Deutschland zur Folge hat, sondern dass die Weltkonjunktur mit unseren hohen Exportüberschüssen zurzeit ein

(Senator Gunnar Uldall)

- A Stabilisierungsfaktor für die deutsche Beschäftigungssituation ist.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Dieses ist eine gute Meldung. Denn wenn die Weltkonjunkturentwicklung nicht Ursache für die schlechte Entwicklung auf dem deutschen Arbeitsmarkt ist, dann müssen die Fehler hausgemachte Fehler sein.

(Dr. Willfried Maier GAL: Dann müssen wir mehr nachfragen!)

Wenn die Weltkonjunktur von uns auch nicht zu beeinflussen ist, so ist doch die deutsche Wirtschaftspolitik zu beeinflussen und diese Beeinflussung hin zu einer guten Wirtschaftspolitik liegt jetzt vor uns, und ich hoffe, nach dem 22. September wird das alles in die Wirklichkeit umgesetzt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Porschke.

Alexander Porschke GAL: Ich finde es interessant, auf welchem Niveau wir hier diskutieren, und möchte die Gelegenheit gerne aufgreifen

(Bernd Reinert CDU: Bis jetzt war das Niveau gut!)

und erst einmal darauf hinweisen wollen, dass die absolute Zahl des Exportüberschusses bei den Produkten noch nicht viel aussagt. Sie gibt zwar einen Hinweis darauf, dass es mit der Wettbewerbsfähigkeit der Löhne in Deutschland nicht so schlecht bestellt sein kann im Vergleich mit dem Ausland,

(Beifall bei der GAL und der SPD)

aber der Export war in früheren Jahren noch deutlich höher und wurde nur dadurch ausgeglichen, dass wir Deutschen gerne reisen. Dadurch war dann die Leistungsbilanz wieder ausgeglichen. Insofern ist der Hinweis darauf, dass der Exportüberschuss nicht die Ursache für die Probleme sein kann, die wir zurzeit auf dem bundesweiten Arbeitsmarkt haben, aus meiner Sicht nicht überzeugend.

(Zuruf von Dr. Andreas Mattner CDU)

Im Übrigen ist es auch so, wenn man es ernst nimmt, dass die Inlandsnachfrage das Problem ist, dann muss man doch wohl etwas bei den Löhnen tun und auch etwas dafür tun, dass die Leute mehr kaufen können. Es ist doch sehr die Frage, Herr Mattner, ob bei der Senkung der Spitzensteuersätze es die Leute sind, die dieses Geld, was sie weniger an Steuern zahlen, zur Ankurbelung der Konjunktur nutzen, oder auf dem internationalen Kapitalmarkt anlegen, wo sie am meisten Zinsen dafür bekommen und wie sie es in der Vergangenheit gemacht haben.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Da glaube ich doch eher, dass man sich konkret die Frage stellen muss, wie sich das auf die Menschen in Hamburg auswirkt. Bei aller Berechtigung der Diskussion über die Frage, ob man nicht eine zusätzliche Nachfrage im Niedriglohnbereich dadurch erreichen kann, dass man quasi Lohnsubventionen zahlt, um nicht zahlungskräftige Nachfrage beschäftigungswirksam zu machen, würde ich eine Suchrichtung so weit noch mitmachen. Das, was Frau Ahrons hier so nett mit der Formulierung gesagt hat, die

Anreize zum Übergang in den Ersten Arbeitsmarkt zu vergrößern, das machen Sie ja ganz praktisch, indem Sie nämlich die Leute in den Beschäftigungsprojekten jetzt auf Sozialhilfeniveau arbeiten lassen. Das Problem, das Sie dabei haben, ist, dass Sie die Löhne zwar absenken können, an Anreiz mangelt es nicht. Solange Sie aber nicht die Arbeitsplätze im Ersten Arbeitsmarkt anbieten können, ist es einzig und allein Sozialabbau an denjenigen, die nichts dafür können, dass für sie keine Arbeitsplätze im Ersten Arbeitsmarkt angeboten werden.

(Barbara Ahrons CDU: Die Konjunktur anschieben!)

Das ist unsozial. So etwas darf man nicht machen und schon gar nicht bundesweit.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Herr Weinberg.

(Erhard Pumm SPD: Ah, der Kandidat!)

Marcus Weinberg CDU:* Endlich. Sie haben lange gewartet.

Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich hatte meine Wortmeldung schon zurückgezogen, aber Herr Porschke, Ihre Äußerungen haben mich dann doch noch einmal aufgerufen, einiges zu sagen.

Erster Punkt: Export. Absolute Zahlen, wir können auch relative Zahlen sagen, nehmen Sie doch den Vergleich mit Großbritannien: Deutschland exportiert 9,6 Prozent in den US-amerikanischen Raum, Großbritannien 15 Prozent. Das Wirtschaftswachstum in Großbritannien ist dreimal so hoch wie in Deutschland.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Zweiter Punkt: Deutschland ist sicherlich eine Exportnation, aber Sie haben in Europa Länder – Niederlande, Irland –, die noch mehr vom Export abhängig sind als wir. Diese haben bei der Frage der Wirtschaftsdaten ganz andere Entwicklungen als wir in Deutschland. Wir haben den letzten Platz und das ist letztendlich allererste Ursache im Bereich der Binnennachfrage.

Dann komme ich nämlich zu dem eigentlichen Problem: Woran liegt das? Die Arbeitslosigkeit von heute wird bedingt durch die Konjunktur von gestern. Jetzt kommt das eigentlich Schlimme an Ihrer Politik. Die Konjunktur von heute bedingt die Arbeitslosigkeit von morgen. Im ersten Halbjahr 2002 sind die Branchen, die die Binnennachfrage ausmachen, eingebrochen. Der Einzelhandel ist eingebrochen, die Baubranche ist eingebrochen. Und das sind genau die Fehler, die Sie durch Ihre Strukturpolitik in diesen Bereichen gemacht haben. Warum?

Mittelstand: Sie haben gesagt, die Löhne seien zu teuer. Richtig. Vor vier Jahren hatte der Mittelstand ungefähr 40 Prozent an Abgaben und Steuern. Sie müssen immer beides berechnen, nicht nur über eine Steuerreform sprechen, wenn Sie hintenrum die Abgaben wieder erhöhen. Sie müssen beide Datensätze nehmen. Wenn Sie mit den Handwerkern sprechen, dann werden die Handwerker sagen, dass sie jetzt Abgaben und Steuern in Höhe von 42 Prozent, unter dem Gesichtspunkt der Ökosteuern sogar bis 43 Prozent haben. Genau das hat die Arbeit teuer gemacht und deswegen investiert keiner mehr in Hamburg und in Deutschland.

C

D

(Marcus Weinberg CDU)

A (Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir haben schon einiges über die Steuerreform und deren Folgen gehört. Sie haben – das haben wir auch alle bestätigt – die Kapitalgesellschaften entlastet. Aber auch zu diesem Problembereich eine Anmerkung. Trotz der im Vergleich zum Mittelstand relativ hohen Entlastung der Kapitalgesellschaften liegen die Kapitalgesellschaften in Deutschland im Vergleich zu den Steuern und Abgaben bei anderen europäischen Nationen auf dem vorletzten Platz. Also sogar für Kapitalgesellschaften sind trotz der Steuerreform die Daten so schlecht in Deutschland, dass die Menschen lieber in anderen europäischen Ländern investieren. In Deutschland liegen die Abgaben und Steuern bei ungefähr 38 Prozent, in Großbritannien beispielsweise bei 30 Prozent. Wer investiert dann noch in Deutschland?

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Herr Weinberg, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Hajduk?

Marcus Weinberg (fortfahrend): Nein, jetzt nicht.

Nächster Punkt. Sie haben ganz richtig analysiert, dass nicht die Löhne, sondern die Lohnzusatzkosten in Deutschland zu hoch sind und das ist das Hauptproblem. Wenn Sie sagen, dass Sie die Binnennachfrage wieder steigern wollen, können Sie das nur über zwei Ziele erreichen: Eine Veränderung der Rahmenbedingungen auf der Angebotsseite – das ist das, was genannt wurde, Tarifgesetz, Kündigungsschutz ... – und ganz entscheidend in der jetzigen Situation der Bundesrepublik Deutschland – und das ist die Analyse der Konjunktur – ist es, jetzt die Nachfrage zu steigern. Ich als Angestellter habe jetzt 1,5 Prozent weniger in meiner Lohntüte als vor vier Jahren und das fehlt uns jetzt im Bereich der Binnennachfrage und genau das sind die Folgen Ihrer falschen Arbeitsmarkt- und Wirtschaftsmarktpolitik.

B

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Hajduk.

Anja Hajduk GAL:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Weinberg, bei Ihrer Interpretation ist, glaube ich, viel Wunschdenken dabei, was die Steuerpolitik, die Wettbewerbsfähigkeit und die Unternehmenssteuern in Deutschland bezogen auf Europa angeht. Da hat sich eine Menge zum Positiven entwickelt. Ich will aber die Debatte nicht völlig neu aufmachen, aber Sie stellen so viele Fragen und wissen die Antworten noch nicht.

Eines ist ganz klar: Wer investiert denn schon gerne in Deutschland?

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Keiner!)

In dem Deutschland unter Kohl hatten wir Auslandsinvestitionen von ungefähr 30 Milliarden DM. Diese Summe haben wir in vier Jahren verzehnfacht. Das ist die Antwort und in die Richtung geht es und nicht wieder zurück in Ihre armselige Steuer- und Schuldenpolitik.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Meine Damen und Herren! Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Dann kommen wir jetzt zur Abstimmung.

C Wer einer Überweisung der Drucksache 17/1040 an den Wirtschaftsausschuss zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Überweisungsantrag abgelehnt.

Ich stelle fest, dass die Große Anfrage aus der Drucksache 17/1040 besprochen ist.

Tagesordnungspunkt 51: Antrag der Fraktion der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP: Kultur in der HafenCity. Das ist die Drucksache 17/1376.

[Antrag der Fraktionen der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP: Kultur in der HafenCity – Drucksache 17/1376 –]

Die Debatte entfällt einvernehmlich. Es geht noch um die Abstimmung.

Diese Drucksache möchte die GAL-Fraktion an den Kulturausschuss überweisen. Wer stimmt diesem Überweisungsantrag zu? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist der Überweisungsantrag abgelehnt.

Ich lasse dann in der Sache abstimmen. Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 17/1376 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft dem Antrag einstimmig zugestimmt hat.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 16 und 25a auf, die Drucksachen 17/1039 und 17/1129: Große Anfragen der SPD-Fraktion zur Familienpolitik in Hamburg.

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Ohne Kinderbetreuung läuft nichts: Berufs(wieder)einstieg und Sicherstellung der Kinderbetreuung – Drucksache 17/1039 –]

[Große Anfrage der Fraktion der SPD: Familie ist da, wo Kinder sind – Politik für ein familien- und kinderfreundliches Hamburg – Drucksache 17/1129 –]

D

Die Drucksache 17/1039 möchte die SPD-Fraktion an den Jugend- und Sportausschuss überweisen. Für die Drucksache 17/1129 beantragt die GAL-Fraktion eine Überweisung federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Jugend- und Sportausschuss.

Wer wünscht das Wort? – Herr Böwer, Sie haben es.

Thomas Böwer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Wenn Herr Uldall noch hier geblieben wäre, der ja gerade den 22. September angeführt hat, dann hätte ich ihn ...

(Anja Hajduk GAL: Da ist er!)

– Ist er noch da? – Schön, dass Sie noch dageblieben sind, Herr Senator, dann kann ich Sie daran erinnern, dass Sie – Herr Senator Lange, Sie können sich noch mal kurz zurücklehnen und entspannen – es doch waren, Herr Senator Uldall, und Sie, Frau Senatorin Schnieber-Jastram, die maßgeblich für die Familienpolitik der Bundesrepublik unter Helmut Kohl verantwortlich waren.

(Rolf Kruse CDU: Sie haben ein Kohl-Syndrom!)

Und diese Familienpolitik der Bundesregierung von Helmut Kohl hat in einem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes von 1998 das Prädikat „verfassungswidrig“ erhalten. Aber wir brauchen gar keinen Ausflug nach Berlin oder Bonn zu machen, sondern wir bleiben einfach in Hamburg. Diese Diskussion um die beiden Großen Anfragen ist auch eine

(Thomas Böwer SPD)

- A Gelegenheit, nach elf Monaten neuem Senat eine Zwischenbilanz zu ziehen. Das können wir durchaus noch zur fortgeschrittenen Stunde tun.

Anfänglich habe ich es durchaus bedauert, Frau Senatorin Schnieber-Jastram, dass Sie den Bereich der Kindertagesbetreuung so leichtfertig als zuständige Familiensensorin aus der Hand gegeben haben. Dieses Bedauern ist nicht mehr so groß, weil ich Ihnen aufgrund Ihrer bisherigen aktuellen Familienpolitik einfach schlichtweg den Rat geben kann, weniger Ideologie und mehr Hausaufgaben zu machen. Das wäre besser.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Sie werden die Senatorin sein, die uns im Zusammenhang mit Hilfen zur Erziehung das erste Mal seit Jahren wieder mit einem Nachtragshaushalt von etwa 4 Millionen Euro beglücken wird. Wie groß muss Ihre Not sein, dass Sie den ach so verkannten und zur Persona non grata erklärten Uwe Riez nun mit der Aufgabe betrauen, diesen Bereich wieder in richtige Bahnen zu lenken. Soweit zur Familienpolitik. Den Rest wird die Kollegin Stöckl nachher noch einmal kommentieren.

(Rolf Kruse CDU: Seien Sie nicht so überheblich!)

Wenden wir uns also dem Bereich der Kindertagesbetreuung zu, einem Bereich, der unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf zentral ist und für den Herr Senator Lange die Verantwortung trägt. Wir wissen, dass wir im Bereich der Kindertagesbetreuung eine wunderbare Diskussion haben zwischen der Frage, bauen wir aus oder sparen wir Elternbeiträge ein. Sie, Herr Senator Lange, haben gesagt: Ich werde die Elternbeiträge für die Kindertagesstätten senken. Das haben Sie sogar gestern noch einmal im Haushaltsausschuss gesagt. Das ist nunmehr eine lange Geschichte, Herr Senator. Erinnern wir uns.

Im April haben Sie im Haushaltsausschuss versprochen, im Rahmen dieser Legislaturperiode den kostenfreien Besuch von Hamburger Kindertagesstätten zu gewährleisten. So auch nachzulesen im Protokoll des Haushaltsausschusses. Wenn man jetzt in den Haushaltsplan dieses Jahres guckt, den Sie das erste Mal alleinverantwortlich gemacht haben, kann man feststellen, dass die Elternbeiträge nicht gegen Null sinken, sondern steigen, und zwar durchweg bis zum Jahre 2006.

(Anja Hajduk GAL: Das hat er noch nicht gemerkt!)

Eine Absenkung auf Null hätte übrigens 50 Millionen Euro gekostet.

Dann haben Sie gesagt, das funktioniert nicht, ist zu teuer. Dann sind Sie anlässlich der Haushaltsplanberatung vor der Sommerpause hingegangen und haben gesagt, okay, machen wir das Saarländer Modell „Heim und Küche“. Das dritte Kindergartenjahr ist kostenfrei. Dieser Vorstoß hatte nicht einmal den Senat so richtig erreicht, sondern blieb in der Behördenabstimmung stecken. Das war der zweite Versuch.

Nun konnte man der Presse entnehmen, dass Sie einen dritten Versuch unternommen haben. Sie versprechen allen Hamburger Eltern, dass zum 1. August 2003 das Kindergeld nicht mehr auf den Elternbeitrag angerechnet wird. Wir finden das übrigens eine prima Geschichte. Das war unser Antrag zu den Haushaltsplanberatungen, den Sie seinerzeit auch mit wortgewaltiger Argumentation von Dr. Schinnenburg abgelehnt haben.

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Vielen Dank!)

– Bitte schön. Aber jetzt kommt der Clou.

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Jetzt kommt doch PISA!)

Sie sagen, zum 1. August 2003 werden Sie das Kindergeld nicht mehr anrechnen. Das würde über das Jahr gerechnet 6 bis 7 Millionen Euro kosten, umgerechnet zwischen 3300 Halbtagsplätzen und 1000 Ganztagsplätzen. Anders als die SPD-Fraktion gehen Sie hin und sagen, ich hole mir das Geld nicht irgendwie aus dem Gesamthaushalt, sondern nein, Sie haben gestern im Haushaltsausschuss argumentiert, das schaffe ich schon irgendwie mit meinem Kita-Budget. Das heißt, entweder bauen Sie die Plätze ab oder Sie argumentieren in einem zweiten Bereich, der sehr viel spannender ist, und sagen, wir haben ja durch das neue Elternbeitragssystem Mehreinnahmen und damit entlaste ich auf der anderen Seite, indem ich das Kindergeld nicht mehr anrechne. Das ist nicht liberal, das ist gaga, Herr Senator. Das funktioniert so nicht.

(Beifall bei der SPD und bei Christa Goetsch und Dr. Verena Lappe, beide GAL)

Der Widerspruch geht noch ein Stückchen weiter. Wieder Haushaltsausschuss gestern. Sie haben in Ihrem Hause eine Umfrage bei Hamburger Eltern in Auftrag gegeben. Die ISKA-Nachfolgestudie, mit der Sie im Grunde genommen Ihren Gesetzentwurf qualifizieren wollen. Die Ergebnisse dieser Studie werden ungefähr Mitte November vorliegen. Mit dem Gesetzentwurf wollen Sie allerdings schon im Oktober in den Senat gehen, wie ich der Presse entnehmen konnte. Das eine passt also mit dem anderen nicht so richtig zusammen. Die Begründung für die 130 000-Euro-Studie war – gestern vorgetragen, ebenfalls nachzulesen demnächst im Protokoll –, dass die ISKA-Studie deswegen nicht so aussagefähig sei, weil – man muss es sich auf der Zunge zergehen lassen – man dort nachgefragt hätte, wie hoch der Bedarf an Kindertagesplätzen sei, wenn sie kostenfrei sind. Sie bräuchten aber dringend, um Ihr Gesetz zu qualifizieren und Ihre Kindertagesstättenpolitik zu qualifizieren, eine Studie, die den Eltern sehr verdeutlicht, dass sie Kindergartenplätze in Hamburg haben könnten,

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Kostet aber was!)

diese aber auch etwas kosten würden. Also, Herr Senator, was wollen Sie? Denn ausbauen tun Sie in dem Bereich nicht. Sie sind das dritte Mal hier angetreten mit einem weiteren Versuch, die Elternbeiträge zu senken, um den liberalen Wahlversprechen hinterherzukommen, aber die Absenkung befindet sich weder im Finanzplan, sie findet sich übrigens auch nicht in Ihrem Gesetzentwurf, den Sie durch die Deputation gebracht haben. In diesem Gesetzentwurf argumentieren Sie mit dem Einkommensbegriff nach dem Bundessozialhilfegesetz und genau der sieht die Anrechenbarkeit des Kindergeldes vor. Das heißt, Sie werden hingehen – völlig liberal –

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Damit sagen Sie, dass liberal und gut identisch sind!)

und, bevor Sie das Gesetz überhaupt in Kraft treten lassen, es noch einmal an einer entscheidenden Stelle novellieren müssen. Auch das ist nicht liberal, das ist gaga.

(Beifall bei der SPD und bei Anja Hajduk und Christa Goetsch, beide GAL – Glocke)

C

D

(Thomas Böwer SPD)

- A **Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt** (unterbrechend): Herr Abgeordneter, mäßigen Sie sich.

Thomas Böwer (fortfahrend): Das Wort „gaga“ ist ein im Sprachgebrauch mittlerweile gängiges Vokabular.

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt (unterbrechend): Es gibt keine Diskussion mit der Präsidentin.

Thomas Böwer (fortfahrend): Frau Präsidentin, ich nehme dieses Wort mit dem Bedauern zurück und sage, es ist nicht liberal, es ist nicht gut.

Weil ansonsten die Antwort auf die Große Anfrage in vielen Bereichen über Ankündigungen nicht hinausgeht, Sie aber in diesem einen Punkt sehr konkret geworden sind, habe ich die Bitte, uns heute zu erläutern, wie Sie das eigentlich machen wollen. Wie wollen Sie nun in Ihrem dritten Anlauf Ihr Wahlversprechen, die Elternbeiträge zu senken, in die Tat umsetzen? Wo findet sich dies im Haushalt wieder? Wie wollen Sie es entsprechend finanzieren? Wir Sozialdemokraten sagen, zum Ausbau, insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf, gibt es keine Alternative. Deswegen werden wir – wie bei den letzten Haushaltsplanberatungen – unser Ausbauprogramm von Kita-Card vorstellen, was den Ausbau von Krippenplätzen, von Hortplätzen und Ganztagsplätzen angeht.

Ein letzter Punkt. Vereinbarungen, die wir getroffen haben, gelten. Deswegen finden sich zu bestimmten Punkten aus dem Bereich der Großen Anfrage eines Trägers unter Punkt 7.6 keine Antworten, aber ich gehe davon aus, dass dieses keine Einbahnstraße ist. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

B

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Präsidentin Dr. Dorothee Stapelfeldt: Das Wort hat Frau Koop.

Karen Koop CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Große Anfrage bietet eine Menge an statistischem Material, was für unsere Arbeit sicherlich nicht schlecht ist. Aber in der Fragestellung wird es eigentlich schon sehr deutlich, dass wir ein grundsätzlich anderes Familienbild haben.

(Dr. Andrea Hilgers und Doris Mandel, beide SPD, und Anja Hajduk GAL: Das ist wahr!)

Aber es ist nicht das, was Sie jetzt meinen. Sie sagen in dem Titel „Familie ist da, wo Kinder sind“. Soweit ich mich erinnere, war es auch bei den Grünen einmal so: Familie ist ein Auslaufmodell, Wohngemeinschaft gleich Familie.

(Anja Hajduk GAL: Sie hätten den Satz wiederholen können!)

Wir wollen die Eltern nicht von der Erziehungsverantwortung entlasten, sondern wir sagen, Familie ist da, wo Kinder und Eltern sind. Hätten Sie Recht, dann hätte ich seit Jahrzehnten eine Familie mit 30 Kindern, denn ich bin pro Tag länger mit Kindern zusammen, als die Eltern es sind. Diese Verantwortung, die ich da habe, möchte ich nicht den Eltern abnehmen, sondern die Eltern brauchen ihre Verantwortung, die brauchen ihre Erziehungsverantwortung und ich glaube, das ist etwas, was wir den Eltern auch zurückgeben müssen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

C

Sie mögen das für realitätsfremd halten oder sagen, ach, das gibt es doch gar nicht mehr, dass Eltern und Kinder in verantwortungsbewusster, respektvoller und netter Atmosphäre leben. Gucken Sie mal in die Shell-Studie und fragen Sie sich mal, was junge Leute in unserer Zeit wollen.

(Anja Hajduk GAL: Das ist doch unwahr!)

Merkwürdigerweise ist es ihnen nicht auszutreiben, dass sie sich ein ganz normales Familienbild wünschen,

(Doris Mandel SPD: Ja, deswegen brauchen wir Kinderbetreuung!)

nur leider ist unsere Arbeitswelt so eingerichtet, dass sie es immer weniger verwirklichen können. Das ist das. Deswegen brauchen wir ein neues familienpolitisches Konzept und ich warte darauf, dass der Senat uns das zur Verfügung stellt.

(Anja Hajduk GAL: Weil wir keins haben!)

Was ist also zu tun? Ich denke, wir haben in der Gesellschaft ein grundsätzliches Manko. Wir haben zwar die neuen Organisationsformen der Familie akzeptiert. Wir haben gesagt, dass wir die Ein-Eltern-Familie, die Patchwork-Familie, die traditionelle Familie akzeptieren. Was wir nicht verinnerlicht haben, ist, dass sich mit den Veränderungen der Organisationsformen auch die Rolle von Vater und Mutter verändert hat. Den Müttern werden über Gebühr immer mehr Aufgaben aufgebürdet und manche sind wirklich dann auch japsend auf den Fluren – das erleben wir tagtäglich –, während die Vaterrolle immer mehr marginalisiert wird. Das führt natürlich dazu, dass sich die jungen Frauen heute sagen, wenn die Väter die Verantwortung nicht übernehmen wollen, bitte schön, ich kann mein eigenes kleines Kind gut versorgen. Aber jemanden, der zwei gesunde Hände hat und vor dem vollen Kühlschrank verhungert, den muss ich nicht auch noch versorgen. Viele Frauen ziehen die Reißleine und sagen sich, dann versorge ich mich lieber selber und werde Alleinerziehende. Das ist keine gute Entwicklung, aber ich möchte mal eine Lanze für die Alleinerziehenden brechen. Oft wird gesagt, allein erziehende Mutter, problematische Kinder. Die Frauen, die ich kenne und allein erziehend sind, sind die bestorganisierten Frauen. Die haben eine Qualität in ihrer Kinderbetreuung und wenn es nur kurze Zeit ist, die häufig zulasten der eigenen Person geht, aber gewiss nicht zulasten der Kinder. Die sind in vielen Bereichen wesentlich besser dran als vielleicht Kinder in anderen Bereichen.

D

Die allein erziehenden Frauen sind nicht das Problem. Das, was das Problem in unserer Gesellschaft ist, das sind die sich allein erziehenden Kinder und Jugendlichen. Das ist etwas, was wir überhaupt noch nicht so auf dem Tapet haben. Vielen unserer Kinder und Jugendlichen wird die Erziehung versagt oder, aus welchen Gründen auch immer, verweigert. Ich führe Gespräche und die Eltern sagen, ich möchte mein Kind nicht einengen. Ich möchte mein Kind nicht in irgendeine restriktiven Maßnahmen einbinden, es soll seinen Weg alleine finden. Dann *wollen* sie nicht erziehen. Manche *können* nicht erziehen, aus gesundheitlichen Gründen, aus finanziellen Gründen, aus Umfeldgründen. Da müssen wir Hilfe anbieten. Diese Hilfe zur Erziehung, das heißt, die Erziehungskompetenz zu stärken, ist etwas, was wir von klein auf anerkennen müssen. Das fällt nicht vom Himmel. Wir müssen den Menschen wieder deutlich machen, dass sie erstens für sich selbst

(Karen Koop CDU)

- A und zweitens für das Umfeld, das sie haben, verantwortlich sind, das heißt für die Menschen, mit denen sie leben. Da kriegen die Leute feuchte Augen, wenn sie das entzückende Buch „Der kleine Prinz“ lesen. Da ist ein ganz wichtiger Satz drin und dieser Satz heißt:

„Der Mensch ist zeitlebens für das verantwortlich, was er sich vertraut gemacht hat.“

Ich glaube, das ist etwas, was wir wieder zurückgeben müssen in die Hände der Menschen, die Verantwortung für sich selbst und auch für die Kinder tragen. Das muss man eben lernen. Das müssen wir vielleicht, wenn es in der Gesellschaft nicht mehr weitergegeben worden ist, in der Schule machen. Vielleicht müssen wir einen lebenskundlichen Unterricht einführen, in dem man damit wieder vertraut wird.

(Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly übernimmt den Vorsitz.)

Was Eltern in unserer Zeit brauchen, ist Mut zur Erziehung. Der zweite Teil, den Eltern sehr dringend brauchen, ist Zeit für ihre Kinder. Das Modell „Vater in Arbeit, Mutter in Arbeit, Kind in staatlicher Obhut“ ist vielleicht in manchen Bereichen nötig. Aber wir müssen von der Politik viel mehr darauf einwirken, dass die Arbeitswelt verändert wird und dass die Arbeitswelt Rücksicht nimmt

(Anja Hajduk GAL: Richtig!)

– Ich spreche zum ganzen Plenum, Frau Hajduk, nicht nur zu Ihnen.

Wir müssen auf die Menschen mit Familie Rücksicht nehmen. Wenn ich mir angucke, meine Damen und Herren von der SPD, dass unser Bundeskanzler mit einem riesengroßen Plakat wirbt „Frauen sollen Familie und Karriere verbinden können“, dann frage ich: Frauen? Nein, alle, auch die Väter sollen das können. Das heißt, es ist ein menschliches Problem und kein Frauenproblem.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP und bei Anja Hajduk, Alexander Porschke und Dr. Dorothee Freudenberg, alle GAL)

Wir müssen die Männer in die Pflicht nehmen. Es tut mir Leid, dass ich das so deutlich sage, meine Herren, aber es ist so. Die Väter müssen ihre Verantwortung in der Familie wahrnehmen. Gucken Sie sich die Statistiken an. Bei den jungen verheirateten Paaren haben wir eine Aufteilung der häuslichen Arbeit von fifty-fifty. Kaum sind die Kinder da, gehen die Väter stufen. Da muss uns plötzlich so viel zu tun und lassen die Frauen in dem Moment, wo sie die meiste Hilfe brauchen, völlig allein. Das ist ein Unding, das kann nicht angehen.

(Doris Mandel SPD: Und das ist jetzt alles Kinderbetreuung!)

– Jungensozialisation.

Was die Familien drittens brauchen, ist Geld. Ich würde gern näher auf unser Unions-Familiengeld eingehen. Wir haben aber im Ausschuss noch reichlich Zeit, uns darüber auseinander zu setzen. Es muss uns gelingen, jungen Leuten Mut zur Familie zu machen. Wir müssen ihnen Zeit dafür geben und auch Geld, damit sie ihre Familien ernähren können. Wir müssen das Geld gerecht zwischen Frauen und Männern verteilen: gleicher Lohn für gleiche Arbeit.

(Zurufe von Doris Mandel und Erhard Pumm, beide SPD)

C Frau Mandel und Herr Pumm, die IG Metall hat einen Arbeitsvertrag eingeführt, in dem es unterschiedliche Lohngruppen für Männer und Frauen gibt. Arbeiten Sie doch erst einmal bei sich zu Hause und dann kommen Sie zu mir.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Das Wort hat Herr Rutter.

(Erhard Pumm SPD: Jetzt kommt der Frauen-Kämpfer!)

Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Sehr geehrte Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Um es vorweg zu sagen: Wir unterstützen Bemühungen um die Entlastung von Eltern uneingeschränkt. Familie ist da, wo Kinder sind,

(Doris Mandel SPD: Richtig!)

aber nicht überall, wo Kinder sind, ist auch Familie. Vielen Dank für den Hinweis, Frau Koop, Sie haben mir eine Kerbe vorgeschlagen, die ich eigentlich auch vorhatte zu schlagen. Kinder gehören in die Familie. Was können wir dafür tun, um das zu fördern?

Da die Große Anfrage der SPD-Fraktion, Drucksache 17/1129, so themenreich ist, will ich sie in der vorgegebenen Reihenfolge durchgehen.

Natürlich ist es wichtig, Betreuungsplätze zu schaffen, um Ehepartnern und allein Erziehenden die Möglichkeit zu geben, neben dem Beruf auch noch Kinder großzuziehen.

D Ich habe bewusst diese provokative Formulierung gewählt, die die Kinder als Nebensache hinstellt, weil ich damit auf eine fatale Entwicklung hinweisen möchte. Kürzlich hörte ich in einer Rundfunksendung, wie Promis auf die Frage reagierten, ob sie einmal Kinder haben möchten. Die Antwort: Ja, vielleicht später. Oder: Das könnte ich mir schon vorstellen. Auf die Nachfrage, wie würden Sie das mit Ihrer Karriere vereinbaren: Ach, da wird sich schon jemand finden, der mir das Kind abnimmt.

Die Antworten zeigen, wohin unsere bisherige Denkweise geführt hat. Kinder sollen kommen, wenn man keine anderen Sorgen hat, problemlos sein und nicht von der Hauptaufgabe des Lebens ablenken, nämlich zu leben.

Vergessen wird dabei allerdings, dass die Kinder auf diese Weise auch nie das Gefühl der Zusammengehörigkeit in der Familie und das Rollenverständnis zwischen Eltern und Kindern bekommen. Auch das Bewusstsein für die Verantwortung gegenüber dem anderen ist dabei kaum zu entwickeln. Dann wundern wir uns eines Tages, wenn sie uns zu Hause nicht haben wollen, sich uns auch nicht verpflichtet fühlen und wir im Altenheim landen.

So gesehen stellt sich bei Betrachtung der Vergleichszahlen, die in der Anfrage aufgeführt sind, zu den Betreuungsplätzen folgende Frage: Ist eine vergleichsweise hohe Quote an Betreuungsplätzen, wie wir sie auch in Hamburg haben, eher positiv oder eher negativ zu bewerten? Immerhin liegt Hamburg mit einer Quote von 11,9 Prozent bei Kindern bis drei Jahren deutlich über dem Bundesdurchschnitt von 6,3 Prozent, ebenso bei den Sechs- bis Zehnjährigen mit 21,2 Prozent gegenüber 17,2 Prozent.

Aus der vorliegenden Statistik könnte man auch ableiten, dass die hohe Zahl von Betreuungsplätzen in den neuen

(Rolf Gerhard Rutter Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

- A Bundesländern in einem direkten Zusammenhang mit einer dort vorliegenden ebenso hohen Scheidungsquote liegt. Folge oder Ursache?

(Heiterkeit bei der SPD)

Natürlich müssen wir darauf achten, dass Kinder nicht zu finanziellen Problemen führen. Andererseits ist es aber auch nicht möglich, jede Belastung auszugleichen. Das geht nur bei Sozialhilfeempfängern oder bei Asylbewerbern.

Andererseits fehlt mir bei der Betrachtung der Zahlen in der Großen Anfrage immer der etwas längere Zeitraum. Wir betrachten nur die Zahlen der letzten Jahre, höchstens zurück bis 1990. Was aber ist mit der Zeit davor? Wenn wir die finanziellen und sozialen Leistungen der Sechziger- und Siebzigerjahre mit den heutigen vergleichen und gleichzeitig einen Blick auf die Entwicklung der Kinderzahlen werfen, ist keine Übereinstimmung festzustellen. Wohlgermerkt, das ist kein Plädoyer für das Heimchen am häuslichen Herd. Andererseits sollten wir aber auch vermeiden, Waisenkinder aus der Dritten Welt zu importieren,

(Doris Mandel SPD: Ich wusste gar nicht, dass Sie so etwas gemacht haben!)

damit wir hier Erziehungsbeihilfen bekommen, und sie dann im Kindergarten abgeben. Das kann auch nicht der Sinn der Sache sein.

Ich empfehle daher dringend, in Zukunft das Augenmerk nicht nur auf finanzielle und soziale Verbesserungen zu lenken, sondern auch die Familie zu stärken. Das geht nun einmal nicht über Betreuungsplätze und Ganztagschulen.

- B Zum Recht auf gewaltfreie Erziehung. Das ist gut und richtig. Wer aber einmal Kinder erzogen hat, weiß auch, dass jedes Kind ausprobiert, wie weit es gehen kann. Wenn man ihm keine Grenzen setzt, ist das unbegrenzt. Wir machen aber einen schweren Denkfehler, wenn wir einerseits die in den Unterhaltungsmedien und Computerspielen gezeigten Beispiele von Gewalt ignorieren und andererseits nicht bereit sind, ein Fernsehverbot auszusprechen, weil wir das für einen Akt von Gewalt halten. Wir möchten uns auch die Liebe unserer Kinder mit Nachgiebigkeit erkaufen.

Nein, meine Damen und Herren, das gesamte Zahlenmaterial mit allen Fakten, die dahinter stecken, führt letztlich nicht daran vorbei, dass wir insgesamt eine familienunfreundliche Gesellschaft geworden sind. Das müssen wir ändern und das geht nicht mit Geld.

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Das Wort hat Frau Goetsch.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Rutter, von den Waisenkindern sollten Sie sich distanzieren. Sie hätten lieber gestern zusammen mit Ihrem Kollegen Pramann die Fahrt durch die Kitas der AWO mitmachen sollen.

Nun zu Ihnen, Frau Koop. Sie sind heute nicht nur rotgrün gekleidet, sondern Sie sprechen sogar rotgrün. Das hat uns gefallen.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Bei Ihrer Rede hat die Körpersprache Ihres Kollegen Ehlers und anderer Herren Ihrer Fraktion

(Karen Koop CDU: Also, es hat genug Beifall von dieser Seite gegeben!)

für sich gesprochen. Ich habe das Gefühl, dass nicht die Männer allgemein stiftet gehen, sondern während Ihrer Rede besonders die Männer Ihrer Partei.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Frau Koop, es geht hier nicht darum, Erziehungsprobleme zu diskutieren – so gern ich das auch manchmal mache –, sondern wir müssen die Realitäten einer Großstadt, einer Metropolregion sehen. Da haben wir eine öffentliche Verantwortung.

Insofern findet für uns grüne Kinderpolitik überall dort statt, wo Kinder sind, und überall dort muss entsprechend dem Bedarf und den Bedürfnissen politisch gehandelt werden. Da geht es um Geld, um Zeit und um strukturelle Rahmenbedingungen, die wir als Politikerinnen schaffen müssen. Wir können uns nicht in epischer Breite über irgendwelche Probleme auslassen, sondern es müssen Fakten geschaffen werden. Wenn es ums Geld geht, muss auch ausreichend Geld in die Hand genommen werden. Sie wissen ganz genau, dass in der letzten Legislatur unter Rotgrün das Kindergeld dreimal erhöht wurde und demnächst eine Kindergrundsicherung gegen die wirkliche Kinderarmut geplant ist. Außerdem haben wir in der letzten Legislatur unter Rotgrün

(Karen Koop CDU: Und wir das Familiengeld!)

den Anspruch auf Teilzeit umgesetzt und rechtlich garantiert.

Wir haben natürlich auch die Elternzeit neu eingeführt. Sie ermöglicht es Müttern und Vätern gleichzeitig, Elternzeit drei Jahre lang in Anspruch zu nehmen. Das sind Schritte in Richtung Gleichberechtigung. Es ist konkret etwas gemacht und nicht nur herumgeredet worden. Demnächst wird auch ein Vaterschaftsurlaub angegangen, den es in Frankreich übrigens seit 2002 und in den skandinavischen Ländern bereits seit langem gibt. Das sind alles Schritte, wo es hinlaufen muss. Wir haben heute sehr viel über Europa gehört, also lassen Sie uns auch in die Nachbarländer gucken.

Noch einmal zu den strukturellen Rahmenbedingungen. Es müssen Rahmenbedingungen geschaffen werden, dass sich Eltern – Väter und Mütter – darauf verlassen können, dass der Staat in der Kita verlässliche Betreuung und Bildung – um wieder bei der Qualität zu bleiben – bietet und dass es mehr und nicht weniger Angebote gibt, vor allem nicht weniger Krippenplätze. Unser Ziel ist es, den Rechtsanspruch auf Sechs- und Achtstundenplätze auszuweiten. Dann kommt noch ein Punkt dazu, der mir in der Debatte noch nicht genug erwähnt worden ist. Wir müssen auf die Qualität der Aus- und Fortbildung der Erzieherinnen achten. Ich weiß, dass das im Gesetz der SPD-Kollegen steht. Das ist ein sehr wichtiges Thema. Die europäischen Nachbarländer machen uns deutlich, dass in der Kita eine bessere Qualifizierung des Personals durchgeführt wird.

Noch einmal zu Hamburg. Herr Senator Lange, Sie wollen die Senkung der Elternbeiträge. Wir wissen ganz genau, dass in Hamburg beides nicht ohne Geldspritze aus Berlin möglich ist. Wir können nicht die Elternbeiträge senken und gleichzeitig die Angebote ausweiten. Das geht nicht. Ihre vollmundige Versprechung, dieses bis 2006 zu verwirklichen, wird im Finanzbericht bis 2006 widerlegt. Dort wird genau das Gegenteil gesagt. Wir haben uns den Mund sowohl im Jugend- und Sportausschuss als auch im Haus-

(Christa Goetsch GAL)

A haltsausschuss fusselig geredet. Insofern bitte ich Sie, bleiben Sie ehrlich.

Wir sollten gemeinsam das Ziel angehen, Angebote auszuweiten. Ein weiteres, spezielles Ziel der Grünen ist, dass das letzte Jahr vor der Einschulung kostenfrei sein soll, aber nicht nur für die Vierstundenplätze.

(Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Auf einmal! Aber eben noch nörgeln!)

Auf dieses Ziel müssen wir hinarbeiten. Wir müssen ja auch noch Visionen haben.

(Zuruf von Karl-Heinz Ehlers CDU)

Ich komme noch einmal auf die Realitäten zurück. Grüne Kinderpolitik heißt, Herr Ehlers: Das ist Kinderpolitik, egal ob es Schlüsselkinder, Scheidungskinder, Familienkinder, Sonntagskinder oder Alltagskinder sind. Dafür machen wir grüne Kinderpolitik. – Danke.

(Beifall bei der GAL und der SPD)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Herr Böwer hat die Diskussion in Richtung Kitas gebracht. Ich sage dazu gleich einiges. Aber wir haben eigentlich das Thema Familie.

(Karen Koop CDU: Genau!)

Für die FDP-Fraktion – ich gehe davon aus, dass sehen unsere Koalitionspartner genauso – hat die Familie höchste Priorität.

B (Vereinzelter Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Ich sage Ihnen aber auch, Familienpolitik muss hinterfragen, was wir eigentlich wollen.

Nach unseren Vorstellungen verhält es sich bei der Familienpolitik ein bisschen wie bei der Wirtschaftspolitik. Es geht zunächst einmal um Rahmenbedingungen – Herr Rutter hat dazu einige durchaus überzeugende Ausführungen gemacht – und es geht auch um Geld.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Ach, tatsächlich! – Gegenruf von Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Tja, da staunt ihr!)

Es geht aber nicht – das ist für die rotgrünen Kollegen sehr schwer – um Almosen und vor allem auch nicht um Bevormundung, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Beginnen wir mit der Bevormundung. Gerade weil wir keine Bevormundung wollen, haben wir zwei Dinge gemacht:

Erstens haben wir die Bezirksbindung beim Grundschulbesuch aufgehoben, damit die Eltern selber entscheiden können, wohin sie ihr Kind bringen. Das ist das Gegenteil von Bevormundung, das ist Mündigkeit.

(Britta Ernst SPD: Ja, wir wissen nicht, wo Sie das gemacht haben!)

– Wir wollen Sie auch nicht bevormunden. Reden Sie sich erst einmal den Frust von der Seele, dann rede ich weiter.

C Zweitens: Bei den Kitas haben wir etwas Ähnliches gemacht. Wir werden da – im Prinzip sind Sie mit uns in diesem Punkt sogar einer Meinung – das Kita-Gutschein-system einführen, das keine staatliche Planung beinhaltet, wo jedem ein Kita-Platz zugewiesen wird, sondern jeder kann sich, mit einem Kita-Gutschein ausgerüstet, selber die Kita aussuchen, die er für richtig hält; egal, wo sie liegt, und egal, ob sie beispielsweise kirchlich oder staatlich ist.

Das sind klare Zeichen unserer Einstellung zur Familienpolitik. Wir wollen keine Bevormundung, sondern wir wollen Chancen haben.

Ein paar Worte zu den Rahmenbedingungen. Zu den Rahmenbedingungen gehören unter anderem auch familien-gerechte Wohnungen und gute Schulen. Ich will jetzt nicht die Debatte von vorn aufgreifen. Nur, Sie sollten auch im Sinne der Familien applaudieren, wenn Senator Lange und die Koalition dafür sorgen, dass Hamburgs Schulen besser werden und dass mit Vergleichstests herausgefunden wird, wo es noch weitere Steigerungsmöglichkeiten gibt. Auch das ist nicht nur Schulpolitik, sondern auch Familienpolitik.

Das Thema Geld kann ich Ihnen nun wirklich nicht ersparen. Sie reden ja so gerne über Geld. Familienpolitik und Geld ist ein Trauerstück von Rotgrün, und zwar sowohl im Bund als auch in Hamburg. Fangen wir mit Hamburg an.

Sie haben – hoffe ich zumindest – die Große Anfrage gelesen. Daraus ging hervor, dass seit 1998 die Ausgaben für die Kindertagesbetreuung – also nicht rotgrün, sondern rotgrün – gesunken sind. Sie haben jedes Jahr weniger Geld für Kindertagesbetreuung ausgegeben. Lesen Sie es nach, es sind mehrere Millionen. Ich erinnere nur an die 16 Millionen DM, die Sie bei der Berechnung der Elternbeiträge eingespart und den Menschen weggenommen haben. Erst 2002, seit diesem Jahr, wurden die Zahlungen erhöht. Ich gebe Ihnen zu, nicht um viel, aber es ist eine klare Tendenzwende. Aber das geht noch in Hamburg.

D Viel schlimmer ist das, was Sie im Bund machen und was Sie noch als großen Erfolg verkaufen. Vielleicht haben Sie wirklich einmal die Zahlen nachgelesen, die der Senat in der Antwort auf Ihre Anfrage gebracht hat.

Es gibt das erste und zweite Gesetz zur Familienförderung. Ob Sie es nachgerechnet haben, weiß ich nicht. Ich sage es Ihnen. Es wurde immer differenziert, es wurden die Bundeszahlen und die Hamburger Zahlen genannt. Nehmen wir die Hamburger Zahlen. Die Ergebnisse Ihrer Gesetzgebung im Bund zur Familienförderung führen dazu, dass in Hamburg im Jahre 2005 – Sie glauben es gar nicht – für Familien auf der steuerlichen Ebene 1 Million Euro weniger zur Verfügung steht. Das ist das Ergebnis Ihrer angeblich familienfreundlichen Steuerreform.

Die Einbeziehung des Betreuungsfreibetrags in den Familienleistungsausgleich gibt den Familien 12,27 Millionen Euro.

Die Streichung des Paragraphen 33c Einkommensteuergesetz zu Kinderbetreuungskosten zieht den Eltern und Familien wieder 1,79 Millionen Euro heraus.

Anhebung des Kinderfreibetrags und Einführung eines Freibetrags für Betreuung, Erziehung und Ausbildung: 8,69 Millionen Euro für die Familien.

Berücksichtigung nachgewiesener Kinderbetreuungskosten: 2,56 Millionen Euro für die Familien.

Reduzierung der Ausbildungsfreibeträge: Es werden den Familien 7,93 Millionen Euro wieder weggenommen.

(Dr. Wieland Schinnenburg FDP)

- A Und schließlich der Abbau des Haushaltsfreibetrags. Mehreinnahmen oder – anders ausgedrückt – weniger Geld für die Familien: 14,83 Millionen Euro.

Wer mitgerechnet hat, kommt ziemlich genau auf 1 Million Euro. Sofern, wie ich es eigentlich hoffe, die jetzige Bundesregierung nicht abgelöst wird und andere Gesetze gemacht werden, werden Ihre Gesetze, die Sie beschlossen haben, dazu führen, dass nur in Hamburg den Eltern, den Familien im Jahre 2005 1 Million Euro aus der Tasche gezogen wird. Das ist das, was Sie mit dem Geld der Familien machen. Eine Katastrophe.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Wir stehen kurz vor der Wahl. Das bessere Modell wäre das der FDP mit 7500 Euro Grundfreibetrag. Das wäre ein großer Pusch. Auch über das CDU-Modell lässt sich sicherlich reden.

Herr Böwer hat zu Recht folgende Frage aufgeworfen: Wie ist es denn, wenn wir wenig oder sogar gar kein Geld übrig haben? Wollen wir das dann für mehr Kita-Plätze ausgeben oder wollen wir das für die Senkung der Elternfreibeträge verwenden? Auch da muss man auf die Zahlen gucken, anstatt zu polemisieren.

Schauen wir den Vergleich der westlichen Bundesländer an: Hamburg hat – Kompliment – den größten Versorgungsgrad. Deshalb würde ich zunächst sagen, es besteht zunächst kein großer Bedarf, dort noch zu erhöhen. Aber umgekehrt hat Hamburg – das diskutieren Sie gern unter den Tisch – auch die höchsten Elternbeiträge. Die Konsequenz kann ja nur sein, dass ein vergleichsweise geringer Handlungsbedarf bei den Plätzen, aber großer Handlungsbedarf bei den Elternbeiträgen besteht. Genau das machen wir. Das ist die Begründung für die Maßnahmen, die Senator Lange eingeleitet hat. Wir müssen etwas bei den Elternbeiträgen tun.

B

Zum Schluss ein Ausflug in eine Welt, die Ihnen völlig fremd ist, mit der Sie sich aber beschäftigen sollten, und zwar die Frage der Selbstständigen.

Es gibt eine Menge Frauen, die selbstständig sind. Ich kenne etliche Rechtsanwältinnen. Sie sollten einmal schauen, ob man etwas im Bereich der Familienpolitik tun kann. Eine angestellte Rechtsanwältin hat allen Schutz, die unsere Gesetze heute bieten, beispielsweise Mutterschutz und Erziehungsgeld. Ich kenne viele selbstständige Rechtsanwältinnen, die noch wenige Tage vor der Entbindung gearbeitet haben, und zwar zehn Stunden am Tag, und die ein oder zwei Wochen nach der Geburt wieder genauso viel gearbeitet haben, weil es für sie keinen Schutz und keine Sicherungssysteme gibt. Das entgeht Ihnen natürlich völlig, weil Selbstständigkeit nicht Ihre Lebensmaxime ist. Dies ist ein Bereich, in dem wir etwas tun sollten. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Senator Lange.

Senator Rudolf Lange: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Um Sie, Herr Böwer, nicht zu sehr auf die Folter zu spannen, will ich es gleich vorweg sagen: Selbstverständlich werden wir in dem neuen Kita-Gutscheingesetz die Elternbeiträge um den Anteil des Kindergeldes

senken beziehungsweise das in Zukunft nicht mehr mitberechnen. Die notwendigen Unterlagen werden wir der Deputation rechtzeitig vorlegen, damit wir das Gesetz planmäßig auf den Weg bringen können, was wir dann auch noch gemeinsam besprechen werden.

(Thomas Böwer SPD: Es gibt doch einen zweiten Entwurf!)

– Das ist eine relativ geringe Ergänzung und die wird planmäßig in der Deputation behandelt werden.

Ohne Kinderbetreuung läuft nichts. Dieser These, die der von der SPD eingebrachten Großen Anfrage vorangestellt ist, kann man eigentlich nur zustimmen, allerdings in einem noch weiteren Sinne, als es der Fragestellung entspricht, denn die SPD zielt nahezu ausschließlich auf den Zusammenhang von Berufstätigkeit, Ausbildung und Weiterbildung einerseits und Kindererziehung andererseits.

Ohne daraus nun – wahrscheinlich unzulässigerweise – auf die Kurzichtigkeit der Antragsteller schließen zu wollen, hat der Senat in Erwiderung auf die Vorbemerkung der Fragesteller an die bildungspolitische Dimension der Förderung von Kindern in Kindertageseinrichtungen erinnert. Ich stelle dazu noch einmal fest: Der sozial- und familienpolitische Aspekt, den die SPD in den Mittelpunkt der Anfrage gestellt hat, verdient auch nach Auffassung des Senats höchste Beachtung. Die Betreuung von Kindern und die Entlastung der Familien ist aber nicht alles. Kindertageseinrichtungen und insbesondere die für Kinder im Alter von drei Jahren bis zur Einschulung haben vor allen Dingen einen Bildungsauftrag. Sie werden als ein Teil des Bildungswesens begriffen und sind daher zu Recht in der Bildungsbehörde angesiedelt. Das war ein Grund, warum wir den Zuschnitt der Behörden so geregelt haben. Auch diese weitsichtige Maßnahme ist durch PISA-Ergebnisse eindrucksvoll belegt, dass Bildung eben nicht erst bei der Einschulung beginnt.

C

Soweit sich die Anmerkungen und Fragen der SPD auf die Vereinbarkeit von Berufstätigkeit und Kindererziehung beziehen, stellen sie ihre Implikationen weitgehend als Bestätigung der von diesem Senat vertretenen Politik dar, denn selbstverständlich hat der Senat die besondere Situation der Kinder Alleinerziehender im Blick. Selbstverständlich werden wir alles unternehmen, um Umfang und Struktur des Angebotssystems der Kindertagesbetreuung dem Bedarf der Kinder anzupassen, und zwar auch der Kinder, deren Eltern berufstätig sind.

Dem hier diskutierten Zusammenhang von Berufstätigkeit und Kinderbetreuung wird man allerdings nicht allein durch mehr Plätze und eine stärkere Differenzierung der Angebotsstruktur gerecht werden, so wichtig beides ist.

Angesichts einer wesentlichen Flexibilisierung der Arbeitswelt müssen wir auch auf familienergänzende Leistungsangebote von häufig noch allzu starren Betriebszeiten Abschied nehmen. Die Anbieter tun sich da noch schwer und in gewisser Weise kann man deren Zurückhaltung auch verstehen. Hier ist aus meiner Sicht noch ein wichtiges Problem zu klären, wie man in Zukunft die Zeiten im Arbeitsprozess mit den bisher sehr starren Zeiten in den Kindertagesbetreuungseinrichtungen in Verbindung bringt. Aber auch hier versprechen wir uns von dem neuen Kita-Gutscheingesetz wesentliche Veränderungen. Dieses Gesetz werden wir in Kürze einbringen und damit werden wir eine allerdings etwas peinliche Lücke des Vorgänger-senats schließen. Bis heute ist Hamburg das einzige Bundesland, das für ein so wichtiges Politikfeld wie die Kin-

D

(Senator Rudolf Lange)

- A dertagesbetreuung nicht über ein umfassendes Gesetz verfügt.

Die Fehler, die in der Vergangenheit gemacht worden sind, wurden mit geradezu unverwechselbarem Charme von Herrn Zuckerer gestern angesprochen. Sie ärgern sich im Grunde nur, dass Sie seinerzeit bei den Kita-Überlegungen und den -Einführungen Fehler gemacht haben, die wir natürlich nicht wiederholen. Wir senken die Elternbeiträge, wir halten das Angebot zahlenmäßig mindestens stabil.

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Wie denn?)

Da allerdings die Zahl der Kinder nachweislich sinkt, erhöht sich sogar der Versorgungsgrad. Das Ganze lässt sich mit den vorhandenen Mitteln bezahlen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive – Anja Hajduk GAL: Ja, das reicht Ihnen!)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Frau Dr. Stöckl, Sie haben das Wort.

Dr. Ingrid Stöckl SPD:* Gut, Herr Senator Lange, dass Sie nachbessern wollen. Wir sind sehr gespannt, was Sie dann der Bürgerschaft sowie auch der Deputation vorlegen werden.

(Stephan Müller Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Da steht noch ein Satz mehr drin!)

Herr Dr. Schinnenburg, nur zur Information, vielleicht haben Sie es vergessen: Unter unserer Regierung wurde die Verlässliche Halbtagsgrundschule eingerichtet und von den insgesamt 67 000 Kindertagesheimplätzen 20 000 eingerichtet. Diese Information kehren Sie einfach unter den Tisch.

(Rüdiger Schulz SPD: Das wusste er nicht!)

– Das konnte er einfach nicht wissen.

Es ist nett, Herr Rutter und auch Frau Koop, dass Sie sich an der Überschrift der Großen Anfrage abarbeiten. Inhaltlich konnten Sie zur Familienpolitik nichts sagen.

(Richard Braak Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Nee, wir haben Kinder!)

Auch Sie haben keine Perspektiven, wie man Politik kinder- und familienfreundlich gestaltet. Dass Sie grundsätzlich ein anderes Familienbild als wir haben, glaube ich.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das sieht man auch an der Antwort auf die Große Anfrage, die sehr enttäuschend ist, Frau Senatorin Schnieber-Jastram. Sie haben Familienförderung als einen Schwerpunkt der Politik definiert. Nur, es ist bei bloßer Ankündigungspolitik geblieben. Bisher finden sich keine Ansätze zur Gestaltung einer wirklich familien- und kinderfreundlichen Politik. Alles, was hier vorzeigbar ist, hat bereits unsere frühere Regierung eingerichtet oder es ist auf die Errungenschaften von Gerhard Schröder im Bund zurückzuführen.

(Beifall bei der SPD – Oh-Rufe und Lachen bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

– Jetzt lachen Sie noch.

Die einzige, wirklich aufsehenerregende Aussage von Ihnen, Frau Senatorin, war die zur Einrichtung von insge-

samt 90 Plätzen für straffällig gewordene Jugendliche. Und nicht einmal dazu haben Sie ein überzeugendes, inhaltlich fundiertes Konzept vorgelegt.

(Beifall bei der SPD und bei Dr. Verena Lappe GAL)

Was ist mit den vielen anderen Kindern, Jugendlichen und deren Eltern, die sich nichts haben zuschulden kommen lassen? Frau Koop sagte: Wer nimmt denn Rücksicht auf die Familie? Auch die Senatorin hat bisher nichts zu den Familien gesagt, die Familien werden allein gelassen. Doch Familien brauchen die Unterstützung von Politik und Gesellschaft.

Die Geburtenzahlen sind in unserem Lande rückläufig. Das wissen auch Sie. Eine wichtige Ursache hierfür sind die Probleme, Familie und Beruf miteinander in Einklang zu bringen. Die Frauen sind es nämlich – das weiß auch Frau Koop –, auf deren Rücken dieses ausgetragen wird. Die Frauen sind es, die den Spagat zwischen Kind und Job machen müssen.

Kinder kosten viel Geld. Wenn Sie es auch nicht wahrhaben wollen, mittlerweile hat sich das aber auch bei den jungen Paaren in unserer Gesellschaft herumgesprochen.

(Wolfgang Ploog CDU: Das wussten die schon immer!)

Während Sie sich unter Ihrem Kanzler Kohl nur das doppelte Verfassungsgerichtsurteil einholen konnten mit der Maßgabe zur Verbesserung des Familienlastenausgleichs, hat unsere rotgrüne Bundesregierung dies erkannt

(Karen Koop CDU: Oh! Zählen Sie doch mal auf!)

und hat seit 1998 kontinuierlich Verbesserungen im Bereich der Familie eingeführt.

(Beifall bei der SPD – Karen Koop CDU: Und die Steuer hat das wieder eingeholt!)

Sie haben es immer noch nicht verinnerlicht. Frau Goetsch hat darauf hingewiesen, aber ich möchte es trotzdem noch einmal wiederholen. Es ist das Kindergeld, das von 112 Euro auf 154 Euro monatlich erhöht wurde.

(Beifall bei der SPD)

Unsere Regierung wird in der kommenden Legislatur das Kindergeld auf 200 Euro erhöhen.

Die Kinderfreibeträge sind neu gestaltet worden und lassen jetzt bei der Erwerbstätigkeit beider Eltern den steuerlichen Abzug zu.

(Karen Koop CDU: Aber nur bei der Erwerbstätigkeit!)

Um noch ein letztes nettes Beispiel zu nennen – ich hätte noch mehrere, aber ich nenne nur noch eines –: Das ist die Steuerreform, die gerade zugunsten der Familien ausgefallen ist.

(Beifall bei der SPD)

Das ist der Bund. Aber was macht Hamburg? Auf die Frage in der Großen Anfrage, wie Hamburg den angekündigten Zuschuss der Bundesregierung zur Einrichtung der Ganztagesplätze einsetzen wird – immerhin wurde 1 Milliarde Euro pro Jahr angekündigt –, verweigern Sie einfach die Antwort. 150 Ganztages Schulen könnten mit diesem Geld eingerichtet werden. Aber Sie wollen ja nur drei davon einrichten.

(Zuruf von der CDU: Hamburg?)

C

D

(Dr. Ingrid Stöckl SPD)

A – In Hamburg.

(Karen Koop CDU: 150?)

Sie hätten es sich durchrechnen können, dann wüssten Sie es auch.

Fehlanzeige besteht auch bei den Konzepten zur Verbesserung der Kinderbetreuung. Darauf hat Herr Böwer ausreichend hingewiesen. Perspektivlosigkeit auch, wenn es beispielsweise um direkte Anstöße zur Förderung von mehr Betriebskindergärten geht. Es heißt nur immer lapidar: Der Senat berät und begleitet. Aber Maßnahmen und Konzepte gibt es keine.

Sie haben noch eine Chance verpasst. Hamburg hatte durch die Erhöhung des Kindergeldes Einsparungen bei den Sozialhilfeleistungen in Höhe von nahezu 5 Millionen Euro zu verbuchen. Und was machen Sie mit dem Geld? Entgegen der Aufforderung des Deutschen Bundestags wurde das Geld nicht für familienpolitische Aufgaben eingesetzt, sondern diese insgesamt 4,8 Millionen Euro flossen in den Gesamthaushalt zurück.

(Wolfgang Drews CDU: Ja, eben!)

Sie aber sollten wissen, Frau Senatorin, und auch die engagierten familienpolitischen Abgeordneten, von denen es in Ihren Fraktionen ja auch einige gibt, dass eine kinder- und familienfreundliche Politik nicht zum Nulltarif zu haben ist.

Wir müssen gemeinsam mit der Wirtschaft, den Gewerkschaften, den Kirchen und Verbänden in Hamburg eine Allianz für Kinder einrichten, ein Bündnis für die Familie ins Leben rufen.

B (Ekkehard Rumpf FDP: Bündnis für Arbeit, Bündnis für Familie ...)

Es gibt genug zu tun. Frau Senatorin, packen Sie es an.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Das Wort hat Herr Dr. Schinnenburg.

Dr. Wieland Schinnenburg FDP: Frau Dr. Stöckl, hätten Sie es doch gelassen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Hätten Sie sich doch an den Rat Ihres Parteivorsitzenden, unseres noch amtierenden Bundeskanzlers Schröder, gehalten. Der hat doch allen gesagt, nix sagen, nix machen und auf die Flut warten. Hätten Sie sich doch ein bisschen daran gehalten, Frau Dr. Stöckl.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Erstens haben Sie wohl nicht zugehört, was ich vorhin gesagt habe. Es stimmt eben nicht: Ihre Steuerpolitik war zulasten der Familie. Ich habe das am Beispiel Hamburgs mit 1 Million ausgerechnet, Sie können es zwanglos hochrechnen und kommen auf einen dreistelligen Millionen-Euro-Betrag, wenn Sie es bundesweit betrachten. Geld haben Sie gerade nicht den Familien gebracht. Das höhere Kindergeld haben Sie bei den Kitas in Hamburg regelmäßig gleich wieder einkassiert; das war doch von vorne bis hinten vollkommen falsch.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

C Dann bemängeln Sie, dass es keine Anstöße zu Betriebskindergärten gäbe. Ich gebe Ihnen Recht, Betriebskindergärten sind etwas Gutes, aber Sie hatten doch 44 Jahre Zeit, Betriebskindergärten zu fördern. Sie haben es nicht gemacht, also werfen Sie es uns jetzt nicht vor.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Dann bemängeln Sie, dass durch die Erhöhung des Kindergeldes der Stadt 4,8 Millionen Euro zugute kommen durch weniger Sozialhilfeleistungen.

(Rüdiger Schulz SPD: Das bemängeln wir überhaupt nicht! Das sind Einsparungen!)

– Sie haben gerade bemängelt, dass 4,8 Millionen Euro in den Gesamthaushalt geflossen sind anstatt in kinder- oder familienspezifische Ausgaben. Das Wichtigste, das man finanziell gerade für Kinder machen kann, ist, keinen riesigen Schuldenberg zu hinterlassen. Als wir die Regierung übernahmen, wurde durch Ihre Politik jedes Kind, das zu der Zeit geboren wurde, mit rund 20 000 Euro Schulden geboren. Das ist eine extrem familienfeindliche Politik.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Und dann kommt noch die unglaubliche Summe von 1 Milliarde Zuschuss des Bundes für Ganztagschulen hinzu. Der Senat hat zu Recht gesagt, mit solchen Prohezeungen und Versprechungen der letzten Legislaturperiode beschäftigen wir uns nicht; ich möchte es doch tun.

(Wolfgang Franz SPD: Das auf keinen Fall!)

Da war die Flutwelle. Ihr Kanzler war immerhin da, hat sich in den Medien gezeigt

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Sie ja nicht!)

und ist zu dem Ergebnis gekommen, wir haben kein Geld. Unser Haushalt gibt nicht einmal für akute Probleme wie eine Flutwelle Geld her, deshalb müssen wir die Steuern erhöhen, indem wir die Senkung verschieben. Dann haben Sie natürlich auch kein Geld für die Ganztagschulen, was Sie versprochen haben. Im Übrigen brauchen wir vielleicht gar nicht unbedingt die Hilfe des Bundes, denn Sie wollten pro Jahr eine Ganztagschule eröffnen, wir eröffnen mindestens drei, wahrscheinlich demnächst mehr und das ohne die Hilfe unseres Medienkanzlers, wir können das ganz alleine.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Schließlich und endlich, Frau Dr. Stöckl, hat man manchmal wirklich auch Freude an Ihren Vorträgen.

(Rolf Kruse CDU: Nee!)

Zum Bündnis für Kinder nur zwei Bemerkungen. Erste Bemerkung von Herrn Henkel: Wir brauchen nicht so viele Runde Tische, sondern eckige Entscheidungen. Dazu ist Ihre Regierung im Bund nicht fähig gewesen.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Zweite Bemerkung: Gnade den Kindern, wenn Ihr Bündnis für Kinder genauso scheitert wie Ihr Bündnis für Arbeit. Gute Nacht! – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

A Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Frau Senatorin Schnieber-Jastram, Sie haben das Wort.

Senatorin Birgit Schnieber-Jastram: Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Frau Dr. Stöckl, auch dieses Thema ist offensichtlich nicht zu schade für Wahlkampf.

(Anja Hajduk GAL: Das hat Herr Schinnenburg gerade bewiesen!)

Nur darf man sich über solche Reaktionen nicht wundern: Wie man in den Wald hineinruft, so schallt es meistens auch heraus.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Die Aussage, Familie sei da, wo Kinder sind, finde ich nicht ganz richtig, meine Damen und Herren von den Grünen und von der SPD. Ich würde sagen, Familie ist da, wo Eltern für Kinder und Kinder für Eltern sorgen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Und das, Herr Böwer, hat überhaupt nichts zu tun mit Ideologie, sondern ist wirklich unglaublich pragmatisch. Ideologisch war, was Sie die letzten 44 Jahre an den Tag gelegt haben, nämlich keine Familienpolitik zu betreiben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Aber lassen wir den Streit um die Definition. Viel entscheidender ist, dass in Hamburg seit Jahren die Zahl der Familien mit Kindern dramatisch abnimmt. Allein in den Jahren von 1995 bis 2001 hat die Zahl der Hamburger Haushalte mit Kindern um 7000 abgenommen und die Zahl der kinderlosen Ehepaare ist im Gegenzug um 9000 gestiegen. Die Zukunft der Familien ist eine Frage der Zukunftsfähigkeit unserer Stadt und deshalb ist eines der wichtigsten Ziele dieses Senats, Hamburg kinder- und familienfreundlicher zu gestalten.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Wir möchten erreichen, dass Familien mit Kindern gerne in Hamburg leben und die Zahl der Familien mit Kindern wieder zunimmt.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das liegt auch fern jeder Ideologie im Interesse der jungen Generation. Frau Koop hat es vorhin gesagt, die neue Shell-Jugendstudie hat gezeigt, dass die überwiegende Mehrheit junger Menschen der Meinung ist, dass man Familie zum Glückseligkeit braucht. Außerdem wünschen sich immer noch über zwei Drittel der Jugendlichen Kinder. Wir wollen Hamburg deswegen zu einer Stadt für Familien und Kinder machen.

(Dr. Ingrid Stöckl SPD: Für wen denn?)

Die Kernziele unserer familienpolitischen Anstrengungen sind, das Bewusstsein für die Bedürfnisse von Familien und Kindern und für ihre Anliegen zu schärfen.

(Wolfgang Franz SPD: Wie?)

Es soll einen gesellschaftlichen Klimawechsel zu mehr Kinder- und Familienfreundlichkeit geben.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Eltern soll die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtert werden und die Beratungs- und Hilfeangebote für Familien müssen noch viel mehr zugeschnitten werden auf ihre Bedürfnisse und leichter erreichbar sein.

(Zuruf von Wolfgang Franz SPD)

– Seien Sie doch geduldig, Herr Franz.

Wir haben deshalb Familienpolitik zu einer Querschnittsaufgabe von ganz besonderer Bedeutung gemacht und werden in allen Politikbereichen die Auswirkungen von Beschlüssen auf Familien prüfen. Um diese Aufgabe zu koordinieren und weiterzuentwickeln, hat mein Haus eine behördenübergreifende Arbeitsgruppe mit dem Namen „Familien- und kinderfreundliches Hamburg“ eingesetzt.

(Thomas Böwer SPD: Fast was Sozialdemokratisches!)

Sie wird beispielsweise konkrete familienpolitische Programme entwickeln und in der ersten Jahreshälfte 2003 vorlegen.

Ein weiterer Schwerpunkt unserer Familienpolitik besteht darin, ausreichend Arbeitsplatz- und Kinderbetreuungsangebote zu schaffen, die die Vereinbarkeit von Familie und Beruf erlauben. Das Senatsamt für die Gleichstellung führt dazu bereits Veranstaltungen mit Hamburger Unternehmen durch, die einen Erfahrungsaustausch über familienfreundliche Arbeitszeitmodelle ermöglichen, alles Maßnahmen, die Sie in 44 Jahren hätten machen können. Die Unternehmen sollen anhand von positiven Beispielen motiviert werden, familienfreundliche Personalpolitik umzusetzen. Ich bin davon überzeugt, dass die Unternehmen dazu bereit sind, wenn sie damit die Motivation und Leistungsbereitschaft ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter fördern können.

Mir ist natürlich klar, dass es nicht allein damit getan ist, mehr Geld bereitzustellen, um familienpolitische Ziele zu verwirklichen. Wir alle haben gesehen, dass das Mehr an Geld nicht zwangsläufig dazu geführt hat, dass es Familien in Hamburg besser geht. Das beste Beispiel dafür sind die Kosten für die Hilfen zur Erziehung, die seit Jahren steigen, und auf der anderen Seite fehlt es an den dringend erforderlichen wohnortnahen Unterstützungsangeboten für Familien, die dazu beitragen könnten, dass eingreifende Hilfen vermieden werden.

Meine Behörde hat ein Eckpunktepapier entwickelt, das kürzlich zur Diskussion an die freien Träger der Jugendhilfe und die Bezirke geleitet wurde. Die darin aufgezeichnete Weiterentwicklung der Jugendhilfe wird sich positiv auf die Familien in den Wohnquartieren auswirken, denn Entlastungs-, Unterstützungs- und Hilfeangebote für Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sollen zielgerichtet, passgenau und wirksam gestaltet werden. Durch die Koordination all dieser Angebote und Leistungen können die Selbsthilfekräfte der Familie gestärkt und die Problemlagen durch eine Mischung aus Eigeninitiative, Nachbarschaftshilfe, Zurückgreifen auf das soziale System und professionelle Hilfe im Stadtteil bewältigt werden.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Familienpolitik heißt für uns, Politik für alle Familien zu machen, und damit sind auch die Familien mit niedrigem Einkommen gemeint, die sich beispielsweise angesichts hoher Eintrittspreise den Besuch von Freizeit- und Kultureinrichtungen kaum noch leisten können. Zwar gibt es in

(Senatorin Birgit Schnieper-Jastram)

- A öffentlichen Einrichtungen wie Schwimmbädern oder Museen jetzt fast durchgehend Familienermäßigungen, doch die reichen nicht aus. Wer den Alltag von Familien kennt, der weiß das sehr wohl.

Familien sind immer noch deutlich stärker belastet als kinderlose Paare und unser Ziel ist es, die Belastung für Familien weiter zu senken, um diese Ungerechtigkeit endlich auszugleichen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Mir liegt auch am Herzen, die Situation für Alleinerziehende zu verbessern, denn allein erziehende Elternteile und ihre Kinder leben oft unter besonders schwierigen Bedingungen. Deshalb habe ich zwei Projekte auf den Weg gebracht, die schon dem Vorgängerssenat vorlagen, ohne dass sie von ihm entschieden wurden. Die Heranziehung unterhaltspflichtiger Elternteile zur Zahlung des Kindesunterhalts ist ein Beispiel dafür. Seit dem 1. Juli gibt es eine private Anwaltskanzlei, die diese – in der Regel die Väter – zur Kasse bittet.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Das zweite Projekt betrifft den betreuten Umgang nach einer Trennung oder Scheidung. Dafür haben wir im Haushalt 2002 trotz eines erheblichen Konsolidierungsdrucks die beträchtliche Summe von 42 000 Euro bereitgestellt.

(Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Das ist viel zu wenig!)

Außerdem erarbeitet eine Arbeitsgruppe noch in diesem Jahr Rahmenbedingungen für die Durchführung des betreuten Umgangs in Hamburg.

- B (Dr. Dorothee Freudenberg GAL: Das ist viel zu wenig!)

Darin soll geklärt werden, wie die Hilfen für die betroffenen Familien gestaltet werden.

Meine Damen und Herren! Das Thema Familie sollte kein Wahlkampfthema sein, sondern Sie sollten es als ein echtes Anliegen kommunizieren. Familie hat Zukunft, nicht nur bei der Jugend, siehe Shell-Studie, sondern auch für mein Haus, für die Behörde für Soziales und Familie und auch für diesen Senat. – Danke.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Das Wort hat Herr Böwer.

Thomas Böwer SPD: Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ein paar Anmerkungen seien nach dieser Debatte gestattet. In der Tat muss Familienpolitik nicht unbedingt ein Wahlkampfthema sein; deswegen sei Ihnen die Zeile mit den 44 Jahren verziehen. Aber Familienpolitik kann sich nicht nur auf allgemeine Sonntagsreden reduzieren,

(Beifall bei der SPD und der GAL)

sondern Familienpolitik ist nur dann Familienpolitik, wenn sie Realpolitik wird. Und deswegen sage ich an dieser Stelle: Nach elf Monaten mit einem neuen Senat ist es Zeit für Taten.

Herr Dr. Schinnenburg, mit Ihrem zehn Worte umfassenden Politikvokabular scheinen Sie wirklich jedes Thema in den Griff zu bekommen, bar jeder Kenntnis.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Das eine Wort darf ich ja nicht mehr sagen, aber wenn das das neue liberale Image ist, dann habe ich vor dem Projekt 18 keine Angst.

Sie sagen in Ergänzung zu dem, was Senator Lange gesagt hat, was die Absenkung der Elternbeiträge anbetrifft, man hätte ja die gleiche Platzzahl. Pustekuchen! Auf Ihrem Tisch liegen die Ergebnisse der ISKA-Studie. Danach fehlen unter dem Gesichtspunkt der Vereinbarkeit von Familie und Beruf in Hamburg 15 000 Plätze. Und wenn wir über Familienpolitik reden, und zwar als Realpolitik, dann ist Kern einer Familienpolitik die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, denn Frauen wollen – und das ist gut so – nicht mehr wählen zwischen Karriere und Kindern, sie wollen beides.

(Beifall bei der SPD und der GAL – Karen Koop CDU: Nicht nur Frauen!)

– Frau Koop, kommen Sie mir doch jetzt nicht mit dem Sonntagspruch, nicht nur Frauen, auch Männer natürlich, aber Ihre Realpolitik ist, dass Sie im Bereich der Kindergartenpolitik versagen. Sie werfen Nebelkerzen und auch Frau Senatorin Schnieper-Jastram wirft hier Nebelkerzen, wenn sie sagt, sie wolle die Familien stärken. Wo sind denn Ihre Erkenntnisse, Alleinerziehende nicht nur im Bereich von Berufstätigkeit zu fördern, sondern ihnen auch entsprechende Betreuungsangebote für die Kinder zu machen? Dazu findet sich in der Anfrage nichts.

Der letzte Satz: Es ist eine gesellschaftliche Errungenschaft, dass wir die gewaltfreie Erziehung von Kindern und Jugendlichen in den Familien per Gesetz geregelt haben, und das ist gut so.

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht mehr, dann kommen wir zur Abstimmung. Wer möchte die Drucksache 17/1039 an den Jugend- und Sportausschuss überweisen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Das ist mit Mehrheit abgelehnt.

Dann stelle ich fest, dass die Große Anfrage, Drucksache 17/1039 ...

(Zurufe von der CDU-Fraktion – Unruhe im Hause)

– Was ist los?

(Jürgen Klimke CDU: Ich habe den Eindruck, dass Sie sich möglicherweise in der Drucksachennummer geirrt haben oder ein Zahlendreher drin war. Insofern waren wir möglicherweise etwas irritiert und würden Sie einfach bitten, noch einmal abstimmen zu lassen. – Beifall bei der SPD)

– Moment, wir haben es hier mit zwei Drucksachen zu tun. Ich habe zunächst eine Drucksache aufgerufen. Wer möchte die Drucksache 17/1039 an den Jugend- und Sportausschuss überweisen? Nur um diese Drucksache geht es. – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Dann ist das einstimmig so angenommen.

Wer stimmt jetzt einer Überweisung der Drucksache 17/1129 federführend an den Sozialausschuss und mitberatend an den Jugend- und Sportausschuss zu? – Gegen-

(Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly)

- A probe. – Enthaltungen? – Das ist dann auch einstimmig so beschlossen.

Jetzt kommen wir zu Tagesordnungspunkt 6: Große Anfrage der SPD-Fraktion zur Suchtprävention bei legalen Drogen.

**[Große Anfrage der Fraktion der SPD:
Suchtprävention bei legalen Drogen
– Drucksache 17/865 –]**

Mir ist mitgeteilt worden, dass die Debatte zu diesem Punkt entfallen soll. Dann stelle ich fest, dass die Bürgerschaft die Große Anfrage, Drucksache 17/865, ohne Besprechung zur Kenntnis genommen hat.

Jetzt rufe ich Punkt 56 auf, Antrag der GAL-Fraktion: Prioritäten für die Bildungspolitik und Prioritäten in der Bildungspolitik.

**[Antrag der Fraktion der GAL:
Prioritäten für die Bildungspolitik und Prioritäten in
der Bildungspolitik – Drucksache 17/1381 –]**

Wer möchte das Wort? – Frau Goetsch, Sie haben es.

Christa Goetsch GAL: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe noch 30 Minuten Redezeit, so lange hatte ich zum Schluss noch nie Zeit. Aber ich halte es für unabdingbar, dass diese Debatte noch geführt wird, weil in dieser Stadt in den letzten Wochen und Monaten eine Schulpolitik gefahren wurde, die eine große Verunsicherung bei den Beteiligten, bei Eltern, Schülerinnen und Schülern und Lehrern hervorgerufen hat, und wir als Opposition in der Verantwortung stehen, das in dieser Debatte noch einmal deutlich zu machen, und nicht weiter diese Schulpolitik durch diesen Schulsenator an die Wand fahren lassen wollen.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Herr Lange will uns doch tatsächlich immer noch erzählen, dass er mit weniger Geld in der Lehrerbildung und mit 345 Lehrerinnen weniger die Qualität von Unterricht steigern wolle.

(Hartmut Engels CDU: Immer wieder neue Argumente!)

Wenn das Ihre Prioritäten für Bildungspolitik sind, dann ist es mir und uns unverständlich. Dazu kommen globale Kürzungen bis 2004 in Höhe von 25,6 Millionen Euro. Und alles, was Sie uns dazu gestern im Haushaltsausschuss gesagt haben, war mehr als trübe, das war, wie die SPD richtig sagte, ein ungedeckter Scheck.

(Beifall bei der GAL und vereinzelt bei der SPD)

Ich bin immer wieder überrascht, dass zurzeit im Wahlkampf auf jeder Schulveranstaltung die Kollegen von der CDU und FDP immer wieder frech behaupten, die Regierung würde neue Stellen schaffen. Sie müssen damit aufhören, die Menschen in unserer Stadt, die Schülerinnen und Schüler für dumm verkaufen zu wollen, und Sie müssen vor allen Dingen mit dem Märchen von diesen nicht ausfinanzierten Stellen aufhören. Sie wissen doch ganz genau, woher diese kommen, durch vorausschauende Einstellungspolitik unsererseits

(Lachen bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

durch den Swing, durch die Wiederverbeamtung, die Sie vehement wollten, und durch die Altersteilzeit. Auch diese

wollten Sie und nun erzählen Sie etwas von nicht ausfinanziert. Das müssen Sie endlich einmal begreifen, damit haben wir uns eine ganze Sonderausschusssitzung beschäftigt.

Schauen wir doch einmal, wie es in den Schulen aussieht, und das hat uns auch veranlasst, diesen Antrag zu stellen.

Erstens: Der Unterrichtsausfall ist vorprogrammiert. In der Antwort auf meine Kleine Anfrage gibt der Senat selbst zu, dass die Vertretung nur für langfristige Erkrankungen – das ist Mutterschutz und so weiter und nicht, weil die Lehrer etwa faule Säcke sind;

(Glocke)

keine Fragen –, die zu Schuljahresbeginn bekannt sind, ausreicht. Aber die Amtsleiterin Knipper antwortet auf dieselbe Frage in der „Welt am Sonntag“ am 15. September: „Wir haben eine Reserve von 500 Stellen“ und suggeriert damit, es sei alles in Ordnung. Wer hat denn nun Recht? Interessieren würde mich da vor allen Dingen, was Ihr supereifriger Staatsrat dazu sagen wird, der auch ab und zu einmal andere Zahlen veröffentlicht. Aber lassen Sie mich bei der Aufzählung weitermachen.

Zweitens: Die Klassenfrequenzen sind in diesem Schuljahr auf eine unerträgliche Größe von über 30 gestiegen, wie es in 20 Jahren noch nicht in Hamburg der Fall war. Woher kommt das? Auf Kosten unserer Kinder und der Kollegen und Kolleginnen wird eine unausgeglichene Sparpolitik ausgetragen und die Kinder unserer Stadt sind die Sparschweine. Das ist auch kein Wunder, wenn 3 Prozent in den Gymnasien, 10 Prozent in den Gesamtschulen und 5 Prozent in den Berufsschulen gespart wird; das haben wir gestern im Haushaltsausschuss gehört. Alle Kennzahlen der Kosten der Schülerinnen sind abgesenkt, also kein Wunder: Die Klassenfrequenzen steigen.

Drittens: Ich hatte vorhin schon erwähnt, dass Sie 8850 Förder- und Teilungsstunden gestrichen haben. Das ist auch kein Wunder, wenn eine dritte Sportstunde aufgedrückt wird ohne – siehe die Antwort auf die Kleine Anfrage – zusätzliche Ressourcen.

Viertens: Wo hören wir von Ihnen etwas zur Weiterentwicklung der Qualität von Schulen, zum Beispiel Schulprogramme? Sind das Eintagsfliegen? Was passiert mit der Evaluation, mit der Lehrerfortbildung – schon genannt – und den Unterstützungssystemen? Da soll ja auch alles Mögliche zusammengespарт werden.

Sie haben vorhin schon die Revision der Lehrerbildung angesprochen, die Sie aufweichen. Wir wollten eine verpflichtende Berufseingangsphase, um endlich das lebenslange Lernen auch für Lehrer einzuführen, und Sie machen das jetzt fakultativ. Genauso ist es mit dem Schulmanagement. Der begonnene Prozess der Schulentwicklung muss sich ungehindert ohne Ihre ideologischen Scheuklappen entfalten können.

Deshalb wollen wir Ihnen mit unserem Antrag die Gelegenheit geben, Prioritäten in und für die Bildungspolitik zu setzen. Und, Herr Senator Lange, wenn Sie uns erzählen, dass es Ihnen Leid tue, weil ja kein Geld da sei, dann müssen Sie sich überlegen, wo Sie Prioritäten setzen. Wenn der Senat andere Prioritäten setzt

(Dr. Andrea Hilgers SPD: Tut er ja auch nicht!)

bei der Polizei oder beim Straßenbau, dann müssen Sie sich natürlich fragen, wie Sie mit 345 Lehrerstellen weniger in Ihrer Amtszeit starten wollen. So wird die Schulpoli-

(Christa Goetsch GAL)

- A tik an die Wand gefahren und ich fordere Sie auf, erst einmal Verlässlichkeit von Unterricht herzustellen. Das wäre schon einmal Priorität für Bildung und deshalb gibt es nichts anderes, als unserem Antrag zuzustimmen. – Danke schön.

(Beifall bei der GAL und bei *Luisa Fiedler SPD*)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Frau Dr. Hilgers.

Dr. Andrea Hilgers SPD: Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Dieser Senator ist kein Bildungssenator, er ist ein Bildungsabwicklungssenator. Und so wie er mit der Bildung umgeht, wird auch er abgewickelt. Es hat noch nie einen Senator, eine Senatorin dieses Ressorts gegeben, der oder die sich über etwa zu viele Lehrer beklagt hätten, diese etwa als Erblast bezeichnet hätten. Senatoren und Senatorinnen dieses Ressorts waren Kämpfer und Kämpferinnen für die Schüler und Eltern und für die Qualität und Ausstattung der Hamburger Schulen.

Dieser Senator reduziert die Lehrer in Hamburg um 345.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP:* Stimmt gar nicht!)

Der Planung nach wird es Ende der Legislaturperiode weniger Lehrer geben als im vergangenen Jahr; das ist Fakt. Dieser Senator riskiert Unterrichtsausfall, die Erhöhung der Klassen- und Kursfrequenzen und nimmt in Kauf, dass die notwendigen Teilungs- und Förderstunden in erheblichem Ausmaß nicht mehr stattfinden können. Er kürzt die Ausgaben für Unterrichtsmittel, ohne ein Konzept vorzulegen. Kurzum: Er reduziert trotz steigender Schülerzahlen die Ausgaben für Bildung. Dabei gilt es, gerade denjenigen zu helfen, die schlechtere Voraussetzungen mitbringen. Chancengleichheit und die Erreichung der vorbildlich hohen Abiturquote in Hamburg sind in Gefahr. Wir brauchen viele und nicht weniger Abiturienten für die Arbeitsplätze einer modernen Gesellschaft.

B

Von Schulentwicklung, Demokratisierung und Qualitätsbildung kann bei diesem Programm nicht mehr die Rede sein. Die letzte Novellierung des Schulgesetzes hat Maßstäbe gesetzt, was die Beteiligungskultur angeht. Wir werden kritisch beobachten, ob diese Maßstäbe auch nur annähernd erreicht werden.

Der GAL-Antrag greift hier nur die größten Sorgen auf, die man um die Hamburger Bildung haben muss, und wir stimmen diesem Antrag aus vollem Herzen zu. Wen wundert es, dass dieser real existierende Hamburger Bildungssektor beim bundesweiten FDP-Wahlkampf mit dem Prioritätsthema Bildung nicht gefragt war?

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Der Senator – so hat man den Eindruck – lebt in einer bildungspolitischen Scheinwelt, rechnet sich die Fakten schön und nimmt die Realität nur durch eine etwas gestrigte Brille wahr. Schüler, Eltern und Lehrer sind zu Recht auf Zinne und demonstrieren in Permanenz gegen die Maßnahmen dieses Bildungsabwicklungssenators.

(*Burkhardt Müller-Sönksen FDP:* Warten Sie mal den 22. September ab!)

– Danach stellt sich die Frage vielleicht noch einmal neu mit dem Senator.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD und der GAL)

Eine Volkspetition ist auf den Weg gebracht. Diese Proteste sind ein deutliches Zeichen für Ihre fehlerhafte Poli-

tik. Sie stellen Ihnen ein bildungspolitisches Armutszeugnis aus. Es bleibt: Bildung hat bei Ihnen überhaupt keine Priorität.

C

(Beifall bei der SPD und der GAL)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Das Wort hat der Abgeordnete Drews.

Wolfgang Drews CDU:* Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich habe noch zehn Minuten Redezeit, aber dieser Antrag ist es nicht wert. Von daher kann ich es sehr kurz machen.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP)

Punkt 1: Macht der Senat schon.

Punkt 2: Macht der Senat schon.

Punkt 4: Macht der Senat schon.

Punkt 3: Reicht das Geld nicht.

Der eine Punkt ist es nicht wert, den Antrag hier zu beschließen. Von daher werden wir den Antrag ablehnen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU, der Partei Rechtsstaatlicher Offensive und der FDP – *Dr. Andrea Hilgers SPD:* Lächerlich!)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Herr Brandes, Sie haben das Wort.

Christian Brandes Partei Rechtsstaatlicher Offensive: Meine Damen und Herren, liebe Abgeordnete! Kurz und bündig: Wenn ein Antrag eine positive Veränderung der schulpolitischen Realität bewirken soll, muss er sich schon im Bereich des Möglichen bewegen und auf die realen Tatsachen abzielen. – Danke.

D

(Beifall bei der Partei Rechtsstaatlicher Offensive, der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Herr Woestmeyer.

Martin Woestmeyer FDP: Verehrte Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Die Überschrift ist richtig, das haben wir auch schon erläutert. Wir haben in der PISA-Debatte viel zu unseren Schwerpunkten gesagt. Bildung hat Priorität in dieser Stadt. Ich bin es auch leid, dass Sie versuchen, hier mit einem Antrag durch die Stadt zu rennen, um die Bildungspolitik schlecht zu machen und schlecht zu reden, nur damit Sie dann am Ende gut dastehen.

(*Michael Neumann SPD:* Sie machen sie schlecht!)

Das machen wir nicht mit und deshalb lehnen auch wir diesen Antrag ab.

(Beifall bei der FDP, der CDU und der Partei Rechtsstaatlicher Offensive)

Vizepräsidentin Rose-Felicita Pauly: Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht. Wir kommen zur Abstimmung.

Wer möchte den Antrag aus der Drucksache 17/1381 annehmen? – Gegenprobe. – Enthaltungen? – Der Antrag ist mit Mehrheit abgelehnt.

(Vizepräsidentin Rose-Felicitas Pauly)

- A Damit sind wir am Ende unserer heutigen Sitzung. Ich wünsche Ihnen einen guten Heimweg und wir sehen uns morgen wieder. Die Sitzung ist geschlossen.

Hinweis: Die mit * gekennzeichneten Redebeiträge wurden in der von der Rednerin beziehungsweise vom Redner nicht korrigierten Fassung aufgenommen.

C

Schluss: 22.04 Uhr

In dieser Sitzung waren nicht anwesend: die Abgeordneten Michael Fuchs, Andre Gonska.

B

D